

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Antisemitismus

Jan Philipp Reemtsma
ANTISEMITISMUS –
WAS GIBT ES DA ZU ERKLÄREN?

Tom Khaled Würdemann
ISRAEL UND DER
ANTISEMITISMUS

*Marina Chernivsky ·
Friederike Lorenz-Sinai*
DER 7. OKTOBER ALS ZÄSUR
FÜR JÜDISCHE COMMUNITIES

Sina Arnold · Michael Kiefer
ANTISEMITISMUS IN
MUSLIMISCHEN COMMUNITIES
UND ANTIMUSLIMISCHER
RASSISMUS

Deborah Schnabel
ANTISEMITISMUS
IN DIGITALEN RÄUMEN

Matthias J. Becker
ANTISEMITISCHE
KOMMUNIKATION
IM INTERNATIONALEN
VERGLEICH

Niklas Fischer
ERINNERUNGSKULTURELLE
DEUTUNGSKÄMPFE VON
RECHTSAUßEN

Alexander Estis
SHOAHPPROPRIATION

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



Antisemitismus

APuZ 25–26/2024

JAN PHILIPP REEMTSMA

ANTISEMITISMUS –

WAS GIBT ES DA ZU ERKLÄREN?

Die Geschichte der Versuche, den Antisemitismus zu „erklären“, ist lang und unübersichtlich – und vergeblich. Letztlich ist er ein Angebot, Mitglied einer internationalen Ressentimentgemeinschaft zu sein und die Schranken der Zivilisation einzureißen.

Seite 04–10

TOM KHALED WÜRDEMANN

ISRAEL UND DER ANTISEMITISMUS

Seit einigen Jahren läuft eine Kontroverse um zwei Antisemitismusdefinitionen. In historischer Betrachtung haben beide größere Unschärfen, derer man sich bei der Beurteilung politischer Ereignisse und Erscheinungsformen des Antisemitismus bewusst sein sollte.

Seite 11–18

MARINA CHERNIVSKY ·

FRIEDERIKE LORENZ-SINAI

**DER 7. OKTOBER ALS ZÄSUR
FÜR JÜDISCHE COMMUNITIES**

Antisemitismus durchdringt das Leben der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden in vielfacher Hinsicht. Dies gilt nochmals verstärkt seit dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023. Wie haben Jüdinnen und Juden diesen Tag erlebt, und welche Bedeutung hat er für sie?

Seite 19–24

SINA ARNOLD · MICHAEL KIEFER

**ANTISEMITISMUS IN MUSLIMISCHEN
COMMUNITIES UND ANTIMUSLIMISCHER
RASSISMUS**

Vorstellungen eines spezifisch „muslimischen Antisemitismus“ bergen die Gefahr einer ungerechtfertigten Pauschalverdächtigung. Sowohl Antisemitismus als auch antimuslimischer Rassismus müssen ernst genommen werden, egal von wem sie ausgehen.

Seite 25–30

DEBORAH SCHNABEL

ANTISEMITISMUS IN DIGITALEN RÄUMEN

Wer den heutigen Antisemitismus verstehen will, muss sich mit den Logiken, Merkmalen und Wirkweisen unseres postdigitalen Zeitalters auseinandersetzen. Alle bekannten Motive des Antisemitismus tauchen auch im Digitalen auf. Politische Bildung muss sich darauf einstellen.

Seite 31–37

MATTHIAS J. BECKER

**ANTISEMITISCHE KOMMUNIKATION
IM INTERNATIONALEN VERGLEICH**

Im Forschungsprojekt „Decoding Antisemitism“ wird in den Blick genommen, wie in Kommentaren auf Youtube- und Facebook-Profilen von deutschen, britischen und französischen Medien auf den 7. Oktober 2023 reagiert wurde: vielfach mit antisemitischer Hassrede.

Seite 38–43

NIKLAS FISCHER

**ERINNERUNGSKULTURELLE DEUTUNGSKÄMPFE
VON RECHTSAUBEN**

Die Neue Rechte sieht im Holocaust-Gedenken die Ursache einer negativen deutschen Identität, die es durch eine „erinnerungspolitische Wende“ zu überwinden gelte. Sie inszeniert sich als Opfer einer „Zivilreligion“. Antisemitismus verortet sie ausschließlich bei anderen.

Seite 44–49

ALEXANDER ESTIS

SHOAHPPROPRIATION

Immer wieder wird der sogenannte Judenstern missbraucht, um sich selbst als Opfer zu inszenieren. Diese Aneignung evoziert jedoch nicht nur das eigentliche Vergleichsmoment, das Opfertum, sondern ebenso antisemitisch-verschwörungstheoretische Weltbilder.

Seite 50–54

EDITORIAL

Die Zahlen sind alarmierend: Laut Bundeskriminalamt haben sich die antisemitischen Straftaten 2023 in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Mit 5164 Delikten, davon 148 Gewalttaten, erreichten sie einen neuen Höchststand. Auch Anlaufstellen für Betroffene verzeichnen einen deutlich gestiegenen Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilistinnen und Zivilisten vom 7. Oktober 2023 sowie Israels militärische Reaktion darauf erweisen sich dabei auch hierzulande als traurige Zäsur, sind Übergriffe auf Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen doch seitdem sprunghaft angestiegen.

Gerade vor dem Hintergrund des Krieges in Gaza spielen Formen des israel-bezogenen Antisemitismus als Phänomen und in der öffentlichen Debatte eine zunehmend größere Rolle – wobei die Frage, „ab wann“ Kritik an israelischer Politik als ein klares Zeichen für Antisemitismus zu werten ist, seit vielen Jahren leidenschaftlich diskutiert wird und nicht pauschal beantwortet werden kann. Antisemitismus zeigt sich zudem nicht nur an registrierten Straftaten, sondern vielfach auch verdeckt in sprachlichen Andeutungen, Chiffren und Codes, die Jüdinnen und Juden bestimmte negative Eigenschaften zuschreiben. Gerade über Social-Media-Kanäle finden sie rasend schnell weite Verbreitung, was die Bekämpfung des Antisemitismus, etwa durch politische Bildung, vor besondere Herausforderungen stellt.

Was angesichts zuletzt stärker zutage getretener Spielarten des linken Antisemitismus und des Antisemitismus in muslimischen Communities nicht aus den Augen verloren werden sollte: Die größte Bedrohung für Jüdinnen und Juden in Deutschland geht laut Bundesamt für Verfassungsschutz nach wie vor vom Rechtsextremismus aus. Hier wie dort gilt es, nicht nur den offensichtlichen Judenhass in den Blick zu nehmen, sondern ebenso die Versuche, das Gedenken an die Shoah als „Schuld kult“ zu diffamieren.

Johannes Piepenbrink

ESSAY

ANTISEMITISMUS – WAS GIBT ES DA ZU ERKLÄREN?

Jan Philipp Reemtsma

„Was gibt es da zu erklären?“ Damit meine ich nicht: Was gibt es da zu sagen, alles liegt doch auf der Hand. Bei einem so oft debattierten, so umstrittenen, so sehr mit Definitionsstreit überzogenen Phänomen wie dem Antisemitismus wäre das eine nonchalante Leichtfertigkeit. Vielmehr möchte ich mich auf das beziehen, was ich anderswo einmal „Erklärungsbegehren“ genannt habe, also den meist öffentlich vorgetragenen Wunsch, etwas, das etwa die Nachrichten beherrscht und manche irritiert, „erklärt“ zu bekommen. Dabei wird nie ausgeführt, was man eigentlich haben möchte, wenn man eine „Erklärung“ will. Nur eines wird deutlich: Erklären ist offensichtlich Irritationsabwehr. Etwas verstört, man fragt: „Können Sie das bitte erklären?“, und wenn etwas folgt, das der Fragende als „Erklärung“ akzeptiert, kann er etwas sagen wie „Ach so!“ und vielleicht immer noch beunruhigt sein, aber nicht mehr durch das vermeintlich Rätselhafte der Angelegenheit beunruhigt. Diese Vorstellung von Beruhigen-durch-Erklären fußt meist auf der Idee, dass, wie man so sagt, „etwas dahintersteckt“. Wie wenn man einen Vorhang sich bauschen sieht, die Bewegungen nicht deuten kann, aber, wenn der Vorhang beiseitegezogen wird, sieht, wer oder was dahintersteckte und was er oder sie oder es da eigentlich gemacht hat. „Ach so!“ Dass der Wunsch nach Erklärung im Sinne von Herausfinden-was-dahintersteckt häufig durch die Auskunft, die Freimaurer, das Finanzkapital oder die Juden seien es gewesen – wir nennen sowas heutzutage „Verschwörungstheorien“ – befriedigt wird, sei hier nur erwähnt. Der Wunsch nach Erklärung ist nicht dem Bedürfnis, Verschwörungserzählungen serviert zu bekommen, *gleichzusetzen*, kann aber bei manchen Leuten darauf *hinauslaufen*. So viel als Vorbemerkung zum zweiten Teil des Titels.

Zum ersten Teil, „Antisemitismus“. Es wird hier *nicht* darum gehen, wann jemand ein Antisemit „ist“. Bekannt sind Gesprächsabläufe wie

dieser: „Was du da eben gesagt hast, ist antisemitisch!“ „Ich bin aber kein Antisemit!“ Die Selbstaussage „Ich bin kein Antisemit“ hat mit der Vorhaltung, etwas Gesagtes sei antisemitisch, erst einmal rein gar nichts zu tun. Jemanden kategorisierend einzuordnen kann unter Umständen richtig und gerechtfertigt sein, ist aber selten interessant. Meistens geht es darum, zu beurteilen, was einer sagt und tut. Ich kann eine Äußerung oder ein Benehmen mit guten Gründen scharf kritisieren, ohne gleich die ganze Person der oder des Kritisierten als Verkörperung dessen, was an der Äußerung zu kritisieren war, anzusehen. Umgekehrt ist es absurd, wenn auf den Satz „Nein, ein Antisemit ist er nicht“ etwas wie ein Aufatmen folgt, etwas wie „Dann ist es ja halb so schlimm“.

Meistens arbeiten sich Versuche, den Antisemitismus zu erklären, daran ab, Eigenschaften von Juden, Besonderheiten der jüdischen Religion, der Diasporagemeinschaften zu suchen, die den Antisemitismus plausibel machten. Für solche Versuche hat Jean-Paul Sartre in seiner 1944, gleich nach der Befreiung von Paris verfassten und erschienenen Schrift „Zur Judenfrage“ den passenden lakonischen Kommentar gefunden: Was würde man zu jemandem sagen, der meine, es sei doch interessant herauszubekommen, was an Tomaten dran sei, dass er sie so verabscheuen müsse?

Auch wird es im Folgenden nicht um die Frage gehen, wann „Israelkritik“ antisemitisch sei, als ob es sich um eine Frage des rechten Maßes handelte. Die Frage muss nicht lauten, bis zu welcher Grenze „Israelkritik“ „erlaubt“ und wann sie „antisemitisch“ sei, sondern in welcher Form der Judenhass die Form von – noch einmal das Wort – „Israelkritik“ annimmt. So viel zu den Vorbemerkungen.

BEGRÜNDUNG SEINER SELBST

Der Begriff „Antisemitismus“ kommt im späten 19. Jahrhundert auf, oft verbindet man ihn mit

dem deutschen Journalisten Wilhelm Marr, der 1879 eine Schrift mit dem Titel „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“ veröffentlichte, in der er die Juden nicht als eine durch einen gemeinsamen Glauben konstituierte (und definierte) Gemeinschaft, sondern als eine besondere (orientalische) „Rasse“ bezeichnet, die schon in ihrer geografischen Herkunftsregion aus Gründen angefeindet worden sei, in Europa dann sich durch parasitäres Ko-Existieren mit den übrigen „Rassen“ und vor allem der germanischen auszeichnet habe. Der Antisemitismus sei gewissermaßen das wissenschaftliche Fundament des Antijudaismus, der sich selbst als Religionsauseinandersetzung missverstanden habe. Eine Reihe von Leuten, die sich über den Antisemitismus Gedanken gemacht haben, sind der Meinung, der Antisemitismus beginne im Grunde erst mit dieser Verbindung von Judenfeindschaft und der Idee menschlicher Rassen mit vererbaren Eigenschaften. Alles Vorherige sei Religion und könne mit zunehmender Säkularisierung irgendwie von selbst abgebaut werden.

Dem liegen zwei Gedankenfehler zugrunde. Der erste ist die Annahme, mit dem Bedeutungsverlust der ideologischen Rahmung eines Ressentiments verliere auch dies an Bedeutung. Diese Annahme verkennt den seelischen Gewinn, den die Pflege eines Ressentiments mit sich bringt. Die Pflege eines Ressentiments ist die aufwändigste Weise, ein Überlegenheitsgefühl zu gewinnen und auf Dauer zu stellen. Die Pflege eines Ressentiments ist ein seelischer Machtgewinn, ein imaginiertes, gewiss, aber Imaginationen können danach streben, sich die Wirklichkeit untertan zu machen, und können verheerend erfolgreich dabei sein. Die ideologische Rahmung eines Ressentiments kann verfaulen wie eine Frucht, und der Kern – das Ressentiment – bleibt übrig.

Der zweite Gedankenfehler liegt darin, dass man meint, für die Idee, die Juden hätten vererbliche Eigenschaften, die ihnen wesensmäßig zugehörten und die sie über die Jahrhunderte vererbten, hätte es die Rassenideologie des 19. Jahrhunderts gebraucht. Das ist interessanterweise nicht der Fall. Die Betrachtung dieses Mechanismus führt unmittelbar in das Verständnis der historischen Dynamik des Antijudaismus (ob man ihn nun so oder „Antisemitismus“ nennt) hinein.

Erlauben Sie einen Sprung zurück, und zwar ins Spanien des Jahres 1492. In diesem Jahr stach

Kolumbus in See, um auf dem Westweg Indien zu finden. Ebenfalls in diesem Jahr endete die Reconquista, die „Rückeroberung“ der von muslimischen Arabern eroberten und besetzten iberischen Halbinsel, und das kastilisch/aragonische Königspaar Isabella und Ferdinand stellte die spanischen Juden vor die Alternative, zum Christentum zu konvertieren oder zu emigrieren. Nach christlicher Logik wäre ein konvertierter Jude kein Jude mehr, sondern eben ein Christ gewesen, aber die christliche Politik gegenüber den im Land gebliebenen, also getauften Juden war eine andere. Man überwachte sie, ob sie nicht im Geheimen weiter jüdischen Gebräuchen folgten, also etwa am Schabbat nicht arbeiteten, auch keine Hausarbeit machten, man fragte bei Metzgern nach Familien, die kein Schweinefleisch kauften, etc.

Der meist natürlich gerechtfertigte Verdacht, die (zwangsb-)getauften Juden seien keine richtigen Christen, ihr Bekenntnis sei nicht echt, weil eben erzwungen, transformierte sich zu der fixen Idee, ein Jude bleibe ein Jude, gleich welchem Bekenntnis er sich offiziell verpflichtete. Man begann eine Abstammungslogik zu konstruieren und Grade der „limpieza de sangre“, der „Reinheit des Blutes“ zu definieren, wobei man in etwa die Nürnberger Rassegesetze des nationalsozialistischen Deutschlands vorwegnahm und Volljuden, Halbjuden, Vierteljuden etc. unterschied. Das Spanien der nächsten Jahrhunderte definierte „den Juden“ nach dem Phantasma der Blutreinheit, also rassistisch, ohne einen eingeführten Begriff menschlicher „Rassen“ überhaupt zu haben. Die Maßnahme, Juden mit einem auf die Kleidung aufgenähten gelben Stoff-Fleck zu kennzeichnen, stammt aus Spanien und wurde in Deutschland als Kennzeichnung durch einen gelben Davidstern wiederaufgenommen, wie auch die Nürnberger Rassegesetze wirken, als seien die spanischen Bestimmungen zum Vorbild genommen. Auch die Idee einer jüdischen Weltverschwörung können wir dort beobachten. Die deutsche Reformation galt als antikatholische Verschwörung der aus Spanien vertriebenen Juden.

Dies ist keine spezielle Sonderbarkeit aus der Geschichte der Judenfeindschaft, sondern eine exemplarische Episode. Es tritt in ihr ein allgemeiner Mechanismus zutage, der für lange Verfolgungsgeschichten charakteristisch ist: Sie werden zur Begründung ihrer selbst, und zwar in

zweierlei Hinsicht. Erstens, weil den Verfolgten unterstellt wird, sie würden sich rächen wollen. Zweitens, weil zur Legitimation von Diskriminierung, Verfolgung und Mord immer wieder herangezogen wird, dass man es doch schon früher getan habe – ergo könne es nicht ohne Grund geschehen sein.

SCHEINERKLÄRUNGEN

Die Geschichte der Versuche, den Antisemitismus zu „erklären“, ist lang und unübersichtlich. Beliebte sind Ursprungserzählungen, in denen Aspekte aus der Geschichte des Judentums herausgegriffen und zu Ursachen erklärt werden. So wird etwa das Bild vom geldgierigen Juden auf die besondere Rolle von Juden im Finanzgeschäft zurückgeführt. Tatsächlich galt lange Zeit ein Verbot für Christen, Zinsen zu nehmen, und die wirtschaftlich notwendige Rolle der Kreditvergabe wurde von Juden übernommen. Nicht unplausibel, dass sich daran Geschichten knüpften wie die von Shakespeare im „Kaufmann von Venedig“ dramatisierte des Shylock, der sich als Ersatz für einen nicht zurückgezahlten Kredit ein Stück Fleisch aus dem Leibe des säumigen Zahlers vertraglich verschreiben lässt. Aber, wie schon Sartre in seiner erwähnten Schrift über die „Judenfrage“ anmerkte: Wieso richtet sich das Ressentiment nicht gegen Bankiers schlechthin, sondern gegen Juden (ganz gleich, ob sie im Bankgewerbe tätig sind oder nicht)?

Eine andere populäre Erklärung besteht in dem Hinweis, die Selbstbezeichnung als „ausgewähltes Volk“ habe gewissermaßen die Nachbarn der Juden und alle Welt seitdem verärgert. Nun ist es Brauch bei vielen Völkern, dass die Selbstbenennung synonym mit der Bezeichnung für „Mensch“ ist, was noch nie zur Begründung für irgendwelche Kränkungseldzüge wurde. Zudem ist die Idee, ein Gott erwähle sich eine bestimmte Bevölkerung – eines Landes, einer Stadt, einer Sippe – zu seinen Günstlingen, antike ubiquitäre Gewohnheit. Die Unterstellung, eine solche Selbstbezeichnung (die es übrigens bei den Christen im Petrus-Brief genauso gibt) habe einen über Jahrtausende andauernden Hass beim Rest der Menschheit – denn Antisemitismus ist ja ein internationales Phänomen – ausgelöst, der in einem millionenfachen, systematisch betriebenen Massenmord gipfelte, ist vollkommen bizarr. Im Grunde läuft er auf den Versuch hinaus, am Anti-

semitismus den Juden die Schuld oder doch wenigstens eine Mitschuld zu geben, etwas wie: „Ja, man hat euch Schlimmes angetan, aber dass ihr euch ein auserwähltes Volk genannt habt, musste uns doch verdrießen.“

Ein weiterer Erklärungsversuch liegt in dem Hinweis auf die Separierungstendenzen des Diaspora-Judentums. Die in der auf die Niederschlagung von Aufständen gegen die römische Besatzung und die Zerstörung des Jerusalemer Tempels (70 n. Chr.) folgenden Zeit in asiatische, afrikanische und europäische Länder geflohenen und emigrierten Juden hätten sich nie in die sie umgebenden Gesellschaften integriert und seien darum stets Fremde geblieben, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen – was insofern stimmt, als sowohl in christlichen wie muslimischen Ländern die Angehörigen anderer Religionen nicht integriert wurden. Dass die Pflege einer eigenen Religion, die aufgenötigte soziale Separierung in sogenannten Ghettos die verschiedenen Formen antijüdischen Furors zur Folge gehabt hätten, ist wiederum die Übernahme antisemitischer Legitimationsrhetorik als „Erklärung“ (die Juden haben sich nicht anpassen wollen) und die Uminterpretation eines Teils der Verfolgung als Ursache ihrer selbst. Die Separierung ist ja Teil einer Misstrauens- und Überwachungsobsession, nicht deren Ursache, und in der Praxis ihre Verstärkung.

Alle diese scheinbaren Erklärungen des Antisemitismus setzen als gegeben und nicht weiter erklärungsbedürftig voraus, was eigentlich erklärt werden soll: dass Juden eben verfolgt werden. Entweder liegt es an irgendeiner Eigenschaft, die einsehbarerweise alle anderen gegen sie aufbringt, oder es wird ein Moment aus der Geschichte der Verfolgung selbst genommen, das als Ursache der Verfolgung ausgegeben wird. Am Ende aller hilflosen Erklärungsversuche steht der Witz: „Die Juden sind unser Unglück!“ ,Nein, die Radfahrer!‘ ,Wieso die Radfahrer?‘ ,Wieso die Juden?‘“

Für Antisemiten ist der Antisemitismus eine Evidenz. Es war schon immer so, weil die Juden eben sind, wie sie sind, und das zeigt sich daran, dass wir Antisemiten sie immer schon gehasst haben. Das geht bis zu schauerlichen Lächerlichkeiten wie dem Satz, der in einer Gruppendiskussion des Frankfurter Instituts für Sozialforschung fiel, die Geschichte von den zur Schabbat-Feier geschlachteten Christenkindern könne nicht

falsch sein, weil sich doch niemand sowas ausdenke.⁰¹ Die Juden werden zu Recht verfolgt, denn so böse können wir ja nicht sein, dass wir sie grundlos verfolgten. Sie hassen uns, sie wollen uns vernichten, darum müssen wir ihnen zuvorkommen. 1944 liest Victor Klemperer in der „Dresdner Zeitung“: „Der Feind will uns ganz vernichten, von wahnwitzigen jüdischen Haßphantasien getrieben.“⁰²

Die Versuche, die nationalsozialistische Diskriminierungs-, Verfolgungs- und Vernichtungspolitik zu erklären, ohne sie als Kumulationspunkt einer zweitausend Jahre alten europäisch-christlichen Obsession zu verstehen, zeigen in besonderer Weise die Hilflosigkeit der Versuche, den Antisemitismus zu „erklären“, indem man nach einer besonderen Ursache für ihn sucht. Alles Mögliche soll die europaweite Verfolgung und Ermordung der Juden gewesen sein – nur kein Hass auf die Juden. Sie sei – zum Beispiel – Bevölkerungspolitik gewesen, also die Idee großräumiger Neuordnung Europas nach ethnischen Gesichtspunkten. Gewiss gab es solche Raumplanungen, gewiss war die Umsiedlung von Juden von hier nach da Bestandteil dieser Planungen – aber die sich dann anschließende Frage, warum es denn allein die Juden gewesen waren, die man ghettoisiert und dann zu Millionen ermordet hatte, fällt dabei unter den Tisch, oder es wird etwas wie „Gewiss, der Antisemitismus spielt auch eine Rolle“ nachgeschoben. Dass nicht-jüdische Deutsche von dem durch Deportationen freiwerdenden Wohnraum profitiert hätten – wer will das bestreiten? Aber die „Erklärung“ eines millionenfachen Mordes wäre Wohnraumbeschaffung gewesen?

Bei solchen Erklärungsversuchen wird immer wieder übersehen, dass menschliches Handeln nicht säuberlich in Zweck und Mittel zerfällt. Gewiss ist ein Raubmord auch eine Geldbeschaffung, aber ein Mord ist nicht einfach ein Mittel zur Geldbeschaffung. Der Raubmörder wählt diese Tat (und keine andere), und sie hat verschiedene Aspekte, von denen die Geldbeschaffung einer ist. Welche anderen noch erwähnens-

wert sind, um ein komplettes Bild der Tat zu bekommen, versucht man vor Gericht zu klären, und ein Teil dieser Klärung kann ein psychologisches Gutachten sein – jedenfalls wird man der Lebensgeschichte dessen, der die Tat begangen hat, Aufmerksamkeit widmen. Menschen setzen sich nicht irgendeine Zwecke nach individueller Präferenz und sichten dann vor dem inneren Auge die möglichen Mittel zu ihrer Erreichung – jedenfalls nicht in der nahezu unendlichen Spannweite des Möglichen. Was als „möglich“ überhaupt in Erwägung gezogen wird, hängt von vielem ab, nicht zuletzt von gesellschaftlichen wie individuellen Normen und Wertmaßstäben.

Lassen Sie mich das an einem bewusst krass konstruierten Beispiel verdeutlichen. Ein Mensch schlägt einem anderen mit einem Hammer den Schädel ein. Als Begründung für sein Handeln gibt er an, er habe eine Fliege auf der Stirn des anderen töten wollen. Wir würden nicht sagen, er habe zu einem ungewöhnlichen Mittel gegriffen, ebenso wenig wie wir sagen würden, jemand, der sagt, 2 mal 2 sei 324, habe sich verrechnet. Wer sagt, 2 mal 2 sei gleich 324, tut irgendetwas Merkwürdiges, jedenfalls teilt er uns nicht das Ergebnis eines Rechengangs mit. Wer einem Menschen den Schädel mit einem Hammer einschlägt, tötet damit auch dann, wenn dabei eine Fliege ums Leben kommt, nicht in erster Linie eine Fliege, und der Rest ist irgendwie dabei „passiert“.

Der Mord an Millionen von Menschen, die Juden waren, ist nicht wegen irgendeines damit verfolgten anderen Zieles unternommen worden, sondern er wurde unternommen, weil man diesen Mord wollte – und es gab alle möglichen Dinge, die in seinem Vollzug miterledigt wurden. Man verschaffte sich Haare für Matratzen, schmolz Zahngold ein, Topf & Söhne verkaufte Krematorien, IG Farben plante, einen Großbetrieb in Auschwitz zu errichten, nicht-jüdische Deutsche und Österreicher zogen in leere Wohnungen ein und kauften billig „Judenmöbel“, die auch so hießen. Das war ein (sollen wir es so nennen?) Kollateralnutzen. Aber all das war keine „Ursache“, nichts, was zur „Erklärung“ herangezogen werden könnte. Natürlich fiel bei den antijüdischen Pogromen, die sich in West- und Osteuropa über die Jahrhunderte immer wieder ereigneten, Plündergut an, gewiss haben manche an den Pogromen teilgenommen, weil es für sie „etwas zu holen“ gab, aber *nicht deswegen* ist es zu diesen Pogromen gekommen.

01 Vgl. Theodor W. Adorno, „Die autoritäre Persönlichkeit“, in: ders., Vorträge 1949–1968, Frankfurt/M. 2019, S. 259 (Adorno zitiert aus dem Protokoll 34 des „Gruppenexperiments“).

02 Zit. nach Jan Philipp Reemtsma, Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne, Hamburg 2008, S. 430.

So, wie in der langen Geschichte antijüdischer Verfolgungspraxis sich alle möglichen Zusatzzwecke wie Raub, Plünderungen etc. angliedern, können sich auch alle möglichen sonstigen weltanschaulichen Versatzstücke angliedern. So gibt es einen antikommunistischen Antisemitismus, einen antikapitalistischen, einen damit verbundenen antiamerikanischen, einen Antisemitismus, der die Juden als Anhänger einer rückständigen, verbohrteten Religion ansieht, wie einen Antisemitismus, der die Juden als Protagonisten einer seelenlosen Moderne versteht. Es gibt rechten und linken, religiösen wie areligiösen Antisemitismus, es gibt Antisemitismus in Ländern, in denen Juden leben, und Antisemitismus in Ländern, in denen keine Juden leben. Man warf den Juden vor, assimilierungsfeindlich zu sein, und man warf ihnen vor, sich durch Assimilation unkenntlich zu machen. Juden seien intelligent, aber nicht produktiv intellektuell, sondern zersetzend, sie seien in den Künsten erfolgreich, aber nicht musisch, und wenn sie in den Künsten reüssierten, sei es auf falsche, nämlich jüdische, also im Grunde antikünstlerische Weise. Und immer wieder seien die Juden hier und da überrepräsentiert. Lassen Sie mich noch einmal Sartre anführen: Wenn man in Frankreich darauf käme, die Bretonen seien, sagen wir mal: unter der Ärzteschaft besonders stark zahlenmäßig vertreten, würde man stolz auf die Bretonen sein. Bei den Juden ist das doch „irgendwie“ ein Problem.

WER SIND „DIE ANTISEMITEN“?

Es liegt an der Geschichte des Antisemitismus selbst, dass es keinen Sinn hat, nach Erklärungen zu suchen, die ihn jenseits seiner Beharrlichkeit, seiner in der Geschichte herausgebildeten Adaptions- und Integrationsfähigkeit auf irgendetwas „zurückführen“. Gewiss hat seine Geschichte einen Anfang, aber der Anfang begründet nichts, außer dass er etwas in Gang gesetzt hat, das seine eigene Überlebensfähigkeit aus sich selbst gewonnen hat. Hier berührt sich der Antisemitismus mit seiner Legitimationsrhetorik mit der Analyse des Antisemitismus, die Abschied nimmt von der Suche nach dem, „was es nun endlich erklärt“. Die Legitimationsrhetorik des Antisemitismus kommt am Ende immer auf sich selbst zurück, die Analyse des Antisemitismus auch. Bei einer so langen Erfolgsgeschichte können wir uns doch nicht irren, an den Juden muss doch etwas

sein, sagt der Antisemit; und die Antwort kann nur sein: Bei einer so langen barbarischen Geschichte muss doch etwas an den Antisemiten dran sein. Die Geschichte des Antisemitismus ist die Geschichte der Antisemiten.

„Der Jude“ ist eine Erfindung des Antisemiten, aber gibt es „den Antisemiten“? Schon wenn man die Führungsriege des sich selbst so genannt habenden „Dritten Reichs“ betrachtet, sieht man nicht unbedeutende Unterschiede. Hitler war ein fanatischer Antisemit – womit ich meine: Der Hass auf die Juden war für ihn ein Lebensthema, ohne ihn wäre er in der NSDAP vielleicht nur ein Thema unter anderen gewesen, ohne Hitler keine Shoah. Göring war an solchen Fragen weniger interessiert, für ihn war die Politik Mittel zu Ruhm, Prunk und Macht. Als allerdings nach den „Kristallnacht“ genannten Pogromen des Jahres 1938 über neue Maßnahmen gegen Juden nachgedacht wurde, tat er sich durch fürchterlich gutgelaunte Vorschläge hervor. Ähnlich wird man in der gesamten deutschen und österreichischen Bevölkerung differenzieren können: Eine recht kleine Gruppe sind radikale Antisemiten, die nahezu zwanghaft auf dieses Thema zu sprechen kommen, nicht unähnlich Paranoikern, die nicht davon ablassen können, darüber nachzudenken, was ihre Verfolger im Schilde führen – und andere von der Realität ihrer Phantasien zu überzeugen versuchen. Eine große Gruppe, vielleicht die Mehrheit, man könnte sie mit einem gewissen Zögern „normale Antisemiten“ nennen, haben die Wahrnehmungs- und Denkmuster des antijüdischen christlichen Abendlandes übernommen, gehen davon aus, dass es etwas wie ein „jüdisches Problem“ gibt, und können, wenn man sie fragt, auf eine etwas unkonzentriert-fahrig Weise darüber Auskunft geben. Man könnte sie als „antisemitische Schläfer“ bezeichnen. Wenn die radikale Minderheit den Ton angibt, stimmen sie ein, bereitwillig die einen, eher zögernd die anderen. Eine Minderheit gibt es schließlich, die ausdrücklich keine Antisemiten sind, bewusst sich fernhalten von judenfeindlichem Geschwätz und Aktionen gegen Juden. Ob sie einfach beiseite gehen oder ihr Nicht-Mittun demonstrativ inszenieren, hängt vielleicht nur vom individuellen Mut ab.

Man hat oft betont, dass die Wähler der NSDAP „nicht alle Antisemiten“ gewesen wären, und das ist richtig, wenn man unter „Antisemiten“ nur jene versteht, die ich „radikale Antisemiten“ genannt hatte. Man muss aber bedenken,

dass alle die, die keine radikalen Antisemiten waren, aber die NSDAP wählten, aus was für Gründen auch immer eine Partei wählten, die eine Gruppe ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Diskriminierung, Verfolgung und Mord bedrohte. Angesprochen darauf hätten die meisten von ihnen etwas gesagt wie „So redet man eben“ oder „Das ist doch nicht so gemeint“, oder was man eben so sagt, wenn man die eigene geheime Billigung als Gleichgültigkeit kaschieren möchte.

Die Frage, die heutzutage gern gestellt wird, ob jemand „ein Antisemit sei“ oder nicht, ist keine vernünftige Frage. Es geht nicht darum, zu beurteilen, ob etwas „schon“ oder „noch nicht“ antisemitisch sei, und im einen Fall zu verurteilen, im anderen mit Nachsicht zu behandeln. Ich habe Martin Walsers Roman „Tod eines Kritikers“ einen „antisemitischen Affektsturm“ genannt,⁰³ damit aber nicht Martin Walser einen Antisemiten. Dadurch, dass ich ihn keinen Antisemiten genannt habe, wird aber der Roman, der voller antisemitischer Ressentiments steckt, um keinen Deut weniger widerlich.

EIN NEUES KAPITEL

Ich habe die Eigenschaft des Antisemitismus erwähnt, sich an nahezu beliebige politische oder weltanschauliche Denkweisen anzuschließen. Seiner diesbezüglichen Erfolgsgeschichte ist jüngst ein neues Kapitel hinzugefügt worden, das des „Postkolonialismus“. Der politisch aktivistische Postkolonialismus lässt sich so verstehen, wie der Philosoph Odo Marquard die 68er-Bewegung verstand, als „nachgeholten Ungehorsam“. Eine neue Generation bezieht ihre Identität aus der radikalen Kritik der Fehler und Verbrechen einer vorausgegangenen – im Falle der 68er der Vätergeneration, im Falle des Postkolonialismus der Ur- und Ururgroßvätergenerationen. In beiden Fällen wurde die politische Gegenwartswirklichkeit als Bemäntelung des Fortwirkens, ja Fortexistierens der Vergangenheit interpretiert, und zwar in mancher Hinsicht zweifellos zu Recht.

Was uns hier interessieren muss, ist das Folgende: Sowohl bei den „68ern“ wie bei den „Postkolonialen“ hat der Antisemitismus auf erschre-

ckende Weise, sagen wir: angedockt. Im ersteren Fall wurde die Rolle des genozidalen Antisemitismus im Nationalsozialismus im Namen einer marxistischen, auf eine Theorie der Klassenverhältnisse reduzierten Auffassung von „Faschismus“ marginalisiert. So, wie man meinte, die Judenverfolgung habe vom Klassenkampf ablenken wollen, war man der Auffassung, die Thematisierung des (damals noch nicht so genannten) Holocaust lenke von den gegenwärtigen politischen/klassenkämpferischen Aufgaben ab. Wie die Behauptung, man thematisiere den Mord an sechs Millionen Juden zu sehr, zu einer neuen Art von unmittelbar antijüdischer Rhetorik führte, zeigt etwa die Rede von den „vergessenen Opfern des Nationalsozialismus“, womit zunächst die unbestreitbare Tatsache gemeint war, dass lange Zeit die Verfolgung von Sinti und Roma, Homosexuellen, sogenannten Asozialen und anderen Gruppen nicht thematisiert worden war. Aber anstatt die Gründe dafür in gegenwärtigen, weiterhin vorhandenen Ressentiments zu suchen, wurde die Bemühung um historische Sichtbarmachung dieser Verfolgungsgeschichten begleitet von der teils diffusen, teil explizit vorgetragenen Ansicht, das internationale Judentum habe sich, dank geschickter Lobbyarbeit, gewissermaßen vorgedrängt.

Ein zugegebenermaßen besonders krasses Beispiel für das Bestreben, die Bedeutung der antijüdischen Verfolgungsgeschichte zu bagatellisieren, indem man die kolonialen Verbrechen gegen sie ausspielt, ist Jacques Vergès, der Verteidiger des SS-Mörders Klaus Barbie. Vergès zog seine Strategie vor Gericht als Kolonialismuskritik auf und argumentierte, der Nationalsozialismus sei gleichsam das kleinere Übel und angesichts der kolonialen Verbrechen vernachlässigenswert. Ein weiteres Beispiel ist der Deutsche Dieter Kunzelmann, Mitglied der „Kommune I“, später kurzzeitig in einem militärischen Ausbildungscamp der Fatah, in den 1980er Jahren Abgeordneter der Alternativen Liste in der Berliner Bürgerschaft, der den Brandanschlag auf ein jüdisches Altersheim 1970 als „antizionistische Tat“ bezeichnete und ein Jahr zuvor in einem offenen Brief schrieb, die bundesrepublikanische Linke leide an einem „Judenknax“: „Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie ‚Zionismus‘ zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit der AL FATAH, die im Nahen

03 Vgl. Jan Philipp Reemtsma, Ein antisemitischer Affektsturm. Über Martin Walsers „Tod eines Kritikers“, in: ders., Schriften zur Literatur, Bd. 3, München 2015, S. 383–394.

Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat.“⁰⁴ Die Folge des „Dritten Reiches von Gestern“ im Nahen Osten war offensichtlich Israel und das „Dritte Reich von Heute“ ebenfalls. Das einzusehen verhindere die deutsche Fixierung auf die Shoah – heute formuliert man denselben Gedanken so: „Free Palestine from German Guilt“. Die „Solidarität“ mit der Fatah ist heute durch die mit der Hamas ersetzt worden – zögerlich nach dem Massenmord vom 7. Oktober 2023, zunehmend offensiver in den Wochen danach.

Ähnlich falsch wie die Frage, ob etwas oder jemand „schon“ oder kein Antisemit „sei“, ist die Frage, ob „Israelkritik“ „bereits“ Antisemitismus sei oder „ab wann“ sie es sei. Sieht man einmal vom merkwürdigen Ausdruck „Israelkritik“ ab, in dem doch immer der Zweifel an der Berechtigung der Existenz des Staates Israel mitschwingt, so geht es auch hier nicht um die Frage der so oder so beschaffenen Rubrizierung, sondern um die Frage, welcher Argumentationsmuster sich eine bestimmte politische Agitation bedient, welche Affekte sie stimuliert. Wer die Hamas eine „Befreiungsorganisation“ nennt, wo *von den angeblichen Befreiungskämpfern selbst* nicht von Befreiung, sondern von Zerstörung die Rede ist, verleugnet oder verbreitet Lügen über das, was sie nach eigenem Bekunden ist: eine Organisation, deren Feind das internationale Judentum ist. Wer den Massenmord der Hamas im Oktober 2023 mit nachdenklichen Vokabeln weichzeichnen möchte, der zeigt vor aller Welt, dass es ihm – wie der Hamas – darum geht, dass es einen jüdischen Staat, der sich gegen die, die seine Zerstörung und die Ermordung und Vertreibung seiner Bevölkerung planen, verteidigen kann, nicht geben soll. Sie gehen dabei so weit, dass sie sich solidarisch erklären mit einer religiös fanatischen Mörderbande, die alle Ideale bekämpft, die von ihnen doch sonst hochgehalten werden, und die sich im Oktober gezeigt hat als das, was sie von Anfang an war: fanatische, antisemitische, misogynie, homophobe Mörder aus Spaß an der Sache, die aus diesem Geiste eine religiöse Tyrannei errichten wollen.

Dass es hierzulande Menschen gibt, die sich für Vertreterinnen oder Vertreter humaner Idea-

le halten und doch solche Sympathien hegen, ist leider nicht erklärungsbedürftig. Dahinter steckt nichts, es ist bloß die Fortsetzung der langlebigsten, längst nicht mehr nur abendländischen Obsession, die so bösartig und verrückt ist, weil es in ihr einen Konsens gibt, so bösartig und verrückt könne man doch nicht ohne Grund sein. Es gibt das: gern in schlechter Gesellschaft sein. Es gibt Leute, die nicht trotz, sondern wegen ihrer Vulgarität und offensichtlichen Gefährlichkeit zu Anführern gewählt werden. Man erklärt sich nicht solidarisch mit einer Mörderbande, wenn man nicht ihre Mordaktionen billigt. Freud nannte es „Unbehagen in der Kultur“, sagen wir: Unbehagen *an* der Kultur, oder: lustvolle Selbstbarbarisierung. Der Antisemitismus ist ein Angebot, Mitglied einer internationalen Ressentimentgemeinschaft zu sein, ungetadelt und ungehemmt bösartig zu sein und die Schranken der Zivilisation einzureißen.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Version eines Vortrags, den der Autor am 15. Januar 2024 an der Universität für angewandte Kunst in Wien gehalten hat.

JAN PHILIPP REEMTSMA

ist Professor für Neuere deutsche Literatur sowie Gründer und Vorstand der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, der Arno Schmidt Stiftung und Gründer des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen die Zivilisationstheorie und die Geschichte der menschlichen Destruktivität.

⁰⁴ Zit. nach Ronen Steinke, *Terror gegen Juden*, Berlin 2020, S. 68.

ISRAEL UND DER ANTISEMITISMUS

Antisemitismusdefinitionen im Kontext des Nahostkonflikts

Tom Khaled Würdemann

Wer in den vergangenen Jahren akademische und politische Debatten um Antisemitismus verfolgt hat, konnte um die Kontroverse um zwei Antisemitismusdefinitionen kaum herumkommen. Da ist zum einen die „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) – eine zwischenstaatliche Organisation, zu deren Aufgaben die Bekämpfung des Antisemitismus gehört. Ihre Arbeitsdefinition entstand in Zusammenarbeit mit Wissenschaftler*innen in einem Prozess zwischen 2003 und 2016. Zur Veranschaulichung wurde sie mit elf Beispielen für antisemitische Verhaltensweisen veröffentlicht, von denen sich sieben auf Israel beziehen. Zum anderen ist da die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (englisch abgekürzt JDA), die 2020/21 explizit als Reaktion auf die IHRA-Definition von einer internationalen Gruppe von Wissenschaftler*innen verfasst wurde und 15 Leitlinien umfasst, davon zehn explizit mit Bezug zu Israel und Palästina. Wer die Definitionen noch nicht kennt, kann sie im Internet leicht finden und nachlesen.⁰¹

Kern der Kontroverse ist die Positionierung zum Staat Israel. Kurz zusammengefasst: Entsprechend der IHRA-Definition stehen bestimmte Aussagen über den Staat Israel per se im Verdacht, antisemitisch zu sein. Dazu gehört an zentraler Stelle die Infragestellung des Existenzrechts Israels als jüdischer Staat. Die JDA dagegen möchte den Antizionismus als solchen vom Verdacht des Antisemitismus freisprechen, weshalb unter anderem auch fünf Beispiele dafür aufgeführt werden, was „nicht per se antisemitisch“ ist.

Die Debatte hat insofern politische Relevanz entwickelt, als die Arbeitsdefinition der IHRA inzwischen von verschiedenen staatlichen Einrichtungen politisch angewendet wird, also zum Beispiel als Grundlage für öffentliche Förderung dient. Im Folgenden soll es jedoch nicht um

die Kontroversen dieser Anwendungen gehen. Stattdessen sollen die IHRA-Definition und die JDA auf Probleme abgeklopft werden, die anwendungsabhängig zwischen ihnen und historischen und politischen Beurteilungen des Staates Israel entstehen können. Welche Leerstellen entstehen dadurch, und was folgt daraus? Hierfür sind vor allem Fachkenntnisse zum Israel/Palästina-Konflikt unerlässlich – die in der deutschen Diskussion bislang jedoch zu wenig Niederschlag finden.

MANGELNDE EXPERTISE

Deutsche Debatten um den Staat Israel und Antisemitismus laufen oft abgeschnitten von relevanten Forschungsfeldern. Sowohl die Arbeitsdefinition der IHRA als auch die JDA bestätigen, dass sich zeitgenössischer Antisemitismus auch auf den Staat Israel bezieht. Ebenso ist aber der Vorwurf bekannt, dass mit Antisemitismus-Unterstellungen Kritik an israelischer Politik mundtot gemacht werde.

Für beide Fälle ist es wichtig, Aussagen über den Staat Israel sauber in „richtig“ und „falsch“ unterscheiden zu können.⁰² Ein Merkmal des israelbezogenen Antisemitismus ist, entsprechend der Antisemitismusforschung, die „De-Realisierung“: der pathologisch verzerrte Blick auf den jüdischen Staat. Andersherum heißt es in der IHRA-Definition, dass die Kritik an Israel nicht antisemitisch sei, die „mit der an anderen Ländern vergleichbar“ sei. Das bedeutet, dass zum Beispiel der „Apartheid“-Vorwurf an Israel sowohl eine „mit der an anderen Ländern vergleichbare“ Kritik als auch eine pathologische „De-Realisierung“ sein könnte. Das Urteil hängt von regionalem und völkerrechtlichem Fachwissen ab.⁰³ Diese Arbeit zur Unterstützung der Antisemitismusforschung wäre Aufgabe der Nahostwissenschaften. In Deutschland besteht hier

Nachholbedarf. Quellengestützte Forschung zur Geschichte Israels/Palästinas und des arabischen Antisemitismus ist selten und hat wenig öffentliche Wirkung.⁰⁴ Die dafür prädestinierten Israelstudien stecken noch in den Kinderschuhen.⁰⁵ Und für die häufig zur Islamwissenschaft gehörenden Regionalstudien der arabischen Welt ist der jüdische Staat oft immer noch nicht Teil der Region.

Auch auf diesen diskursiven Mangel ist es zurückzuführen, dass bisweilen in einer Form von *concept creep* Konzepte etwa des Antisemitismus als einer antimodernen Weltanschauung eins zu eins auf den Israel/Palästina-Konflikt übertragen werden. Dessen Grundmuster ist aber viel mehr das eines ethnischen Konflikts zwischen Nationalbewegungen. Ungenaue Aussagen über den Israel/Palästina-Konflikt sind daher auch in Publikationen der deutschen Antisemitismusforschung zu finden.

In dieser Hinsicht wäre die Förderung eines Feldes von miteinander verknüpften Israel-Palästina-Studien hilfreich. Nach dem Historiker Derek Penslar ist damit Forschung gemeint, die Israel und Palästina als miteinander verbundene, gleichwertige Subjekte betrachtet.⁰⁶ Ein solcher Ansatz ermöglicht zum einen die stärkere Berücksichtigung von Interdependenzen und Wechselwirkungen, zum anderen kann eine solche Israel/Palästina-Wissenschaft dabei helfen, in den tieferen historischen Schichten Potenziale für Frieden auszuloten.⁰⁷ Das Ziel ist die scharfe Abwägung der Fakten und zugleich die weiche Entwicklung von mehr Empathie im Sinne von Versöhnung und Koexistenz.

01 Siehe <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> und <https://jerusalemdeclaration.org>.

02 Eine Ausnahme bildet die immer antisemitische Inhaftnahme von Jüd*innen für die Politik Israels.

03 Für Israel in seinen völkerrechtlichen Grenzen ist dieser Vorwurf nicht haltbar. In Bezug auf das besetzte Westjordanland kann er streitbar argumentiert werden. Siehe Kai Ambos, *Apartheid in Palästina?*, Frankfurt/M. 2024.

04 Vgl. Michael Brenner, *Woher sollen sie es wissen?*, 5. 2. 2024, www.sueddeutsche.de/1.6343700.

05 Bis auf ein Zentrum an der Ludwig-Maximilians-Universität München und einen Lehrstuhl an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg gibt es keine Institution der Israelstudien in Deutschland.

06 Vgl. Derek Penslar, *Toward a Field of Israel/Palestine Studies*, in: Bashir Bashir/Leila Farsakh (Hrsg.), *The Arab and Jewish Questions*, New York 2020, S. 173–200.

07 Vgl. etwa Jonathan Gribetz, *Reading Herzl in Beirut*, New York 2024; Loay Wattad, *Subversive Mimicry*, Berlin 2024.

STAATSKRITIK UND ANTISEMITISMUS

Israel ist ein Staat. Das bedeutet, dass die „Kritik der Israelkritik“ in einem sensiblen Bereich liegt: Als unpersönliche Entitäten der Gewalt und Machtausübung verdienen Staaten beziehungsweise ihre Regierungen es wie kaum ein anderer Aspekt menschlicher Gesellschaft, umfassender Kritik zu unterliegen. Für Israel und seine Regierung gilt das genauso wie für andere Staaten und deren Regierungen. Mutmaßliche Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg, illegale Siedlungen im Westjordanland und systematische Diskriminierungen nicht-jüdischer Gruppen, etwa von palästinensischen Bürger*innen in Ost-Jerusalem, sind klar als solche zu benennen – wie es ja vielfach auch geschieht.

Gleichzeitig ist klar, dass im Schatten der „Israelkritik“ der Antisemitismus blüht. Der jüdische Staat zieht ein viel höheres Maß an Kritik auf sich als andere Staaten. Regelmäßig ignoriert diese Kritik das Recht des jüdischen Volkes auf Sicherheit und Selbstbestimmung und – am schlimmsten – das Potenzial des Antisemitismus, Menschen in Mordlust zu vereinen.

Deshalb *mus*s die Diskussion um den israelbezogenen Antisemitismus kontrovers sein. Die Meinungen können sich durch unterschiedliche Gewichtung dieser Aspekte unterscheiden, ohne dass dahinter finstere ideologische Motive stehen müssen. Das erklärt auch, warum sich die Kontroverse um die Definition des Antisemitismus insbesondere an der Kritik an Israel als Staat entzündet. Blicken wir nun zunächst auf die Arbeitsdefinition der IHRA.

SCHIEFE EBENE IN DEN ANTISEMITISMUS

Eine prominente Position in der IHRA-Definition nimmt der sogenannte 3-D-Test ein, der auf den konservativen israelischen Politiker Natan Sharansky zurückgeht. Diesem Test zufolge ist Kritik an Israel antisemitisch, wenn sie das Land 1) dämonisiere, 2) delegitimiere und 3) einen doppelten Standard anlege. Letzteres heißt, in einer vergleichbaren Situation einen schärferen Maßstab an Israel anzulegen als an andere Länder. Die drei Ds finden sich abgewandelt auch in der IHRA-Definition wieder: Delegitimation unmittelbar, der Doppelstandard im Vergleich mit „de-

mokratischen Staaten“ und die Dämonisierung in Erweiterung auf den gegebenenfalls „als jüdisches Kollektiv verstandenen“ Staat Israel. Die Arbeitsdefinition schränkt sich allerdings insofern ein, als in ihr konstatiert wird, dass aktuelle Beispiele für Antisemitismus „unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts“ bestimmte Verhaltensweisen einschließen *können* – was Interpretationsspielraum lässt.

Für eine differenzierte Diskussion ist dieser Spielraum notwendig. Es versteht sich von selbst, dass der Antizionismus der US-amerikanischen Ultraorthodoxie keine Form des Antisemitismus ist. Und bei einer Palästinenserin aus Hebron ist zunächst von ihrer persönlichen Betroffenheit auszugehen, wenn sie die israelische Besatzung mit einem anderen Maß misst als die Politik anderer Staaten – und nicht von einem „Doppelstandard.“

Das Hauptproblem des 3-D-Tests ist aber, dass er in den aufgeheizten Debatten oft benutzt wird, um kritische Äußerungen über israelische Politik „Dämonisierung“ oder „doppelten Standard“ zu nennen. Ein plattes Beispiel dafür ist ein Interview des „Philosophie Magazins“ vom Februar 2024 mit dem Historiker David Greenberg. Darin behauptet Greenberg, die bloße Assoziation von Israels Kriegführung in Gaza mit Begriffen wie „ethnischer Säuberung“ sei Teil eines antisemitischen Glaubenssystems, in dem Israel als „dämonische Kraft“ erscheine.⁰⁸ Dabei berichtete selbst die regierungsnahe israelische Presse im November 2023, dass Premierminister Benjamin Netanjahu die Erarbeitung von Plänen zur „Ausdünnung der Bevölkerung von Gaza auf ein Minimum“ befohlen habe.⁰⁹ Das ist Grund genug, die Assoziation von israelischer Kriegführung mit ethnischen Säuberungen als Warnung (nicht als Tatsachenbehauptung) formulieren zu dürfen.

Weiter charakterisiert Greenberg den Vergleich zwischen der Netanjahu-Regierung und autoritär regierten Staaten wie Ungarn unter Viktor Orbán als „Wunsch, Israel zu dämonisieren“. ¹⁰ Tatsächlich sind Netanjahu und Orbán

nicht nur politische Freunde, sondern werden in Israel selbst als Vertreter derselben autoritären Tendenz benannt. Vergleichbare Gleichsetzungen von kontroversen Aussagen mit antisemitischen Dämonisierungen sollen mit der IHRA-Definition zwar ausgeschlossen werden, kommen aber regelmäßig vor und beeinflussen die Debatte.

NORMATIVE SETZUNG VON GESCHICHTE

Das eigentliche Problem des Bezugs auf Israel in der IHRA-Definition ist aber, dass das siebte der elf aufgeführten Beispiele eine historische Aussage macht, deren Komplexität im Rahmen einer Antisemitismusdefinition nicht adäquat widerspiegelt werden kann.

Demnach ist die Unterstellung, dass „die Existenz des Staates Israel“ ein „rassistisches Unterfangen“ sei, gegebenenfalls antisemitisch. Zunächst ist das Beispiel durch Diskrepanzen zwischen den sprachlichen Versionen der IHRA-Definition unklar: Im Englischen ist von der „existence of a State of Israel“ die Rede, im Deutschen von der „Existenz *des* Staates Israel“. Dieser Unterschied ermöglicht verschiedene Auslegungen je nach Sprache. Angesichts der zunehmenden juristischen Rolle der IHRA-Definition ist das unverständlich.¹¹

Hauptsächlich aber hängt die Gültigkeit des siebten Beispiels am historischen Urteil, wie man die Frage des (Kolonial-)Rassismus in der Gründungsgeschichte Israels beurteilt. Selbst ausgewiesene proisraelische Politikwissenschaftler wie Stephan Grigat konstatieren, dass der Zionismus koloniale Elemente enthielt.¹² Vor und während der Staatsgründung Israels war das zionistische Projekt zwischen Kolonialismus, Antikolonialismus und Postkolonialismus verortet. Denn es umschloss Elemente aller drei Phänomene: eine nationale Befreiungsbewegung, Formen kolonialer Machtausübung und den Aufbau eines Staates nach Ideen, die typisch für die postkoloniale Zeit waren.¹³

08 David Greenberg: „Der Antisemitismus reicht bis in die Führungsebene der Universitäten“, 6.2.2024, www.philomag.de/artikel/david-greenberg-der-antisemitismus-reicht-bis-die-fuehrungsebene-der-universitaeten.

09 Mati Tuchfeld, Der Plan des Premierministers für die Bürger des Gazastreifens (hebräisch, eigene Übersetzung), 30.11.2023, www.israelhayom.co.il/magazine/hashavua/article/14889801.

10 Greenberg (Anm. 8).

11 Ähnliche Diskrepanzen gibt es auch bei mehreren anderen Sprachen.

12 Vgl. Stephan Grigat, Die Einsamkeit Israels, Hamburg 2014, S. 64.

13 Vgl. Johannes Becke, Historicizing the Settler-Colonial Paradigm, in: Medaon 22/2018, www.medaon.de/pdf/medaon_22_becke.pdf, S. 3.

Entsprechend äußern palästinensische Nationalisten (oft einseitige) Kritik am Zionismus als einer kolonialen und damit „rassistischen“ Bewegung. Zentral für die Bewertung dieser Aussage ist das Verhältnis der zionistischen Politik zur arabischen Mehrheit im Mandatsgebiet Palästina vor der Gründung Israels. Der Vorwurf lautet, dass die zionistische Bewegung das Recht der um 1920 knapp 90 Prozent der Bevölkerung betragenden arabischen Mehrheit in Palästina nicht anerkannte, eine jüdische Staatsgründung in ihrem Land über das Mehrheitsprinzip abzulehnen. Und tatsächlich hätte ein solches Mitspracherecht bei der Frage nach der Existenz eines jüdischen Staates das Ende des zionistischen Projekts bedeutet. Für den palästinensischen Nationalismus war das „zionistische Projekt“ im britischen Mandatsgebiet daher ein „rassistisches Unterfangen“, da es das arabische Recht auf Selbstbestimmung missachtet habe. Zu den ersten arabischen Antworten auf den modernen Zionismus gehörte ein Brief des Jerusalemer Intellektuellen Yusuf Dia al-Khalidi von 1899: „Die Idee des Zionismus ist gut und gerecht. (...) Historisch gesehen, ist es wirklich Euer Land. (...) Aber es ist nun von einem anderen Volk bewohnt (...). Im Namen Gottes, lassen Sie Palästina in Frieden.“¹⁴

Wie die palästinensische Politik dann später tatsächlich reagierte – mit prinzipieller Kompromisslosigkeit, Gewaltwellen und der Kollaboration des Großmuftis von Jerusalem mit den Nationalsozialisten –, ist ein anderes Thema. Aber auch die ehrliche zionistische Absicht, die palästinensischen Araber in einen jüdischen Staat zu integrieren, täuscht nicht über die Unausweichlichkeit eines politischen Konflikts zwischen beiden Seiten hinweg. So argumentierte der zionistische Schriftsteller Ze'ev Jabotinsky mit dem Notstand des Antisemitismus: Das Erfordernis eines jüdischen Schutzraumes steche arabische Rechte auf politische Selbstbestimmung eben aus.¹⁵

Ein zentrales Dokument für diese Lesart ist das „Mandatspapier“ von 1922, das politische Programm der britischen Kolonialmacht für Palästina. Mit ihm sollte das britische Verspre-

chen aus der Balfour-Deklaration von 1917 eingelöst werden, eine „nationale Heimstätte für das jüdische Volk“ zu errichten. Hierzu heißt es in Artikel zwei des Mandatspapiers, dass die britische Verwaltung mit den zionistischen Institutionen kooperieren werde. Die „zivilen und religiösen Rechte anderer Einwohner“ in Palästina würden davon „nicht beeinträchtigt“.¹⁶ Was hier und insgesamt im Text fehlt, sind indes die politischen Rechte der „anderen Einwohner“, also der arabischen Mehrheit. Die zionistische Bewegung stimmte dem Mandatspapier nicht nur zu, sondern hatte lange darauf hingearbeitet.

Angesichts des arabischen Widerstands gaben die Briten ihre Versprechungen an die zionistische Bewegung in den Folgejahren zwar stückweise auf. Die palästinensische Position aber wurde entscheidend durch die Erfahrung geprägt, dass ihr Ausschluss aus dem politischen Mitspracherecht beabsichtigt war. Auch die ersten Pläne zur Teilung des Landes trugen solche Merkmale. So war das „Faisal-Weizmann-Abkommen“ 1919 für einen zukünftigen jüdischen Staat ein Pakt mit einem nicht-palästinensischen Fürsten. Der Peel-Plan 1937 sah die „Umsiedlung“ zahlreicher Araber vor, um in einem kleinen Gebiet überhaupt eine jüdische Mehrheit zu schaffen. Und selbst der UN-Teilungsplan von 1947, der für Israel ein Gebiet mit einer jüdischen Mehrheit vorsah, ignorierte die Demografie der nicht sesshaften Beduinen des Negev. All dies war für Geopolitik im Zeitalter des Imperialismus eher die Regel als die Ausnahme – man denke an das Schicksal des kurdischen Volkes nach dem Ersten Weltkrieg –, kann aber gerade deshalb kaum pauschal vom Vorwurf des Rassismus freigesprochen werden. Die zionistische Politik im britischen Mandat ein „rassistisches Unterfangen“ zu nennen, ist daher eine kontroverse, aber zu diskutierende Behauptung. Dass die Fluchtbewegung europäischer Juden vor dem grassierenden Antisemitismus diesen Zusammenstoß hervorrief, gehört zur Tragik des Konflikts.

Zur Verdeutlichung ein zugespitztes Beispiel: Ein Deutscher, der 1920 einen „jüdischen Plan“ zur Beherrschung seines Heimatlandes

¹⁴ Zit. nach Rashid Khalidi, *Palestinian Identity*, New York 1997, S. 75.

¹⁵ Vgl. Ze'ev Jabotinsky, *The Iron Wall* (1923), <https://en.jabotinsky.org/media/9747/the-iron-wall.pdf>.

¹⁶ United Nations, *Text of Mandate [for Palestine]: Note by the Secretary-General*, 18.4.1947, <https://digitallibrary.un.org/record/829707>, S. 3.

unterstellte, hing einem antisemitischen Wahn an. Ein Araber aus Palästina, der das Gleiche annahm, beschrieb damit in Bezug auf die jüdische Nationalbewegung die Realität. Das klingt hart – es sagt aber nur, dass es sich zwischen arabischer und zionistischer Bewegung zuvorderst um einen politischen Konflikt handelte, wie es im Zeitalter der Nationenbildung viele gab, und nicht lediglich um einen sich als Judenhass äußernden Verblendungszusammenhang. All das war auch führenden Zionisten dieser Zeit bekannt. Kein geringerer als der erste israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion äußerte 1956 gegenüber dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann, dass er selbst, wäre er Araber, „niemals“ Frieden mit den Zionisten schließen würde. Schließlich hätten sie ihnen „ihr Land weggenommen“.¹⁷ Auch der israelische General und Minister Moshe Dayan und der Politikwissenschaftler und Geheimdienstoffizier Yehoshafat Harkabi haben in ähnlicher Weise die Feindschaft der palästinensischen Araber als naturgemäßes Ergebnis des politischen Konflikts betrachtet.¹⁸ Die Geschichte ist also komplizierter, als es das siebte Beispiel der IHRA-Definition suggeriert.

Aber was bedeuten diese historischen Kontroversen für den heutigen Umgang mit dem Israel/Palästina-Konflikt? Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten: Es ließe sich entweder versuchen, aus einem schwierigen historischen Erbe das Beste zu machen – oder man gibt sich einem Programm des Revisionismus hin und verschreibt sich einem ewigen Kampf. Hier kommen wir dem zentralen Problem näher, das die Jerusalemer Erklärung aufweist.

SCHWEIGEN IM WALDE

Das Kernproblem vermeintlich propalästinensischer Positionen wird sichtbar, wenn zur „Lösung“ des Konflikts nicht ein Kompromiss, sondern die Eliminierung Israels gefordert wird. Das gilt unabhängig davon, ob ideologische Ju-

denfeindschaft das „Motiv“ ist oder nicht. Aus welchem Grund genau die Zerstörung des jüdischen Staates imaginiert wird, hat historisch betrachtet wenig Auswirkungen darauf, dass dieses Bestreben Unheil für jüdische Israelis bedeutet. Ob man die Gründung Israels vor 76 Jahren als legitim ansieht oder nicht: Eine Rückabwicklung gegen den Willen der jüdischen Bevölkerung ist nicht nur unrealistisch, sie würde auch niemals zum friedlichen Zusammenleben beider Völker führen.

Die JDA erwähnt dieses Problem nicht. Ihrer Leitlinie 12 zufolge ist der Wunsch nach der Auflösung Israels nicht automatisch als Form von Antisemitismus zu verstehen. Ideengeschichtlich lässt sich so argumentieren, da dieser Wunsch etwa auch einem antinationalen Utopismus oder palästinensischem Nationalismus entstammen kann. Die einzige klare „Bedingung“, die die JDA formuliert, um Antizionismus von Antisemitismus zu unterscheiden, ist Leitlinie 10: Demnach sei es antisemitisch, „Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzuspochen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben“. In Leitlinie 15 wird noch nebulös hinzugefügt, dass „die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere [sei] als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen“. Sind Forderungen nach der gewaltsamen Zerstörung Israels also bloß unvernünftig? Dadurch, dass die JDA hierzu keine weiteren Worte verliert, bleibt eine gravierende Lücke – insbesondere nach dem 7. Oktober 2023.

Nach dieser Lesart gilt: Solange der Anspruch auf eine zukünftige Gleichberechtigung erhoben wird, kann der Kampf zur Beseitigung Israels nicht als relevant für Antisemitismus benannt werden – wenn er zum Beispiel Israel „als Kolonialmacht“ treffen will und nicht „als Staat, weil er jüdisch ist“. Damit reduziert die JDA den Antisemitismus auf seine ideengeschichtlichen Bestandteile, die für den Tod vieler Jüd*innen in der Vergangenheit verantwortlich waren. Sie erfasst aber nicht die gegen die heutigen, lebenden Jüd*innen gerichtete Unterstützung von Kriegen gegen Israel bis hin zum Wunsch seiner Zerstörung. So bleibt die Frage offen, ob in der JDA über die Bemühungen zur Exkulpiation des Antizionismus nicht der Schutz von Jüd*innen zurückgeblieben ist. Gerade weil die JDA sich bemüht, Antizionismus differenziert zu be-

¹⁷ Vgl. Nahum Goldmann, *The Jewish Paradox*, New York 1978, S. 99.

¹⁸ Vgl. Mitch Ginsburg, *When Moshe Dayan Delivered the Defining Speech of Zionism*, 28. 4. 2016, www.timesofisrael.com/when-moshe-dayan-delivered-the-defining-speech-of-zionism/; Yehoshafat Harkabi, *Arab Attitudes to Israel*, New York 1972, S. 470.

trachten, wäre mindestens eine kritische Erwähnung des „weltbildhaften Antizionismus“¹⁹ angebracht gewesen.

KOMPROMISSFÄHIGKEIT VS. KOMPROMISSLOSIGKEIT

Der Begriff des „weltbildhaften Antizionismus“ ließe sich noch erweitern zum „eliminatorischen Antizionismus“. Ein solcher beschreibt Kräfte, die die Eliminierung Israels beziehungsweise die „Befreiung ganz Palästinas“ über den Wunsch nach dem friedlichen Zusammenleben beider Völker stellen.

Wer eine antizionistische Einstaatenlösung zum Ideal hat, aber als Kernziel das friedliche Zusammenleben beider Völker priorisiert, wird immer auch einen Zweistaatenkompromiss als Alternative zum dauerhaften Konflikt akzeptieren.²⁰ Zentral dafür ist die Anerkennung des Wunsches nach jüdischer Selbstbestimmung und, in den Worten des palästinensischen Intellektuellen Muhammad Abu Zeid, eine Neugier für die Gefühle der anderen Seite selbst in Zeiten der bittersten Feindschaft.²¹ Wer dagegen kompromisslos die „Befreiung ganz Palästinas“ will, wird auch dann gemeinsame Sache mit der Hamas machen, wenn man sich ideologisch zu einem multi-religiösen Palästina bekennt.

Die Krux ist die Ablehnung des Kompromisses als Lösung und der Glaube an die notwendige Eliminierung Israels. Das Gleiche gilt für jüdische Israelis, die eine Zweistaatenlösung zugunsten von „Großisrael“ ablehnen oder das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung mit einem verabsolutierten Bedürfnis nach „jüdischer Sicherheit“ grundsätzlich ausschließen. Auch hier steht die maximalistische Utopie über der Menschlichkeit der anderen Seite.

Viele Diskussionen können durch Anwendung dieses Maßes entschärft werden, beispielsweise die Frage nach der Gewalt. So hat der Philosoph Michael Walzer schon vor über 20 Jahren darauf hingewiesen, dass sich die Erste Intifada ab 1987 als Volksaufstand gegen eine unter-

drückerische Besatzung entscheidend von der Zweiten Intifada ab 2000 unterschied, in der israelische Zivilist*innen Ziel massiver Gewalt waren.²² Palästinensischer Widerstand ist daher weder immer so legitim noch so illegitim, wie einseitige Parteigänger*innen weismachen wollen. Vielmehr kann er daran gemessen werden, wie er zum Potenzial des friedlichen Zusammenlebens steht. Die Verteidigung des Angriffs der Hamas am 7. Oktober 2023 als „Widerstand gegen Unterdrückung“ kann so einfach entlarvt werden: Wahllöse Massaker an Zivilist*innen tragen grundsätzlich nicht zur Lösung eines Konflikts bei.

Der gleiche Maßstab gilt für Israel, wo legitime Selbstverteidigung von illegitimer Gewalt unterschieden werden kann – etwa in Form der Expansion im Westjordanland oder willkürlichen Menschenrechtsverletzungen.²³ Dasselbe gilt für religiöse Ideologien: Wenn der Wunsch nach muslimischer (oder jüdischer) Herrschaft über die heiligen Stätten von Jerusalem die friedliche Koexistenz aussticht, herrscht kein Wille zum Zusammenleben.

Auch die Frage der „Delegitimierung“ Israels lässt sich durch diese Brille sehen. „Eliminierung“ eines Staates ist nämlich etwas grundsätzlich anderes als die „Delegitimierung“ seiner derzeitigen Verfasstheit. Auf den Vorwurf der „Apartheid“ kann der Wunsch nach einer Versöhnung mit dem Gewesenen und einer Reform des Bestehenden folgen. Die im August 2023 von einer Gruppe namens „Academics4Peace“ gestartete Petition „The Elephant in the Room“, in der die Besatzung des Westjordanlands als „Apartheid“ bezeichnet wird, unterzeichneten auch intellektuelle Größen des zeitgenössischen Zionismus wie die Historiker Benny Morris, Dan Diner oder Derek Penslar²⁴ – jeder von ihnen mit dem Wunsch nach einem *besseren* Israel anstatt *keinem* Israel. Ob man dem zustimmt, ist eine andere Frage, aber es kann schwerlich als Antisemitismus gewertet werden.

19 Palästinasolidarität und Antisemitismus, Interview von Reinhard Jellen mit Peter Ullrich, 25.3.2009, www.telepolis.de/features/Palaestinasolidaritaet-und-Antisemitismus-3422185.html.

20 Die Behauptung, es existiere bereits eine „Einstaaten-Realität“, verdient eine gesonderte Diskussion.

21 Gespräch mit dem Autor 2023.

22 Vgl. Michael Walzer, The Four Wars of Israel/Palestine, in: Dissent, Fall 2002, S. 26–33.

23 Vgl. Strapped Down, Blindfolded, Held in Diapers: Israeli Whistleblowers Detail Abuse of Palestinians in Shadowy Detention Center, 11.5.2024, <https://edition.cnn.com/2024/05/10/middleeast/israel-sde-teiman-detention-whistleblowers-intl-cmd>.

24 Siehe <https://sites.google.com/view/israel-elephant-in-the-room/petitions/aug-23-elephant-in-the-room>.

Antizionistische Aktivisten dagegen, die das Ziel eines egalitären Staates Palästina bekunden, aber trotzdem mit der Hamas solidarisch stehen, zeigen damit ihre Unterordnung des friedlichen Zusammenlebens unter das Hauptziel der Eliminierung Israels. Und eben dieses ist das Problem – viel mehr als die Vorstellung, der Staat Israel sei illegitim entstanden oder handle verbrecherisch (all das kann diskutiert werden). Die Unbedingtheit des militanten Antizionismus kann daher auch ohne Nachweis von ideengeschichtlichem Antisemitismus als jüdenfeindliche Praxis benannt werden: als eine Ideologie, die katastrophalen Schaden (nicht nur) für Jüd*innen anrichtet. Man kann hier den Umkehrschluss zum Thema „Apartheid“ formulieren: Es ist bezeichnend für den negativen Charakter des eliminatorischen Antizionismus, dass Israel zwar mit der Apartheid Südafrikas verglichen wird – die Methoden der Bekämpfung sich allerdings so oft und so deutlich unterscheiden. Solange statt eines Nelson Mandelas ein Yahya Sinwar die Führungsgewalt hat, wird es keinen Frieden geben.²⁵

WURZELN DES ELIMINATORISCHEN ANTIZIONISMUS

Die Wurzeln dieser Politik der Zerstörung liegen zu einem großen Teil im Revisionismus, der seit Jahrzehnten in der palästinensischen Politik verbreitet ist – in der Vorstellung also, dass nur der Sieg über das „illegitime zionistische Projekt“ den Konflikt beenden könne. Dieser Revisionismus wiederum beruht nicht ursächlich auf Antisemitismus, sondern auf Nationalismus. Zudem ist er maßgeblich vom Zionismus selbst und dessen Glauben an ewige nationale „Besitzrechte“ an einem Land beeinflusst. Darin zeigt sich der ambivalente Charakter von Feindschaft in diesem Konflikt, in dem beide Seiten einander oft im Spiegel sehen.

Doch die Kompromisslosigkeit und die unverhältnismäßige Bedeutung, die dem Israel/Pa-

25 Die BDS-Bewegung erhebt den Anspruch, dem Vorbild Mandelas zu folgen. Nach dem 7. Oktober 2023 veröffentlichte sie ein mit gutem Willen als verklausulierte Distanzierung von den „Methoden“ der Hamas zu lesendes Statement, in dem die Schuld an der Gewalt dennoch vollständig Israel zugeschrieben wird. Siehe <https://bdsmovement.net/news/western-complicity-apartheid-israels-brutal-violence-heightens-palestinian-resistance>.

lästina-Konflikt überall auf der Welt beigemessen wird, haben auch andere Wurzeln. Dazu gehört seine emotionalisierende Verortung im „Heiligen Land“, was sich sowohl proisraelisch als auch propalästinensisch äußern kann. Auch die in den Kontext des Kalten Krieges gehörende wahrgenommene Ungleichzeitigkeit von Israel als einer westlich-kolonialen Gründung in der Zeit der Dekolonisierung spielt eine Rolle. Hinzu kommt die symbolische Bedeutung von „Palästina“ für arabischen Nationalismus und Islamismus: In diesen Ideologien war und ist Palästina der moralische Hebel zur Durchsetzung politischer Forderungen; die Befreiung des „arabischen“ beziehungsweise „muslimischen“ Palästina ist gleichbedeutend mit dem Erfolg der ideologischen Projekte und wird daher als notwendig angesehen.²⁶

Zu diesen Wurzeln gehört aber auch der Antisemitismus. Die Idee und Wahnvorstellung, dass „den Juden nicht vertraut werden dürfe“, wirkt für den Motor des politischen Konflikts zwischen Israel und Palästina wie ein potenter Extratreibstoff. Für die palästinensisch-arabische Nationalbewegung boten Momente des historischen muslimischen Antijudaismus und des modernen europäischen Antisemitismus Deutungsschablonen, die zu oft übernommen wurden. Insbesondere im Islamismus ist das sichtbar und eine Trennung zwischen politischem Konflikt mit Israel und Antisemitismus fast unmöglich: Der Konflikt wird meist a priori als Angriff „der Juden“ auf die muslimische Gemeinschaft gedeutet. Die übernommene Spezifik des europäischen Antisemitismus verschärft diese Feindschaft noch: Mit einem Gegner, der hinter jeder geheimen Verschwörung stehe, könne gar kein Frieden geschlossen werden. Als „Lösung“ zählt nur der totale Sieg.

FAZIT

Das Motiv des unversöhnlichen Wunsches nach Eliminierung des jüdischen Staates ist eine zentrale Bedrohung für heutige Jüd*innen. Die IHRA-Definition erfasst das, ist aber offen für unzulässige Verengungen bei Kritik an Staat und Politik Israels. Manche diskutablen Aussagen

26 Vgl. Hussein Aboubakr Mansour, *The Perennial Power of the Nakba*, 11.9.2023, <https://mosaicmagazine.com/essay/israel-zionism/2023/09/the-perennial-power-of-the-nakba>.

über Israel können mit der IHRA-Definition in die Nähe des Antisemitismus gerückt werden, was auch immer wieder geschieht.

Die JDA dagegen beabsichtigt die Exkulpierung des Antizionismus vom Antisemitismus. Das mag ideengeschichtlich häufig gerechtfertigt sein. Den Kern des Problems – die Priorisierung der Eliminierung Israels über die Schaffung von Frieden für beide Völker – erfasst sie aber nicht. Bei der Benennung des gefährlichsten Ausdrucks von jüdenfeindlicher Praxis in unserer Zeit bleibt die JDA eigentümlich stumm.

Bei allem Nutzen, den die Definitionen für die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit haben: Beide haben ihre Unschärfen, derer man sich bei der Beurteilung des heutigen Antisemitismus bewusst sein sollte, insbesondere im komplexen Kontext des Israel/Palästina-Kon-

flikts. Als wichtigster Gedanke bleibt daher: Das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben beider Völker muss der zentrale Imperativ jeder Lösungsidee und des Weges dorthin sein.

TOM KHALED WÜRDEMANN

ist Nahostwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Graduiertenkolleg „Ambivalent Enmity“ der Universität Heidelberg und der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg.

Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



DER 7. OKTOBER ALS ZÄSUR FÜR JÜDISCHE COMMUNITIES IN DEUTSCHLAND

Marina Chernivsky · Friederike Lorenz-Sinai

„Der 7. Oktober war kein Terroranschlag. Er war der Beginn eines neuen, globalen antisemitischen Krieges, in dem alle Jüdinnen und Juden sich angegriffen fühlen, weil sie alle angegriffen werden.“⁰¹ Mit diesen Worten beschrieb die Journalistin und Filmemacherin Esther Shapira im April 2024 in der „Jüdischen Allgemeine“ die Wahrnehmung vieler Jüdinnen und Juden in Deutschland. Denn in den Monaten nach dem beispiellosen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist auch hierzulande ein sprunghafter Anstieg antisemitischer Übergriffe auf Jüdinnen und Juden registriert worden.⁰² Die Zunahme von Straftaten sowie der enorm steigende Bedarf an spezialisierter Betroffenenberatung verweisen auf eine veränderte Qualität und Quantität antisemitischer Bedrohung.⁰³

Vor diesem Hintergrund fördert die Antidiskriminierungsstelle des Bundes seit Februar 2024 eine auf zwei Jahre angelegte Studie zu den Wirkungen des Terroranschlags auf die jüdische und israelische Community in Deutschland, mit deren Erstellung wir beauftragt wurden.⁰⁴ Das Forschungsprojekt hat zum Ziel, vertiefte empirische Einsichten darüber zu gewinnen, wie sich der Terror als gruppenbezogene, kollektive Gewalt sowie die Reaktionen darauf auf den Alltag und das Wohlbefinden von Jüdinnen und Juden in Deutschland auswirken. Als Grundlage dienen qualitative Interviews – bis Mai 2024 haben bereits über 80 Personen an der Studie teilgenommen. Ein Großteil von ihnen ist vom Terroranschlag nicht direkt, sondern über familiäre und freundschaftliche Beziehungen in Israel betroffen. Einige der Interviewten waren zum Zeitpunkt des Angriffs in Israel.

Um die Relevanzsetzungen der Interviewten in Erfahrung zu bringen, arbeiten wir mit offenen, erzählregenden Verfahren.⁰⁵ Dafür nutzen wir in den narrativen Interviews und Gruppendiskus-

sionen folgende Fragen als Stimuli: „Welche Bedeutung hat für Dich der 7. Oktober? Was verbindest Du mit diesem Ereignis?“ Daraufhin setzen Erzählungen und Diskussionen ein, die die Teilnehmenden selbstbestimmt strukturieren. Über diesen Zugang werden Erzählflüsse angeregt, in denen eigenen Gedanken und Impulsen nachgegangen werden kann, ohne thematisch gelenkt zu werden. Erst im anschließenden Nachfrageteil fragen wir nach Zukunftsperspektiven, psychischen und physischen Veränderungen sowie nach Handlungen, Personen oder Organisationen, die als hilfreich erlebt wurden. Im Folgenden geben wir einen Einblick in die bisherigen Befunde.

BEDEUTUNGSZUWEISUNGEN: „WIE EIN SCHNITT“

Der lang geplante Überfall der Hamas beginnt am 7. Oktober 2023 am frühen Schabbatmorgen während Simchat Tora, dem Abschluss des Laubhüttenfestes Sukkot. Das Eindringen von bewaffneten Terroristen in das israelische Kernland überrascht Menschen im Schlaf, am Frühstückstisch oder beim Tanzen und Feiern auf dem Supernova-Musikfestival. Jüdinnen und Juden weltweit erreichen die Nachrichten des Angriffs je nach Lebensweise erst nach Schabbatende, manche hören davon auf dem Weg in die Synagoge, manche lesen sie morgens im Bett auf ihrem Handy.

Die meisten Interviewten beginnen ihre Eingangserzählung mit einer detailreichen Schilderung ihres Erlebens am 7. Oktober. Der Tag wird in seinem Ablauf genau erinnert, was auf die einschneidende traumatische Wirkung verweist. Studienteilnehmer:innen beschreiben, wie sie zunächst auf ihre aus früheren Terroranschlägen vertrauten Praktiken zurückgreifen und die ersten Informationen zunächst nicht als außergewöhnlich einordnen. Durch die sich verdichtenden Nachrichten

über das Eindringen von Terroristen auf israelisches Gebiet sowie die Erschießung und Entführung von Zivilist:innen begreifen die Interviewten im Laufe des Tages, dass es um ein nie dagewesenes Ausmaß von Terror gegen Israel geht. Sie erfassen, dass die Menschen vor Ort schutzlos überwältigt werden und dass Sicherheitssysteme und Terrorabwehr nicht greifen. Vielfach schildern sie diesen Samstag und die Zeit danach als „Einschnitt“.

Einzelne setzen in ihrer Erzählung früher ein und beginnen mit einer subjektiven Deutung des 7. Oktober, indem sie diesen Tag mit anderen Anschlügen in Verbindung setzen. Sie nehmen Bezug auf Selbstmordattentate in Israel, den Überfall auf die Ukraine im Februar 2022, den Anschlag auf die Synagoge in Halle an der Saale 2019, den sogenannten Wehrhahn-Anschlag in Düsseldorf 2000 oder auf Antisemitismuserfahrungen als jüdische Kinder in Deutschland, in der Ukraine und anderen Ländern.

Interviewpartner:innen schildern, dass sie emotional noch in diesem Tag verhaftet sind. Die Zeit sei seitdem gefühlt „stehen geblieben“. Eine Mitte-30-jährige Interviewpartnerin beschreibt die Zeit seit dem 7. Oktober als einen nicht enden wollenden „Alptraum“:

„Das ist der absolute Horror (...), wie ein Alptraum, der nicht zu Ende geht. (...) So fühlt es sich immer noch an. Es ist etwas, was mich jeden Tag beschäftigt.“⁰⁶

01 Esther Shapira, Zeitenwende, 17.4.2024, www.juedische-allgemeine.de/politik/zeitenwende-3.

02 Vgl. unter anderem Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus e.V. (RIAS), Antisemitische Reaktionen auf den 7. Oktober. Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 7. Oktober und 9. November 2023, Berlin 2023.

03 Vgl. OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, Update zur Beratungsstatistik von OFEK e.V. im 1. Halbjahr nach dem 7. Oktober 2023, 6.4.2024, <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/04/240417-OFEK-sechs-Monate-nach-7-Oktober-1.pdf>.

04 Zum Forschungsteam gehören außerdem Verena Buser, Sophia Hoppe und Rachel Jann, denen wir herzlich für ihre Mitarbeit danken. Zeitgleich laufen ähnliche Forschungsprojekte. Zu nennen ist insbesondere die Studie „Making Jewish Voices Audible“ von Anne-Christin Klotz und Jasmin Spiegel (Martin Buber Society of Fellows, Hebrew University Jerusalem), in der Erfahrungen von Jüdinnen und Juden seit dem 7. Oktober mit leitfadengestützten Interviews erhoben werden.

05 Vgl. Gabriele Rosenthal, Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim–München 2015.

06 Die feintranskribierten Zitate wurden für diesen Artikel im Sinne einer besseren Lesbarkeit geglättet.

Das Gefühl der stehengebliebenen Zeit schildert eine in Israel aufgewachsene und aus beruflichen Gründen nach Deutschland gezogene Anfang-40-jährige Interviewpartnerin wie folgt:

„Also für mich [war der] 7. Oktober (...) wie ein Schnitt, [ein] Einschnitt in mein Leben. Es war (...) schrecklich, und ich habe das Gefühl, dass wir immer noch im Oktober sind. (...) Die Zeit ist stehengeblieben, habe ich das Gefühl. (...) [Der] 7. Oktober war quasi so was wie das Schlimmste, was der Menschheit überhaupt passiert ist, also die unterste Schublade an Grausamkeit, was Menschen anderen Menschen antun können.“

Durch die Aussage, für sie seien die Ereignisse das denkbar „Schlimmste“, was Menschen anderen Menschen antun können, klassifiziert die Interviewpartnerin das Massaker als Zivilisationsbruch. Dieses Erleben beschreibt sie zudem als eine grundlegende Differenzenerfahrung zu nicht-jüdischen Deutschen:

„Das hatte auch Auswirkungen darauf, wie ich mich fühle in Deutschland, (...) ich habe das Gefühl, (...) dass die Deutschen so was (...), so eine Grausamkeit nicht erlebt haben. Ich meine, ich habe das nicht persönlich erlebt, aber (...) emotional habe ich schon das Gefühl, dass es mir passiert ist, weil ich sehe Israel als meine Familie, ganz Israel, und ich habe das Gefühl, das ist meiner Familie passiert oder meiner Identität (...). Ich bin (...) hier in Kontakt vor allem mit Deutschen (...), und da merke ich schon, (...) dass ich wirklich das Gefühl habe, dass wir irgendwie eine andere innere Welt haben. Also ja, es ist schwer zu erklären, also so einen ganz anderen Ausgangszustand.“

Auch in Deutschland sozialisierte Interviewpartner:innen schildern ihre Wahrnehmungen einer „Parallelwelt“ von jüdischen und nichtjüdischen Deutschen. Vor diesem Hintergrund beschreiben sie die Nähe zu anderen Jüdinnen und Juden als hilfreich zur Bewältigung ihres Trauerprozesses und ihrer sozialen Erfahrungen.

Es ist das erklärte Ziel von Terroranschlägen, Menschen in ihrem Alltag zu überwältigen und damit die gesamte Gemeinschaft in ihrer Integrität und ihrem Sicherheitsempfinden zu erschüttern. Eine Ende-30-jährige Interviewpartnerin beschreibt, wie die Nachrichten aus Israel zu ihr durchdrangen, während sie mit ihrer Familie in der Gemeinde Schabbat hielt:

„Am 7. Oktober war ich in der Gemeinde (...). Wir wussten nicht, dass etwas passiert ist, und in der Gemeinde wusste es auch nicht jeder. Und dann

kam eine Freundin (...) und hat irgendwie berichtet, dass da was passiert ist (...), und ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe ihr das nicht so geglaubt. Ich habe gedacht, sie übertreibt. Ich konnte mir das nicht vorstellen. Ich war so – ja, war halt ein kleiner Terroranschlag, das kann in Israel schon mal passieren. Aber so, wie [sie] das (...) berichtet hat – ich konnte das wirklich einfach nicht glauben.“

Sie erinnert, wie sie auf ihre Erfahrungen aus früheren terroristischen Angriffen gegen Israel zurückgreift und den Angriff zunächst nicht realisiert. Andere erinnern, wie ihre Angehörigen die Nachrichten zunächst nicht an sich heranlassen können. So sagt eine Studienteilnehmerin über ihre Mutter, die sie am 7. Oktober zuhause besuchte: „Sie war so wie dissoziiert.“ Im Laufe des Tages drang dann die Erkenntnis durch, dass sich der Angriff von anderen Anschlägen unterscheidet. Dazu sagt ein Ende-30-jähriger Teilnehmer:

„[Ich] bin selber zweisprachig aufgewachsen, schaue oft und höre oft israelische Medien, meine Eltern natürlich fortlaufend. Da kriegt man natürlich auch durch israelische Medien oft Sachen mit, die hier in den Medien nicht erwähnt werden, und von daher, wenn die Hamas irgendwie Israel angreift, ist das erstmal leider im kleineren Rahmen nichts Neues. Aber irgendwie peu a peu hat man schon irgendwie gemerkt, da ist grad irgendwie was Krasseres passiert.“

Die Antizipation von Anschlägen ist Teil jüdisch-israelischer Normalität. Einsozialisiert in diese Erfahrung entwickeln Menschen Umgangsstrategien, die durch den 7. Oktober jedoch überflutet wurden: Die eindringende Brutalität dieses Angriffs überschreitet die subjektiven Möglichkeiten der Einordnung und Verarbeitung.

„EINE GENOZIDALE BOTSCHAFT“

Der Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 reiht sich ein in eine lange Geschichte terroristischer Anschläge gegen die israelische Zivilbevölkerung, auch wenn dieser in seiner Qualität als besonders schwer bewertet wird. Mit ihm sendete die Hamas eine eliminatorisch-antisemitische Botschaft aus, die durch die Bilder und Videos der gequälten Geiseln fortdauernd inszeniert wird. Ein Ende-20-jähriger Interviewpartner fasst dies wie folgt in Worte:

„Ich würde eigentlich diesen Angriff auch so beschreiben, (...) dass eine genozidale Botschaft gesendet wurde, die Juden und Jüdinnen weltweit so auch verstanden haben.“

In diesen Einordnungen greifen Interviewpartner:innen auf ihr Erfahrungswissen zurück und beschreiben, wie sie bei den ersten Nachrichten daran gedacht haben, dass nun ein Krieg bevorsteht und dieser weitreichende Folgen haben wird. So ordnet eine Ende-30-jährige Interviewpartnerin ihre ersten Gedanken ein, als sie am 7. Oktober im Laufe des Tages vom Angriff erfährt:

„Es war völlig klar, was das für die Menschen in Gaza bedeutet, und es war auch völlig klar, was das Schicksal der Menschen in Gaza für den Antisemitismus bedeutet.“

In den Vorahnungen drückt sich ein historisch gelagertes Wissen über Stufen und Folgen antisemitischer Verfolgung aus. Dabei bildet die Täter-Opfer-Umkehr eine zentrale Struktur des historischen und gegenwärtigen Antisemitismus. Jeder Eskalation im Nahen Osten folgte ein Anstieg an antisemitischen Übergriffen gegen jüdische Gemeinschaften außerhalb Israels.

Für Studienteilnehmende mit ukrainisch-jüdischer Biografie reaktivierte der 7. Oktober 2023 zudem Erinnerungen an den russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. So schildert eine aus der Ukraine geflüchtete Anfang-50-jährige Frau, deren Sohn für den Armeedienst nach Israel gegangen ist, ihr Erleben des Angriffs als „noch ein Trauma“:

„Das war für mich (...) persönlich noch ein Trauma. Ich kann sagen, ich war nicht einfach gestresst oder nervös oder was, [das war] noch ein Trauma, wie [im] Februar 22, genauso. Ich konnte nicht mehr essen, ich fühlte mich schrecklich schlimm, und ich konnte nicht verstehen, wie viel Zeit verlaufen ist. (...) Glücklicherweise war ich ja in Kontakt mit meinem Sohn, aber dann erfahre ich (...), was mit Geiseln passiert ist.“

Hier wirken der Angriff Russlands und der Angriff der Hamas kumulativ und verdichten sich zu einer gemeinsamen (post-)traumatischen Erfahrung. Die Angriffe auf zwei Länder, mit denen die Interviewpartnerin biografisch eng verbunden ist, wirken zusammen mit der Angst um den eigenen Sohn. Diese doppelte Exposition eines großen Teils der hiesigen jüdischen Community durch die Parallelität des Terrors in Israel und des Krieges in der Ukraine ist in Deutschland weitgehend unbekannt.⁰⁷

⁰⁷ Zur Vertiefung vgl. Alina Gromova, En-Gendering jüdische Migration. Narrative jüdischer Frauen mit sowjetischer Erfahrung in Deutschland nach 1990, in: Deutschland Archiv, 5.2.2021, www.bpb.de/326606.

AUSWIRKUNGEN AUF SOZIALE BEZIEHUNGEN

Interviewpartner:innen erleben, wie der Angriff auf Israel in öffentlichen und privaten Räumen in Deutschland ausgehandelt wird. Ihr Umfeld weist Israel die Schuld für das Massaker zu, Berichte über Vergewaltigungen und Folter durch die Terroristen der Hamas werden ignoriert oder angezweifelt, die Situation der Geiseln und der auch nach dem 7. Oktober weiterhin beschossenen israelischen Zivilbevölkerung scheinen nicht-jüdischen Personen kaum präsent zu sein. Im Mittelpunkt von öffentlichen Diskussionen und Protesten steht schon bald das Vorgehen der israelischen Armee in Gaza.

So beschreibt eine Ende-20-jährige Teilnehmerin eine grundlegende Veränderung ihrer Lebenswelt durch die Reaktionen ihres nichtjüdischen Umfelds als weitere Erschütterung nach der Zäsur des Massakers. Es wird ein tabuisierendes Schweigen wahrgenommen, da „das Thema bei den nichtjüdischen Freund:innen irgendwie größtenteils ausgeklammert“ erscheint. Andere Interviewte berichten von Erfahrungen, durch rigorose Statements in privaten Alltagsbegegnungen bedrängt zu werden, sei es beim Saunabesuch mit einer Freundin, während eines Dates oder in privaten Chats. Vielfach nutzen Interviewpartner:innen den Begriff der „Empathielosigkeit“, wie in diesem Statement eines Mitte-30-jährigen Teilnehmers:

„[Es ist] das Schweigen der Menschen, die Empathielosigkeit, die mich bestürzt hat [längere Pause], ja [weinen] (...). Wo mir erstmal klar wurde (...), ich bin ja auch [ein] Teil dessen, [dessen] Leid und Leben irgendwie anders gewichtet werden.“

Interviewte schmerzt die Erkenntnis, dass ihre Existenz als jüdische Person „irgendwie anders gewichtet“ wird. Jüngere Interviewpartner:innen sprechen darüber, dass sie vielleicht auch auf das Supernova-Festival gegangen wären, wenn sie zu dem Zeitpunkt in Israel gewesen wären: „Das hätte ich sein können.“ Anhand von Reaktionen stellen sie irritiert fest, dass Bekannte ihre Vergewaltigung oder ihren Mord offenbar unkommentiert gelassen oder als berechtigten palästinensischen Widerstand gebilligt hätten.

Menschen mit ukrainischer Familiengeschichte heben den scharfen Kontrast zu der zuvor erlebten Solidarität mit der Ukraine nach dem rus-

sischen Angriff hervor, wie zum Beispiel eine Mitte-20-jährige Interviewpartnerin:

„Als das in der Ukraine war, gab es schon auch regelmäßige Rückfragen irgendwie: Wie geht’s dir denn? Und: Ich habe gelesen, das und das ist passiert (...) in deiner Heimatstadt, das Atomkraftwerk, bla bla bla. Wie ist das, wie geht’s dir jetzt damit? Und das war halt einfach gar nicht.“

Einige Interviewte üben auch Kritik an der israelischen Regierung. Sie verorten sich gegenüber den Interviewerinnen als politisch links. Eine Person sagt, dass der 7. Oktober bei ihr zu einem verstärkten Engagement in propalästinensischen Gruppen geführt habe. Andere äußern sich enttäuscht angesichts doppelter Standards, die in linken Milieus angelegt werden, sobald es um Israel geht. Vielfach wird von Kontaktabbrüchen und stark verkleinerten Freundeskreisen infolge von verletzenden Diskussionen erzählt. Social-Media-Posts sind ein häufig genannter Kontext, wie in diesem Ausschnitt, in der ein Mitte-30-Jähriger über eine Studienfreundin spricht:

„[Die hat] von Anfang an sehr antiisraelisch gepostet (...) und mir dann vorgeworfen (...), ich wäre einseitig, und sie hätte von mir gedacht, ich wäre für Völkerverständigung. Und ich dachte mir, reflektierst du eigentlich deine eigenen Posts? Oder vielleicht verstehen wir was anderes unter Völkerverständigung. Also, da ist dann der Kontakt kaputt gegangen.“

Studienteilnehmer:innen sehen sich zu politischen Positionierungen als jüdische Person gezwungen. Manche sprechen von einem Verlust ihrer „politischen Heimat“ in linken Milieus. Mit vertrauten Begriffen aus linken Diskursen werden Taten beschrieben, die für die jüdischen Interviewpartner:innen für eine mörderische Gewalt und Vernichtungsabsicht stehen. Die Folge sind Gefühle der Isolation und die Einsicht, als Juden „auf uns alleine gestellt zu sein“, wie eine Ende-30-jährige Interviewpartnerin konstatiert:

„Wir sind einfach auf uns alleine gestellt. Selbst bei sowas halten es anscheinend manche Menschen für nicht schlimm genug (...). [Von denen] hat sich niemand bei mir gemeldet, und das sind auch alles (...) so super linke Leute.“

AUSWIRKUNGEN AUF BERUFS- UND FAMILIENLEBEN

Im Arbeitsleben bewegen sich die Interviewpartner:innen vorwiegend in einem nichtjüdischen

Umfeld. Einzelne erzählen von unterstützenden Statements durch Leitungskräfte. In mehreren Interviews werden jedoch auch Fälle von Diskriminierung und Mobbing mit Bezug zur Situation in Israel und Gaza beschrieben. Thematisiert wird die Missachtung von Sicherheitsbedürfnissen. Ein Anfang-30-jähriger Interviewpartner spricht über antisemitische Posts durch Kooperationspartner seiner Organisation, woraufhin die Vorgesetzte gesagt habe: „Du steigst dich da rein“ und „Wir müssen uns nicht gegen Antisemitismus positionieren.“

Die Bitte eines Interviewpartners, als jüdische Person nicht mehr direkt mit einer aus seiner Sicht islamistischen, den 7. Oktober relativierenden Organisation zusammenarbeiten zu müssen, hatte Kündigungsdrohungen zur Folge. Interviewpartner:innen erleben, dass Antisemitismus am Arbeitsplatz „totgeschwiegen“ wird. Als Beispiele schildern sie unter anderem das Auslassen des Begriffs „Antisemitismus“ in Posts ihrer Organisationen zum Shoah-Gedenktag am 27. Januar oder die Verweigerung einer Beschäftigung mit Antisemitismus im Rahmen eines rassismuskritischen Sensibilisierungsworkshops für Mitarbeiter:innen auf einem internationalen Filmfestival.

Deutlich wird auch, dass sich Jüdinnen und Juden relativ unbehelligt im beruflichen Kontext bewegen können, wenn sie ihre jüdische Zugehörigkeit, ihre Trauer, ihre Sorge vor verbalen oder tätlichen Angriffen und ihre Kritik am Antisemitismus vollständig zurückhalten. Dazu resümieren einige, dass sie den Eindruck hätten, als jüdische Person öffentlich-beruflich nicht mehr existieren zu dürfen.

Antisemitismus durchdringt das Leben der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden in vielfacher Hinsicht und reicht von der Arbeitswelt bis in die Nachbarschaft und die eigenen Familien hinein. Eltern machen sich Sorgen um die Sicherheit ihrer Kinder und orientieren sich dabei an Vorerfahrungen mit antisemitischen Bedrohungen. Im folgenden Ausschnitt beschreibt ein Mitte-30-jähriger Interviewpartner sein „mulmiges Gefühl“, wenn seine Kinder draußen spielen:

„In den Nachbarhäusern wissen wir eben nicht, wer da wohnt und wer wie denkt. Und da die Kinder allein auf offener Straße spielen zu lassen, allein das sorgt (...) schon für [ein] sehr mulmiges Gefühl, um es mal vorsichtig zu formulieren. Manchmal auch für ganz krasse Unsicherheit (...), dass da keiner kommt, dass da keiner was

Böses im Sinn hat, weil die Religion unserer Kinder ist in der Schule auch bekannt.“

Im weiteren Studienverlauf sollen auch die Auswirkungen des 7. Oktober aus den Perspektiven jüdischer Kinder und Jugendlicher erhoben werden. Bisher deuten die Schilderungen von Eltern darauf hin, dass jüdische Kinder zwar unterschiedlich mit der Situation umgehen, aber von ähnlichen Erfahrungen berichten. So erzählt eine Mutter, dass die antiisraelischen Demonstrationen bewirkt hätten, dass ihr Sohn „furchtbare Angst vor Demos bekommen“ habe.

Im folgenden Auszug beschreibt ein Mitte-30-jähriger Vater, wie seine Partnerin und er mit ihren Kindern über den Angriff der Hamas und den anschließenden Krieg sprechen und dabei versuchen, die Kinder einerseits durch den Hinweis auf die Entfernung zum Nahen Osten zu beruhigen und sie andererseits in ihrer eigenen Identität zu stärken:

„Sie schütteln es ganz gut ab. Ich glaube, vielleicht auch deshalb, weil wir ihnen dann ein bisschen versucht haben zu erklären, wieso, weshalb, warum, und ihnen (...) dann die Sorge zu nehmen und zu sagen: Pass auf. Das betrifft dich hier nicht. Du weißt, wer du bist.“

Der ansteigende Antisemitismus nach dem 7. Oktober wirft indes auch Sorgen in Bezug auf zukünftige Elternschaft auf. Interviewpartner:innen beschäftigt, wo sie in Zukunft als jüdische Familie sicher leben können und wie sie ein jüdisches Kind in dieser Gesellschaft großziehen sollen.

AUSWIRKUNGEN AUF JÜDISCHE IDENTITÄT

Die Reaktionen auf den 7. Oktober erzeugen bei den Interviewpartner:innen ein Gefühl der Entfremdung, zugleich ist ein Zusammenrücken der Community zu beobachten. So beschreibt ein in Deutschland aufgewachsener Mitte-30-Jähriger, wie sich ein schon vorher bestehendes Gefühl, ein „Fremdkörper“ zu sein, im Zusammenhang mit der „Entsolidarisierung“ der zurückliegenden Monate verstärkt hat:

„Als Jude in der Gesellschaft fühlt man sich ein Stück weit (...) entfremdet oder wie ein Fremdkörper. Aber der 7. Oktober war ein krasser Katalysator, also das definitiv. Das Verständnis fehlt, [es gibt] Anteilslosigkeit oder (...) Entsolidarisierung.“

Studienteilnehmer:innen erzählen, wie sie damit beginnen, zum Schabbat einzuladen oder erstmalig jüdische Gruppen als geschützte Räume aufsuchen. Eine Anfang-50-Jährige beschreibt diese Entwicklung als ein „Verstehen, wer meine Leute sind“ und erzählt von dem Gefühl der Nähe, das sie in einer jüdischen Mütter-Chatgruppe empfindet:

„Verstehen, wer meine Leute [sind], ist (...) sehr wichtig, und das hilft immer. Fühlen, dass whatever passiert, du bekommst die Unterstützung von deinen Leuten (...). Diese Gruppe von Mamas (...), wir haben [da] eine Frau, die in Australien wohnt, und sie ist immer die Erste natürlich, die schreibt ‚Schabbat Shalom‘ (...). Also ich arbeite noch vormittags am Freitag und bekomme diese Nachricht, ‚Schabbat Shalom‘, dann weiß ich, okay, es gibt diese Frau, diese quasi Freundin, die sich in Australien schon für Schabbat vorbereitet. Also meine Leute. Auch, wenn wir so weit voneinander sind, einfach fühlen, dass jemand da ist, ähnliche Gefühle hat. Das ist ja vielleicht auch meine Projektion, dass sie ähnliche Gefühle hat, aber es ist mir wichtig.“

Das geteilte jüdische Wissen und die Tradition von Schabbat beschreibt diese Interviewpartnerin als Stärkung und reflektiert zugleich, dass es sich bei der Idee „ähnlicher Gefühle“ um ihre Projektion handelt. Deutlich wird die zunehmende Bedeutung einer Vergewisserung von grundsätzlicher Unterstützung in jüdischen Gruppen, „whatever passiert“.

FAZIT

Wenn von Gewalt die Rede ist, werden damit in der Regel eher Formen physischer Gewalt assoziiert als subtilere psychische Formen. Im Zusammenhang mit dem brutalen Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 scheint jedoch selbst die offensichtliche, durch die Täter selbst dokumentierte und medial ausgestrahlte Gewaltausübung abstrakt und ungebunden.

In den Monaten, in denen die zitierten Interviews erhoben wurden, befanden sich die meis-

ten Interviewpartner:innen in der Phase der Trauer und Verarbeitung. Es wird deutlich, dass der Anschlag nicht nur die israelische Gesellschaft, sondern auch die in der Diaspora lebenden Jüdinnen und Juden tief erschüttert hat.⁰⁸ Die von Studienteilnehmenden eingebrachte Metapher des „Schnitts“ wird verstärkt durch das erschütterte Schutzversprechen Israels und die weltweit zunehmenden antisemitischen Rhetoriken und Übergriffe.

Studienteilnehmende berichten von immer enger beziehungsweise unsicherer werdenden Räumen, vom Verlust der politischen Heimat, von Verinselung inmitten einer antisemitisch strukturierten Debatte um Israel und Palästina. Dabei ist es wichtig zu begreifen, dass nicht „nur“ der Umstand des Terrors nachwirkt, sondern auch die Abwehr, die Nichtbeachtung, die Anerkennungsverweigerung. In der deutschen, postnationalsozialistischen und postmigrantischen Gesellschaft stehen Jüdinnen und Juden sowie Israelis einer Mehrheit gegenüber, die ihre Beziehung zur eigenen Geschichte weitgehend abspaltet, die Erinnerung an die Shoah als leeres Ritual begreift und den Kontakt zu allem Jüdischen ambivalent gestaltet.⁰⁹

Wird das Trauma der jüdischen Communities in Deutschland nicht anerkannt, nicht eingeordnet, droht das ohnehin brüchige Vertrauen zwischen der nichtjüdischen Mehrheit und jüdischer wie auch israelischer Communities zerstört zu werden. Die Beschäftigung mit dem durch den 7. Oktober deutlicher als je zuvor nach 1945 hervorgetretenen Antisemitismus ist dabei eine Aufgabe, die der Politik und der Zivilgesellschaft zukommt, um Jüdinnen und Juden mit ihren Erfahrungen und Perspektiven stärker einzubeziehen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne Einschränkungen zu ermöglichen.

MARINA CHERNIVSKY

ist Psychologin und Verhaltenswissenschaftlerin und leitet das Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung in Berlin.

FRIEDRIKE LORENZ-SINAI

ist Professorin für Methoden der Sozialen Arbeit und Sozialarbeitsforschung an der Fachhochschule Potsdam.

⁰⁸ Vgl. Jenny Hestermann, Traumatisiert. Die israelische Gesellschaft nach dem 7. Oktober, in: APuZ 12/2024, S. 8–11.

⁰⁹ Vgl. Marina Chernivsky/Friederike Lorenz-Sinai, Antisemitismus in institutionellen Kontexten – Soziale Prozesse der Deutung und Einordnung, in: Migration und Soziale Arbeit 1/2023, S. 54–61.

INSTRUMENTALISIERTE FEINDSCHAFTEN

Antisemitismus in muslimischen Communities und antimuslimischer Rassismus

Sina Arnold · Michael Kiefer

Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir erneut eine mit viel Verve geführte Diskussion zu den Ursachen, Verlaufsformen und dem Ausmaß des Antisemitismus in Deutschland. Dies mag nicht verwundern, haben der Angriff der Hamas auf israelische Zivilist:innen und der daran anschließende Krieg doch auch hierzulande dramatische Auswirkungen: Die Meldestellen des Bundesverbands RIAS dokumentierten allein in den ersten zwei Monaten nach dem Terrorangriff 994 antisemitische Vorfälle, darunter drei Fälle extremer Gewalt sowie 29 Angriffe, 32 Bedrohungen und 72 gezielte Sachbeschädigungen.⁰¹ Die Beratungsstelle für antisemitische Gewalt und Diskriminierung OFEK beobachtete 2023 eine Verzwölfachung der Unterstützungsanfragen gegenüber 2022. Juden und Jüdinnen erfahren Antisemitismus an Schulen und Hochschulen, in der Nachbarschaft, in öffentlichen Verkehrsmitteln, am Arbeitsplatz oder bei Demonstrationen.⁰²

Ein Anstieg ist auch bei den antisemitischen Straftaten zu verzeichnen: Seit dem 7. Oktober erfasste das Bundeskriminalamt etwa 2300 antisemitische Straftaten in Zusammenhang mit dem Nahostkrieg – insbesondere Sachbeschädigungen und Volksverhetzungen –, von denen die meisten einer „ausländischen“ oder „religiösen Ideologie“ zugeordnet werden (Stand: April 2024).⁰³ RIAS erkennt unterschiedliche politische Täterspektren, betont jedoch, dass „der antiisraelische Aktivismus das Vorfalleschehen besonders dominiert“. Jeder fünfte Vorfall wird diesem Spektrum zugeordnet, weitere sechs Prozent der Fälle hätten einen islamistischen Hintergrund.⁰⁴

DER NICHT SO NEUE „NEUE ANTISEMITISMUS“

Die mediale Berichterstattung und die dadurch ausgelösten Debatten befassten sich in den zu-

rückliegenden Monaten insbesondere mit verschiedenen propalästinensischen Protestformen, die zumeist Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zugerechnet wurden. Tatsächlich gab es zahlreiche Demonstrationen und andere Aktionen, bei denen antisemitische Äußerungen getätigt wurden – und auf denen auch Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund präsent waren. Das begeisterte Verteilen von Baklava auf der Sonnenallee in Berlin-Neukölln durch das palästinensische Samidoun-Netzwerk noch am Abend des 7. Oktober ist nur ein prominentes Beispiel.

Muslimische Communities standen rasch pauschal im Fokus der Aufmerksamkeit und sahen sich mitunter allgemeinen Verdachtszuschreibungen ausgesetzt. Vizekanzler Robert Habeck forderte wenige Wochen nach dem Hamas-Angriff explizit „die hier lebenden Muslime“ auf, „sich klipp und klar von Antisemitismus zu distanzieren, um nicht ihren eigenen Anspruch auf Toleranz zu unterlaufen“.⁰⁵ Besonders sichtbar wurde die Pauschalisierung in der Berichterstattung über muslimische Schüler:innen, denen teilweise in toto islamistische und antisemitische Sichtweisen unterstellt wurden. Zwei Wochen nach dem Angriff der Hamas befasste sich die „Bild“ mit „Israel-Hass an deutschen Schulen“ und machte, unter Rückgriff auf den Präsidenten des Lehrerverbandes Stefan Düll, in ihrer Überschrift rasch die Schuldigen aus: „Schulklassen, in denen fast nur Muslime sitzen“.⁰⁶ Der Bonner „General-Anzeiger“, der sich mit mutmaßlich islamistischen Einstellungen von Schüler:innen befasste, stellte die Frage, ob derzeit eine „Islamisierung“ der Schulen beobachtet werden könne.⁰⁷ Zuletzt konstatierte die „Neue Zürcher Zeitung“ verallgemeinernd einen „blutigen Kulturkampf um die Schule“, nachdem jüdische Schüler:innen

Opfer von Mobbing geworden waren.⁰⁸ Die immer wiederkehrende Botschaft dieser Texte: Der Islam ist schuld.

Die Themen und Gegenstände der Debatte sind jedoch nur die Fortsetzung einer Diskussion, die seit Anfang des Jahrtausends unter dem Schlagwort des „Neuen Antisemitismus“ Judenfeindschaft unter Menschen mit muslimischem oder arabischem Hintergrund in den Blick nimmt, sowohl in den Herkunftsländern als auch in Westeuropa und Deutschland.⁰⁹ Befördert wurde diese durch eine Vielzahl von Faktoren, unter anderem von den drei folgenden: erstens durch israelfeindliche Demonstrationen und Anschläge, die seit dem Jahr 2000 auch in Deutschland vorkommen;¹⁰ zweitens durch die Zunahme von islamistischen Terroranschlägen in Europa, für die der selbsternannte „Islamische Staat“ maßgeblich verantwortlich zeichnete; und drittens durch muslimische Migration in europäische Länder.

In der Berichterstattung über die Folgen der Migration wurde teilweise der polemische Begriff des „importierten Antisemitismus“ verwendet, womit das Problem bequem externali-

siert und vom verbreiteten Antisemitismus unter „Alteingesessenen“ abgelenkt werden kann. Darüber hinaus verkennt der Begriff die Entstehungsgeschichte und Semantik des modernen Antisemitismus, der in allen zentralen Aspekten von europäischen Akteuren im 19. und 20. Jahrhundert geprägt wurde. Erinnert sei hier nur an die lange „Erfolgsgeschichte“ der verschwörungstheoretischen „Protokolle der Weisen von Zion“, auf die sich auch die Hamas in ihrer ersten Charta von 1987 bezog. Ferner ignoriert der Begriff die Tatsache, dass Deutschland eine (post-)migrantische Gesellschaft ist: Etwa ein Drittel der hier lebenden Menschen hat einen Migrationshintergrund. Die mehr als fünf Millionen Muslime sind ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft. Wie in allen gesellschaftlichen Gruppen gibt es Antisemitismus auch unter den Nachfahren von Zugewanderten und religiösen Minderheiten – nur ist er deswegen noch lange nicht „importiert“.

ISLAMISIERTER ANTISEMITISMUS

Um das Allgemeine und das Besondere des Antisemitismus im Kontext von Migration zu verstehen, ist es notwendig, Phänomene der Judenfeindschaft multidimensional zu betrachten. Dabei gibt es sowohl in der politischen als auch in der wissenschaftlichen Debatte seit über zwanzig Jahren Kontroversen über die passende Terminologie sowie anhaltende Differenzen über die Einschätzung der historischen Genese und Verbreitung des Phänomens.¹¹

Vorstellungen eines spezifisch „muslimischen Antisemitismus“ bergen die Gefahr, dass sehr viele sehr unterschiedliche Menschen pauschal

01 Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e. V., Antisemitische Reaktionen auf den 7. Oktober, Berlin 2023, S. 3.

02 Vgl. OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, Terror und Krieg gegen Israel, antisemitische Anfeindungen in Deutschland: OFEK verzeichnet ein immenses Beratungsaufkommen, Pressemitteilung, 6. 11. 2023, <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2023/11/OFEK-Pressemitteilung-Ein-Monat-nach-Angriffen-auf-Israel.pdf>.

03 Vgl. Mediendienst Integration, Antisemitismus, Zahl antisemitischer Straftaten, April 2024, <https://mediendienst-integration.de/desintegration/Antisemitismus.html>.

04 Vgl. RIAS (Anm. 1), S. 6, Zitat S. 24.

05 Vizeminister und Bundesminister Robert Habeck, Rede zu Israel und Antisemitismus, 1. 11. 2023, www.bmwrk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/manuskripte-habeck-ueber-israel-und-Antisemitismus-de.pdf?__blob=publicationFile&v=4, S. 2. Zu entsprechenden Pauschalisierungen siehe auch Saba-Nur Cheema, Nicht jeder, der die Palästinaflagge hält, ist gleich Antisemit, 21. 10. 2023, www.spiegel.de/a-2cbe6398-0aca-48e0-853e-a09fcc5d4895.

06 „Schulklassen, in denen fast nur Muslime sitzen“, 22. 10. 2023, www.bild.de/-85832188.

07 Christian Schwerdtfeger, Lehrer: Muslimische Schüler werden immer konservativer, 12. 1. 2024, <https://ga.de/104924255>.

08 Lucien Scherrer, Wer den Schülern Gemälde mit nackten Frauen zeigt, riskiert sein Leben – Probleme mit Islamisten sind in Frankreich ausser Kontrolle. In der Schweiz sollte das eine Warnung sein, 10. 4. 2024, www.nzz.ch/-ld.1824897.

09 Vgl. Christian Heilbronn/Doron Rabinovici/Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Berlin 2019.

10 Der Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge am 2. Oktober 2000 war der erste Anschlag auf eine jüdische Einrichtung in Deutschland, der von mutmaßlich muslimischen Tätern verübt wurde – angeblich aus Protest gegen das israelische Vorgehen gegen die zweite Intifada. Vgl. Bewährungsstrafe für Attentat auf Synagoge, 7. 3. 2001, www.faz.net/-116797.html.

11 Vgl. Daniel J. Schroeter, „Islamic Anti-Semitism“ in Historical Discourse, in: American Historical Review 4/2018, S. 1172–1189; Esther Webman, The Challenge of Assessing Arab/Islamic Antisemitism, in: Middle Eastern Studies 5/2010, S. 677–697.

mit Judenfeindschaft assoziiert werden – Sunniten und Schiitinnen, Atheistinnen wie Islamisten, Ägypterinnen wie Indonesier. Diese Art der Verallgemeinerung zeigt sich wiederholt im öffentlichen Sprechen über den „Antisemitismus der Anderen“.¹² Gleichwohl ermöglicht die Bezeichnung „muslimischer Antisemitismus“, auf durchaus bestehende religiöse Einflussfaktoren zu verweisen.¹³ Der Begriff des „arabischen Antisemitismus“ ist ebenfalls nicht frei von Pauschalisierungen, kann jedoch regional spezifische ideologische Einflüsse, etwa den arabischen Nationalismus oder Panarabismus, erfassen. Zugleich verortet er Vorurteile und Weltbilder nicht ausschließlich in der Religion, sondern etwa auch in staatlicher Propaganda, die in der Regel nationalistisch orientiert ist.

Angemessen erscheint insbesondere der Begriff des „islamisierten Antisemitismus“.¹⁴ Im Gegensatz zum Terminus „islamischer Antisemitismus“, den unter anderem der Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi verwendet,¹⁵ wird in ihm deutlich erkennbar, dass Narrative Resultate ständiger Konstruktionsprozesse sind. In diesem Fall werden zentrale Erzählungen des modernen Antisemitismus an die islamische Tradition und deren Quellen rückgebunden. Die Grundlagen hierzu schuf der ägyptische Intellektuelle Sayyid Qutb bereits in den 1950er Jahren mit seiner Schrift „Unser Kampf mit den Juden“.¹⁶ Darin verband er Elemente des europäischen Antisemitismus, insbesondere das Konstrukt der „jüdischen Weltverschwörung“, mit Erzählungen aus dem Koran. Diese Synthese ergab die wirkmächtige Narration vom „jüdischen

Verschwörer“, der schon zu allen Zeiten den Islam beziehungsweise die Muslime bedroht habe.

Dies zeigt, dass sich der Antisemitismus im 20. Jahrhundert zu einem „flexiblen Code“ entwickelt hat, der es ermöglicht, Narrative aus verschiedenen religiösen und kulturellen Kontexten zu kombinieren.¹⁷ Die Ergebnisse können offenbar problemlos in wiederum andere religiöse oder politische Kontexte eingebettet werden. Es handelt sich also um antisemitische Erzählungen, die sich aus mehreren Quellen mit jeweils unterschiedlichen historischen Kontexten speisen. Antisemitische Narrative sind folglich dynamisch und nicht statisch; sie passen sich den jeweiligen Zeitumständen an. Monothematische Erklärungsansätze, die der Religion die zentrale Rolle zuweisen, verkennen diesen Sachverhalt und führen zu undifferenzierten Sichtweisen. Diese können durchaus in eine rassistische Dimension münden, da sie mit pauschalen Zuschreibungen einhergehen.

AKTUELLE DATENLAGE

Dass antisemitische Vorurteile in Deutschland wie global *auch* unter Menschen zu finden sind, die sich als Muslime bezeichnen, ist empirisch unstrittig.¹⁸ Erst jüngst haben der Politikwissenschaftler Jannik M. K. Fischer und der Kriminologe Peter Wetzels auf Grundlage von drei repräsentativen Befragungen „erheblich erhöhte Raten antisemitischer Einstellungen“ unter Muslim:innen in Deutschland festgestellt. Die Ergebnisse zeigen, „dass bei Muslim:innen seit 2021 ein linearer Trend des Anstiegs manifesten antisemitischer Einstellungen stattgefunden hat, der 2023 mit einer Rate von 17 % einen vorläufigen Höchststand erreicht hat. Gleichzeitig zeigt sich damit allerdings auch, dass manifeste

12 Vgl. Sina Arnold, *Der neue Antisemitismus der Anderen? Islam, Migration und Flucht*, in: Heilbronn/Rabinovici/Sznaider (Anm. 9), S. 128–158.

13 Allerdings ist die religiöse Verankerung des Antisemitismus im Islam nicht annähernd so fundamental wie im Christentum (Gottesmordvorwurf), was sich sowohl in der christlichen Theologie als auch der Verfolgungspraxis zeigt.

14 Vgl. Michael Kiefer, *Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus*, in: *Die Welt des Islams* 3/2006, S. 277–306; ders., *Antisemitismus und Migration*, Berlin 2017, www.schule-ohne-rassismus.org/wp-content/uploads/2020/03/Baustein-5-Antisemitismus-Migration-web.pdf.

15 Vgl. Abdel-Hakim Ourghi, *Die Juden im Koran. Ein Zerrbild mit fatalen Folgen*, München 2023.

16 Vgl. Sayyid Qutb, *Ma'rakatunā ma'a l-Yahūd, Dschidda 1970* (Englische Teilübersetzung in: Ronald L. Nettler, *Past Trials and Present Tribulations. A Muslim Fundamentalist's View of the Jews*, Oxford 1987).

17 Vgl. Thomas Haury, *Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus*, in: Léon Poliakov, *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*, Freiburg/Br. 1992, S. 125–159, hier S. 128.

18 Vgl. American Jewish Committee Berlin, *Antisemitismus in Deutschland*, 10.5.2022, <https://ajcgermany.org/de/broschue-re/Antisemitismus-deutschland-eine-repraesentativbefragung>; Anti-Defamation League, *ADL Global 100*, 2014, <https://global100.adl.org/map/meast>; Sina Arnold, *Antisemitismus unter Menschen mit Migrationshintergrund und Muslim*innen*, April 2023, https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST-Expertise_Antisemitismus_unter_Menschen_mit_Migrationshintergrund_und_Muslimen.pdf.

antisemitische Einstellungen unter der Gesamtgruppe der Muslim:innen in Deutschland auch gegenwärtig nur bei einer Minderheit anzutreffen sind.“¹⁹

Doch welche Wirkfaktoren führen zu antisemitischen Einstellungen – stehen diese wirklich in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Islam? Eine aktuelle Studie über Antisemitismus an deutschen Hochschulen der Soziolog:innen Thomas Hinz, Anna Marczuk und Frank Multrus gibt Hinweise darauf, dass Religion – in diesem Fall der Islam – kaum als alleiniger Wirkfaktor infrage kommt. In Bezug auf die muslimischen Befragten stellen die Autor:innen fest: „Muslimische Studierende zeigen häufiger antisemitische Einstellungen als christliche oder konfessionslose Studierende, was teilweise mit der eigenen und der familiären Herkunft aus einem Land, das an die Konfliktregion angrenzt, zusammenhängt. Aber auch Studierende mit einer christlichen Konfession unterstützen häufiger antisemitische Haltungen, wenn die Eltern aus einem solchen Land stammen.“²⁰

Dies zeigt, dass Rezeption und Deutung des Nahostkonflikts nicht zwingend an Religionszugehörigkeiten gebunden sind. Dieser Befund deckt sich mit zahlreichen Studienergebnissen der vergangenen Jahre.²¹ Diese verweisen überdies darauf, dass die Selbstbezeichnung als „(stark) religiös“ nicht unbedingt ausschlaggebend für die Stärke der antisemitischen Einstellungen ist, sondern eher die jeweilige Auslegung der Religion: Insbesondere dogmatisch-fundamentalistische oder traditionell-konservative religiöse Einstellungen begünstigen eine Feind-

schaft gegenüber Juden und Jüdinnen.²² Zudem, so ist es im „Berlin-Monitor“ 2019 zu lesen, unterscheiden sich diejenigen Muslim:innen, die antisemitische Ressentiments haben, „hinsichtlich ihres Werte-Kanons und Einstellungspotentials“ nicht von „konservativen und autoritären Kreisen der [nicht-muslimischen] deutschen Bevölkerung“. Der Antisemitismus ist also eher ein Effekt konservativ-autoritärer Einstellungen als von Religion.²³

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Die beschriebene Datenlage veranschaulicht das klare Bedrohungspotenzial und die anhaltende Präsenz von Antisemitismus seit dem 7. Oktober, und zwar in unterschiedlichen Milieus – darunter auch unter Muslim:innen. Die Debatte darüber ist gesellschaftlich aufgeladen und changiert zwischen Bagatellisierung auf der einen und Pauschalisierung auf der anderen Seite. Letztere mag eine der Ursachen dafür sein, dass auch der antimuslimische Rassismus in den vergangenen Monaten angestiegen ist. In den ersten sieben Wochen nach dem Hamas-Angriff dokumentierte die Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit CLAIM über 180 Fälle von gewaltvollen antimuslimischen Übergriffen, Beleidigungen und Drohungen – womit die Fallzahl bereits im November über dem Vorjahresniveau lag. Moscheen in ganz Deutschland erreichten Drohschreiben, die mit Fäkalien und Schweinefleisch gefüllt waren.²⁴ Bis Anfang April 2024 registrierte das Bundeskriminalamt antimuslimische Straftaten im Zusammenhang

19 Jannik M.K. Fischer/Peter Wetzels, Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 3. 4. 2024, <https://doi.org/10.1007/s41682-024-00167-6>, S. 1, S. 27.

20 Thomas Hinz/Anna Marczuk/Frank Multrus, Studentisches Meinungsklima zur Gewalteskalation in Israel und Gaza und Antisemitismus an deutschen Hochschulen, Universität Konstanz, Exzellenzcluster „Die politische Dimension von Ungleichheit“, Working Paper 16/2024, S. 4.

21 Vgl. David Andrew Weinberg/Anti-Defamation League, ADL's Global 100 Survey: What Does It Actually Say about Muslim Attitudes toward Jews?, 9. 9. 2020, www.adl.org/resources/blog/adls-global-100-survey-what-does-it-actually-say-about-muslim-attitudes-toward-jews; Nils Friedrichs/Nora Storz, Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland – (k)ein Einzelfall?, Sachverständigenrat für Integration und Migration, SVR-Studie 2/2022, www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR-Studie-2022-2__Antimuslimische-und-antisemitische-Einstellungen_barrierefrei-8.pdf, S. 38–41.

22 Vgl. Cemal Öztürk/Gert Pickel, Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 6/2022, S. 189–231.

23 Vgl. Gert Pickel et al., Der Berlin-Monitor 2019, Leipzig 2020, S. 62. Siehe auch Christian Babka von Gostomski, Facetten antisemitischer Einstellungen bei ausgewählten Migrantengruppen in Deutschland, in: Sonja Schulz et al. (Hrsg.), (In)Toleranz in der Einwanderungsgesellschaft?, Wiesbaden 2021, S. 199–240.

24 Vgl. CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit, Gewaltvolle Übergriffe, Drohungen, Diskriminierungen: Zahl antimuslimischer Vorfälle bundesweit erneut gestiegen, Pressemitteilung, 4. 12. 2023, www.claim-allianz.de/aktuelles/news/pressemitteilung-gewaltvolle-uebergriffe-drohungen-diskriminierungen-zahl-antimuslimischer-vorfalle-bundesweit-erneut-gestiegen.

mit dem Nahostkonflikt „im unteren dreistelligen Bereich“.²⁵ Menschen, die als muslimisch oder arabisch wahrgenommen werden, berichten vermehrt von Fremdheitsgefühlen und rassistischen Pauschalverdächtigungen, die ihnen entgegengebracht werden.²⁶

Diese Entwicklung reiht sich ein in einen seit Jahren verbreiteten Rassismus gegenüber Muslim:innen oder Menschen, die als solche wahrgenommen werden:²⁷ „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ – dieser Aussage stimmten in der „Leipziger Autoritarismus-Studie“ 2022 38 Prozent der Bevölkerung zu. Fast ein Drittel der Befragten befürwortete zudem eine vollständige Ablehnung der Zuwanderung von Muslim:innen.²⁸ Laut „Religionsmonitor“ der Bertelsmann Stiftung sehen 52 Prozent der deutschen Bevölkerung den Islam als (sehr oder eher) bedrohlich an – weit mehr als andere Religionen.²⁹ Dies zeigt sich auch wiederholt im Alltag: Besonders muslimische Menschen erleben häufig Diskriminierung in Ämtern oder Behörden.³⁰

Auch eine vorgeschobene Antisemitismuskritik kann ein Vehikel für diskriminierende Vorurteile gegenüber Muslim:innen sein. In manchen Fällen lässt sich klar von einer Instrumentalisierung des Anti-Antisemitismus sprechen. So behauptete etwa der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke im April 2024 im Fernsehduell mit dem CDU-Politiker Mario Voigt, er sehe „keinen Antisemitismus ausgeprägten Maßes bei der ur-

sprünglichen deutschen Bevölkerung“. Vielmehr sei Antisemitismus „auch wieder ein Problem, das wir uns mit Migration ins Land geholt haben: millionenfache Einwanderung aus dem islamischen Kontext, die Islamisierung Deutschlands und Europas“.³¹ Dabei ist gerade unter AfD-Wähler:innen Antisemitismus überdurchschnittlich verbreitet.³²

Diese Engführung und Verknüpfung der Themen Antisemitismus und Migrationspolitik ist indes nicht auf gerichtlich bestätigte Faschisten wie Höcke beschränkt. So forderte beispielsweise der CSU-Vorsitzende Markus Söder im November 2023 konsequente Abschiebungen als Antwort auf antisemitische Handlungen von (Post-)Migrant:innen sowie eine „grundlegende Neuordnung der Migrationspolitik“.³³

JENSEITS VON BAGATELLISIERUNG UND PAUSCHALISIERUNG

Die derzeitigen Debatten in Medien, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik gehen häufig mit pauschalen Zuschreibungen einher. Sorgen und Ängste von betroffenen – jüdischen und muslimischen – Menschen werden für andere Zwecke instrumentalisiert.

Maßgebliche Akteure sind Extremisten vor allem aus dem islamistischen und rechtsradikalen Lager. Für das islamistische Lager können hier die verschiedenen Kanäle der transnationalen Bewegung Hizb ut-Tahrir angeführt werden. Deren Propagandisten werden nicht müde, Muslime als Opfer einer antimuslimischen Politik darzustellen, die angeblich weltweit zu beobachten sei. Die antisemitischen Gruppierungen finden auch Zulauf, weil Diskriminierungserfahrungen oft zu einem erhöhten Bedürfnis nach Identifikation mit einer – religiös oder ethnisch aufgeladenen – „Eigengruppe“ führen können. Dies kann wiederum zu einer stärkeren Abgrenzung von vermeintlichen „Fremdgruppen“, darunter Juden und Jü-

25 Mediendienst Integration, Rassismus, Antimuslimischer Rassismus, April 2024, <https://mediendienst-integration.de/desintegration/rassismus.html>.

26 Vgl. Tülay Karakuş, „Seit ein paar Wochen fühle ich mich hier fremd“, 30. 12. 2023, www.zeit.de/zett/politik/2023-12/antimuslimischer-rassismus-nahostkonflikt-anstieg-deutschland.

27 Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.), *Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit*, Berlin 2023, <http://dx.doi.org/10.15496/publikation-89325>, S. 45.

28 Vgl. Susanne Pickel et al., *Demokratie und politische Kultur*, in: Oliver Decker et al. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten, Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, Gießen 2022, S. 185–208, hier S. 194 f.

29 Vgl. Yasemin El-Menouar/Stephan Vopel, *Religionsmonitor kompakt*, Dezember 2023: Antisemitismus, Rassismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein Blick auf Deutschland in Zeiten der Eskalation in Nahost, Gütersloh 2023, S. 9.

30 Vgl. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, *Rassismus und seine Symptome. Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors*, Berlin 2023, S. 92.

31 Siehe www.youtube.com/watch?v=9vfnjeOmtLg#t=2m10s.

32 Vgl. Julia Schuler et al., *Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler_innen weisen die höchste Zustimmung zu antidemokratischen Aussagen auf*, 25. 2. 2020, <https://home.uni-leipzig.de/decker/wahlpraefferenz.pdf>.

33 Vgl. Anika Schlünz, *Markus Söder: Migranten, die sich nicht integrieren, sollen deutschen Pass abgeben*, 6. 11. 2023, www.berliner-zeitung.de/-li.2156032.

dinnen, führen.³⁴ „Marginalisierungserfahrungen spielen den Viktimisierungsdiskursen von islamistischen Gruppen in die Hände“, konstatierten unlängst die Politikwissenschaftler:innen Cemal Öztürk, Susanne Pickel und der Soziologe Gert Pickel.³⁵ Die Rassismuserfahrungen sind dabei sicherlich nicht *ursächlich* für den Antisemitismus. Aber die ernsthafte Thematisierung von antimuslimischem Rassismus ist auch im Sinne der Antisemitismusbekämpfung und Extremismusprävention.

Auf der rechtsradikalen Seite agieren Akteure, die eine Vielzahl von gesellschaftlichen Problemstellungen monokausal mit Migration und Islam in Verbindung bringen. Vorurteile wie antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus treten allerdings „statistisch mit hoher Wahrscheinlichkeit zusammen“ auf, so ein Ergebnis der „Mitte-Studie“ 2023.³⁶ Dies zeigt sich in breiten Teilen der Bevölkerung, wird aber in der extremen Rechten besonders deutlich. Die integrale Verbundenheit dieser Ideologien findet sich insbesondere in der Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“.³⁷

Aktuelle Arbeiten des Forschungsverbundes RIRA (Radikaler Islam versus radikaler Anti-Islam) zeigen, dass gesellschaftliche Polarisierung und wahrgenommene Bedrohungen in eine reziproke Radikalisierungsspirale münden können, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt massiv beschädigen kann.³⁸ Es braucht deshalb Debattenbeiträge, die die vorhandenen Problemstellungen sachgerecht und lösungsori-

entiert angehen. Hierzu gehört auch, dass unbequeme Meinungen und Befunde der jeweils anderen Seite nicht mit unangemessenen und schädlichen Verdachtszuschreibungen belegt werden. Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus müssen ernst genommen werden – egal von wem sie ausgehen und ohne in eine Opferkonkurrenz zu geraten.

SINA ARNOLD

ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung sowie am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Technischen Universität Berlin.

MICHAEL KIEFER

ist promovierter Islamwissenschaftler und Inhaber der Professur Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft mit dem Schwerpunkt muslimische Wohlfahrtspflege an der Universität Osnabrück.

34 Vgl. Öztürk/Pickel (Anm. 22); Sachverständigenrat für Integration und Migration (Anm. 21), S. 44f.; Andreas Zick et al., Verbreitung von Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. Ergebnisse ausgewählter repräsentativer Umfragen, Bielefeld 2017, S. 62ff. Kein signifikanter Zusammenhang findet sich hingegen bei von Gostomski (Anm. 23).

35 Cemal Öztürk/Susanne Pickel/Gert Pickel, Der islamisierte Antisemitismus: Aufgebauschtes Schreckgespenst oder bagatellisiertes Ressentiment?, 13.2.2024, <https://blog.prif.org/2024/02/13/der-islamisierte-Antisemitismus-aufgebauschtes-schreckgespenst-oder-bagatellisiertes-ressentiment>.

36 Nico Mokros/Andreas Zick, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung, in: dies./Beate Küpper (Hrsg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023, S. 149–180, hier S. 152.

37 Vgl. Andreas Önerfors, Der Grosse Austausch. Conspiratorial Frames of Terrorist Violence in Germany, in: ders./André Krouwel (Hrsg.), Europe: Continent of Conspiracies, London–New York 2021, S. 76–96.

38 Siehe <https://projekt-rira.de/inhalt-des-projekts>.

Kostenloses Probe-Abo

[das-parlament.de/abo/
probeabo](https://das-parlament.de/abo/probeabo)

Lassen Sie sich „Aus Politik und Zeitgeschichte“ als Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“ regelmäßig direkt nach Hause liefern: Das Abonnement kostet 25,80 Euro im Jahr; Lehrkräfte, Studierende, Auszubildende, Bundesfreiwillige und FSJ-Teilnehmende zahlen 13,80 Euro. Das Probeabonnement endet automatisch nach vier Ausgaben.

ANTISEMITISMUS IN DIGITALEN RÄUMEN

Herausforderung für die politische Bildung

Deborah Schnabel

Welche Rolle spielen digitale Medien bei der Verbreitung von Antisemitismus? Für eine Antwort auf diese Frage müssen wir uns zunächst von der Vorstellung lösen, dass sich die Welt mehr oder minder direkt im Netz widerspiegelt. Unsere Wirklichkeit ist längst eine postdigitale: Der digitale Raum ist zum Alltag geworden, Teil unserer Lebenswelt, kein „zweiter“ Raum. Wer Antisemitismus heute verstehen will, muss sich mit den Logiken, Merkmalen und Wirkweisen unseres postdigitalen Zeitalters auseinandersetzen. Hierbei geht es auch um hybride – also digitale und analoge – Meinungsbildungsprozesse, Dynamiken und Kommunikationsmuster.

Denn Meinungsbildungsprozesse starten heute oft direkt im Netz und werden dann erst ins Analoge getragen. Das ist zum Beispiel der Moment, in dem Erwachsene vermeintlich plötzlich radikalisierte Einstellungen bei Jugendlichen bemerken – dabei fiel die veränderte Kommunikation nur nicht auf, weil sich Jugendliche und Erwachsene nicht in den gleichen Räumen aufhalten. Für die Bedürfnisse der jüngeren Generation wird in analogen Räumen zu langsam, zu träge und zu wenig aktualitätsbezogen kommuniziert. Bis überprüfte Fakten oder ausgewogene Inhalte ins Netz gelangen, vergeht viel Zeit – Zeit, in der im Netz zum gleichen Thema von den unterschiedlichsten Akteur*innen eine Unzahl neuer Inhalte und Meinungsgegenstände produziert werden. Bis ein Tagesschau-Kommentar zu einer Nachricht das Publikum erreicht, ist die Meinungsbildung schon weit fortgeschritten. Aus der Forschung wissen wir auch, dass aufklärende Botschaften zu Verschwörungserzählungen im Netz nur noch wenig rezipiert werden beziehungsweise kaum wirksam sind.⁰¹ Zugleich treffen Kommunikationslogiken aus dem Netz häufig auf ein unvorbereitetes Analogpublikum. Komplexe Sachverhalte werden verkürzt, überspitzt, polemisch, provokant und aggressiv vorgetragen. Schnelle Stellungnahmen und Vereindeutigungen

werden gefordert, jedes Bemühen um Ausgeglichenheit und umsichtige Argumentation ist wiederum Anlass für weitere Provokationen.

Damit soll Antisemitismus im Netz keineswegs als bloßes Missverständnis, gar als Generationenkonflikt dargestellt werden. Gerade im Zuge des 7. Oktober 2023 hat antisemitischer Content auf nahezu allen digitalen Plattformen extrem zugenommen – sowohl quantitativ als auch in der Aggression.⁰² Wie schon der Anschlag der Hamas wird auch der Gaza-Krieg teilweise live auf Tiktok gebroadcastet. Das schließt hochemotionalisierende, gewaltvolle, unkontextualisierte Bilder und Videos ein, die massenhaft abrufbar sind. Influencer*innen positionieren und politisieren sich, profilieren sich binnen weniger Tage in der Rolle von Nahost-Expert*innen. Es entstehen Parallelrealitäten mit sich selbst erfüllenden Prophезeungen: In der eigenen Filterblase wird eine Haltung von allen Seiten bestätigt, während andere Perspektiven höchstens als *fails* beziehungsweise Objekte des Spotts auftauchen, wenn überhaupt. Diese im Netz entwickelten Haltungen tauchen in der analogen Welt unvermittelt auf – und strahlen wiederum ins Netz zurück.

ANTISEMITISMUS ALS PROBLEM IN DER POSTDIGITALEN WELT

Ein Beispiel für die Wirkweise dieser Dynamiken ist die Behandlung des Nahostkonflikts auf Social Media: Hoher Profilierungs-, Produktions- und Positionierungsdruck, gepaart mit einer extrem verengten Sicht auf die Welt, treffen bei vielen Content-Produzent*innen auf mangelndes Wissen über Antisemitismus sowie die mangelnde Reflexion der eigenen *goj*-normativen, also nichtjüdischen Position. Dazu wirkt der Zwang, Content für eine vor allem unterhaltungsorientierte Zielgruppe zu entwickeln. Es zählt die *clickability*. Achtlos wird mit Hashtags wie #fromtherivertothesea, #freegazafromgermanguilt, #genozid, #tiktokintifada,

#silentholocaust und vielen weiteren hantiert – ohne deren Tragweite wirklich zu begreifen, ohne zu kontextualisieren oder Betroffene zu schützen. So können sich unter Posts mit genuin solidarischen und empathischen Botschaften extrem rechte oder islamistische Positionen mischen, die gemeinsam mit den unterstützenden Perspektiven als Meinungsbündel an Personen weitergegeben werden, die sie nicht unterscheiden können – ein für antisemitische Einstellungen ideales Biotop. Diese online eingeübten Haltungen manifestieren sich dann scheinbar unvermittelt und in radikaler Eindeutigkeit auf Schulhöfen, Straßen, in Universitäten und letztlich auch im gesamtgesellschaftlichen Klima.

Die postdigitale Verschränkung von Netz und „wirklicher Welt“ zeigt insbesondere auch, wie dringlich es ist, dass politische Bildung auf die veränderten Lebenswelten der jüngeren Generationen eingeht. Mag es früher vielleicht eine hetzerische Schlagzeile pro Woche gewesen sein, die alle Kontaktpunkte einer Einzelperson mit antisemitischen Inhalten beschreiben konnte, gibt es heute ein dynamisches antisemitisches Medienuniversum, das inzwischen durch KI automatisiert antisemitische Inhalte produziert und seine Attraktivität und hetzerische Wirkung fortlaufend algorithmisch präzisiert.

Dieser postdigitalen Welt müssen politische Bildner*innen Rechnung tragen. Eine postdigitale Herangehensweise wendet sich ab von der rein technisch fokussierten Digitalisierung von (politischer) Bildung und hin zu einer Nutzenden-Zentrierung und Möglichkeitsräumen. Letzteres bedeutet auch, dass vieles möglich und wenig sicher ist. So wissen wir heute schlichtweg (noch) nicht, welche Effekte der Einsatz bestimmter digitaler Technologien auf politische Bildung haben kann. Gleichzeitig liegen noch teils unbekannte und unausgeschöpfte Potenziale in einer politischen Bildung, die sich nicht als externen Einfluss auf ein Biotop versteht, sondern aus ihm heraus entstanden ist – die also nicht einfach alte Inhalte für neue Medien übersetzt, sondern die aus diesen

heraus organisch neu entsteht. Dieser Anspruch erfordert natürlich Prozesse, die mit bestehenden Methoden kollidieren. Innovationen in allen Bildungsbereichen sind durch sich überlappende und asynchron verlaufende Phasen gekennzeichnet, wo erprobte Ansätze neben disruptiven Herangehensweisen existieren und Ablehnung und Neugier sich in ein und derselben Zielgruppe wiederfinden.

FORMEN, MOTIVE, CODES

Alle bekannten Motive des Antisemitismus tauchen online wieder auf – teils als direkte Wiedergaben historischer Inhalte (zum Beispiel antisemitische Karikaturen, die als Tiktok-Slideshow gezeigt werden), teils als plattformkonforme Adaptionen (wenn etwa dieselben Karikaturen durch KI animiert und mit KI-generierten Texten und Sprecher*innenstimmen hinterlegt werden), teils als neuartige Eigenproduktionen (beispielsweise verherrlichende Nachbauten von KZs in Minecraft oder Roblox).

Zu den häufigsten antisemitischen Narrativen und Weltbildern, die in den sozialen Medien aufgegriffen, weiterverbreitet und zunehmend normalisiert werden, zählen:

1. Othering: Jüd*innen sind das Andere, die Fremden;
2. Lebensfeindlichkeit: Sie morden, vergiften, töten Kinder, saugen Blut;
3. Macht- und Geldgier: Sie streben illegitimweise nach Macht oder Reichtum, sie rauben und beherrschen;
4. Subversion: Sie sind verborgen, heimtückisch, „als Menschen getarnt“, missbrauchen Empathie;
5. Internationalismus: Sie sind international und schwächen die Nationen;
6. Es gibt einige wenige „gute Jüd*innen“, die den Motiven 1 bis 5 widersprechen und darüber aufklären; die Mehrheit aber ist feindselig.

Die seit dem 7. Oktober online vorherrschende Form des israelbezogenen Antisemitismus wendet diese Motivkomplexe auf den Staat Israel an:

01 Vgl. Cian O'Mahony et al., The Efficacy of Interventions in Reducing Belief in Conspiracy Theories, in: Plos One, 5.4.2023, <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0280902>.

02 Vgl. ausführlich Deborah Schnabel/Eva Berendsen, Die Tiktok-Intifada – Der 7. Oktober und die Folgen im Netz, Frankfurt/M. 2024, www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres_Pädagogisches_Material/TikTok_Report_Nahostkonflikt_BSAF_2024_neu.pdf.

1. Othering: Israel ist kein richtiger Staat, sondern eine Entität, ein Regime, eine Besatzungsmacht, anders als andere Staaten, fremd („Israhell“, „Isnotreal“);
2. Lebensfeindlichkeit: Israel tötet Unschuldige ohne Grund, vergiftet oder untergräbt bössartig die Trinkwasserversorgung („Kindermörder Israel“);
3. Macht- und Geldgier: Israel will sich immer weiter ausbreiten, die gesamte Welt beherrschen;
4. Subversion: Israel appelliert in manipulativer Absicht an Empathie oder Mitgefühl, zum Beispiel für die Geiseln der Hamas;
5. Internationalismus: Israel missbraucht internationale Institutionen und Verbündete für seine eigenen sinistren Zwecke;
6. Es gibt (mindestens) eine jüdische Einzelperson, die all mein antisemitisches Wissen über Israel bestätigt.

Die Nutzer*innen, die solche Inhalte bewusst verbreiten, sind sich meist auch der gesellschaftlichen, juristischen und plattformspezifischen Sanktionsmechanismen bewusst, die ihre Erzählungen auslösen können. Entsprechend versuchen sie, diesen Sanktionen vorzugreifen. Je nach Publikum, Anonymität, angestrebtem Effekt und Risikobereitschaft werden die ideologisch inszenierten Motive unterschiedlich stark codiert und/oder chiffriert. Im Online-Leser*innenforum einer Tageszeitung werden religiöse Antisemit*innen keine Traktate über die theologische Verdorbenheit des Judentums schreiben, sondern über Redewendungen wie „alttestamentarische Gebräuche“, „Zahn um Zahn“ oder „Judaslohn“ darauf anspielen. Neonazis hingegen reproduzieren in Tiktok-Kommentaren Kennzeichen antisemitischer Organisationen nicht direkt, sondern zum Beispiel über Emoji-Kombinationen, die ihnen ähneln – etwa durch zwei „Blitz“-Emojis, die SS-Runen gleichen. Emojis, Bilder, Memes, auch bewusst markierte Leerstellen („seis jdn“ als Abkürzung für „scheiß Juden“) werden auch deswegen verwendet, weil die überwiegend KI-gestützten Inhaltskontrollen der großen Plattformen sie schlechter erkennen als direkte Äußerungsformen.

ROLLE SOZIALER MEDIEN

Soziale Medien treten in der postdigitalen Gesellschaft grundsätzlich als „fünfte Gewalt“ auf: Sie steuern die Verbreitung klassischer Medieninhalte, kontrollieren, kommentieren und kritisieren sie auf eine Weise, wie dies die Medien der „vierten Gewalt“ mit den drei vorgelagerten Gewalten tun. Sie framen Medieninhalte, erklären sie, bauen sie in weiterführende Erzählungen ein und bereiten sie für bestimmte Zielgruppen auf. Zugleich sind soziale Medien heute Hauptmotoren antisemitischer Inhalte. Sie sind dabei nicht auf klassische Postings beschränkt; sämtliche Komponenten der Kommunikation auf sozialen Medien – Hashtags, Überschriften, Bilderklärungen, Profilbilder und so weiter – können der Verbreitung von Antisemitismus dienen. So ist es unserer Beobachtung nach insbesondere der Kommentarbereich klassischer Postings, in denen Inhalte überhaupt erst antisemitisch geframed und erklärt werden; zudem dienen sie dazu, weiteren Content zu empfehlen und dabei zu immer radikaleren Inhalten weiterzuleiten.

Die zeitgenössische Ausformung sozialer Medien begünstigt dabei die Reproduktion solcher Botschaften besonders stark. Da sind einerseits die viel beschriebenen *Rabbit-Hole*-Mechanismen, die durch die algorithmische Ausspielung neuer Inhalte entstehen: Nahezu alle sozialen Medien versorgen Nutzer*innen, die sich einmal für ein bestimmtes Thema interessiert haben, mit immer mehr und immer aufregenderen Inhalten aus diesem Themenfeld. In politischen Zusammenhängen führt das bei anfälligen Personen zu einer fast zwangsläufigen ideologischen Verhärtung („algorithmische Radikalisierung“). Andererseits wird Antisemitismus auch durch den Zusammenhang von Trend- und Influencer*innen-Fixierung zeitgenössischer sozialer Medien gespeist. Der Algorithmus versucht, größere Social-Media-Trends zu erkennen, sie möglichst vielen Nutzer*innen auszuspielen und diese zu einer Reaktion zu veranlassen – dabei ist es fast gleichgültig, ob es sich um tagesaktuelle Nachrichten zum Weltgeschehen oder ein neues Katzenvideo handelt. An Influencer*innen wird von ihren Follower*innen die Erwartung gestellt, solche Trends zu erkennen, auf sie zu reagieren und dabei ihre jeweilige, für sie typische Message zu transportieren.

Das kommt der Verbreitung von Antisemitismus als Welterklärungsmodell und transhistorischer Wahrheit entgegen: Verlässlich erklären die Telegram-Kanäle von Verschwörungsideolog*innen vom Schläge eines Xavier Naidoo und Attila Hildmann, warum die jeweils neuesten Weltnachrichten in Wahrheit auf jüdisches Verschwörungshandeln zurückzuführen seien. Im verwirrenden Strom von Trends und Nachrichten geben antisemitische und verschwörungsideologisch Influencer*innen vor, Halt und Stabilität anbieten zu können; ein als chaotisch empfundenes Weltgeschehen wird auf einfache Prinzipien, nämlich die Agenda skrupelloser Verschwörer*innen, zurückgeführt.

Die Anlässe, die zur Reproduktion antisemitischer Inhalte im Netz erhalten müssen, sind entsprechend vielfältig, wobei Kommentare zum Nahostkonflikt der stärkste Auslöser sind. Daneben können, je nach Motivlage, auch besonders emotionalisierende Nachrichten aus dem jeweiligen ideologischen Kontext als Verbreitungsanlass dienen, etwa das Gefühl, die eigene Nation oder Religion könnten bedroht sein. Antisemitismus wird aber auch in Form jugendlicher Populärkultur reproduziert, als Spaß und/oder Grenzüberschreitung. Er wird dann selbst zum Trend, etwa durch Gesichtsfiler auf Tiktok, die ihren Nutzer*innen vermeintlich jüdische Gesichtszüge verleihen.⁰³

Die Schwäche der Moderation solcher Inhalte ist unmittelbar auf ihre Interaktionsrate zurückzuführen. Extremes klickt sich gut – und die Plattformen leben von Klicks, Interaktionen und den damit verbundenen Werbeeinnahmen. Auf Druck der Zivilgesellschaft haben die großen Anbieter*innen zwar Möglichkeiten des Meldens und besserer Content-Moderation eingeführt. Diese haben jedoch Lücken und beruhen zum überwiegenden Teil auf automatisierten Systemen, die durch Codierung und Chiffrierung von Botschaften leicht auszuhebeln sind. Teils ist die Aufhebung solcher Konventionen sogar Marketingstrategie: Elon Musk, der Eigentümer von X (vormals Twitter), sucht regelmäßig die Nähe zu prominenten

Rechtsextremen und reaktivierte gelöschte Accounts von Rechtsradikalen – unter Verweis auf die Meinungsfreiheit. Versuche der juristischen Regulierung sozialer Medien stoßen regelmäßig auf geringes Interesse bis Ablehnung in der Öffentlichkeit: Rasch steht der Zensurverdacht im Raum, hinter dem berechnete Schutzinteressen vulnerabler Gruppen immer wieder zurückzustehen haben.

TIKTOK – (K)EINE PLATTFORM WIE JEDE ANDERE

Die besondere Rolle der Videoplattform Tiktok kann hier nur angerissen werden. Allgemein lässt sich sagen, dass Tiktok wie keine andere Plattform trend-, persönlichkeits- und interaktionsgetrieben ist. Die Ersteller*innen von Videos, die Creator*innen, sind gehalten, zu aktuellen Trends möglichst viele, schnelle und kurze Videos zu produzieren, um die Chance zu verbessern, im algorithmisch ausgespielten Videostrom ihrer Follower*innen aufzutauchen. Das befeuert den Druck, sich möglichst rasch zu positionieren und selbst schwierige politische Fragen in weniger als 20 Sekunden zu beantworten – möglichst auf eine Weise, die Emotionen weckt und polarisiert.

Antisemitismus war schon vor dem 7. Oktober ein virulentes Problem auf Tiktok – vor allem in Form von Verschwörungserzählungen, Shoah-Leugnung oder -Relativierung und israelbezogenem Antisemitismus. Altbekanntes antisemitische Narrative und Codes wurden in Sketchen verarbeitet, mit Filtern und Musik kombiniert und so „hip“ gemacht. So begegnen wir Videos, in denen die „Protokolle der Weisen von Zion“ vermeintlich erklärt werden oder in denen vor einer neuen Weltordnung durch finstere (sprich: jüdische) „Eliten“ gewarnt wird. Bereits 2021 wurden im Zuge der sogenannten Tiktok-Intifada Videos hochgeladen, die körperliche Angriffe auf jüdische Menschen in Israel zeigten. Die Videos verbreiteten sich massenhaft und erhielten viel Zustimmung, obwohl sie von der Plattform wegen Verstößen gegen die Community-Richtlinien (Verbot gewalttätiger und expliziter Inhalte) immer wieder gelöscht wurden.

Seit dem 7. Oktober ist die Hemmschwelle, was israelbezogenen Antisemitismus angeht, nochmals gesunken. Videos, die Israel das Exis-

03 Vgl. Danielle Jerry, Safer TikTok. Strategien im Umgang mit Antisemitismus und Hassrede auf TikTok, Frankfurt/M. 2024, www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres_Pädagogisches_Material/EBook_Safer_TikTok_11.2023.pdf, S. 28.

tenzrecht absprechen, sind dabei fast schon alltägliche „Normalität“: So etwa im Beitrag einer Make-up-Influencerin, die auf ihrem Gesicht erst die Umrisse Israels zeichnet, um sie dann ganz mit einer Palästina-Flagge auszufüllen. Ähnlich ist es mit Solidarisierungen mit den Taten der Hamas als „legitimem Widerstand“. Weite Kreise zog etwa das Video einer Koch- und Back-Influencerin, die noch am 7. Oktober zur Feier des Tages Süßigkeiten auf der Straße verteilte.⁰⁴

Auch der 7. Oktober selbst ist Gegenstand unzähliger Fake News und Desinformationskampagnen. In diversen Beiträgen wird in Zweifel gezogen, ob das Massaker auf dem Supernova-Musikfestival überhaupt stattgefunden habe. Sollte es Tote gegeben haben, seien es keine Zivilist*innen, sondern Angehörige des Militärs gewesen, so das verschwörungstheoretische Geräune. Gleichzeitig wird gemutmaßt, die Massaker an der Zivilbevölkerung seien nicht von der Hamas verübt worden, sondern von der israelischen Regierung – der 7. Oktober sei ein sogenannter Inside-Job gewesen.⁰⁵ Schon wenige Stunden nach den terroristischen Angriffen tauchten in verschwörungsideologischen Telegram-Kanälen wilde Interpretationen auf, darunter die Behauptung, Israel habe es auf die Organe palästinensischer Kinder abgesehen – das altbekannte Kindermörder-Narrativ, das auf die antisemitische Ritualmordlegende aus dem Mittelalter zurückgeht.

Typisch ist auch die Kennzeichnung von Jüd*innen als *colonizer*, die sich auch in der Diaspora von Israel zu distanzieren hätten. „Zionist*innen“ wird als Schimpfwort gebraucht, das sofort Parallelziehungen zum „Dritten Reich“ hervorruft: Jüd*innen seien die neuen Nazis, hätten aus ihrer eigenen Verfolgung nichts gelernt, oder Israel wird direkt mit Nazideutschland verglichen – eine eindeutige Relativierung der Shoah und Täter-Opfer-Umkehr.⁰⁶

WEITERE DIGITALE RÄUME

Soziale Medien sind bei Weitem nicht die einzigen digitalen Tummelplätze für Antisemitismus. Antisemitische Agitation ist zum Beispiel auch

im Gaming ein großes Problemfeld. Es geht dabei nicht nur um offenkundigen Antisemitismus, wie etwa im schon älteren Fall einer Variante des Spiels „Moorhuhnjagd“, bei dem Nutzer*innen Jagd auf Juden machen konnten.⁰⁷ Auch Minecraft- oder Roblox-Server, auf denen nationalsozialistische Verbrechen oder Symbole verherrlicht werden,⁰⁸ sind dabei nur eine Begleiterscheinung – ebenso wie Spiele, die den Terror der Hamas glorifizieren, indem sie es zulassen, in Shooter-Szenarien palästinensische „Widerstandskämpfer“ zu spielen,⁰⁹ oder von rechtsradikalen Nutzer*innen erstellte Shooter-Karten, die an den architektonischen Gegebenheiten der Amadeu-Antonio-Stiftung orientiert sind und damit gewissermaßen das Trainingsgelände für einen Amoklauf dort bereitstellen.

Subtiler und mit viel größerer Reichweite ausgestattet sind „Let’s Plays“ – also Videospielübertragungen bekannter Gamer*innen. Nicht wenige von ihnen garnieren ihren Audiokommentar mit Bemerkungen zum Zeitgeschehen. Rechte Streamer*innen mit Nähe zur Alt-Right-Bewegung platzieren hier gerne Witze über Jüd*innen – zum Beispiel überall dort, wo Geld aufgesammelt wird. In den Kommentarbereichen werden solche „Späße“ weitergetrieben – bis irgendwann die Unterscheidung zwischen *edginess*, also provokativer Grenzüberschreitung, und Agitation aufgehoben ist.

Ein noch wenig beachteter, aber für die Betroffenen sehr einschneidender digitaler Ort antisemitischer Erfahrungen sind Dating-Plattformen. Antisemitismus zeigt sich hier offener und gezielter als im persönlichen Kontakt. Personen, die ihre jüdische Identität in ihren Profilen angeben oder durch Symbole zu erkennen geben oder denen eine vermeintliche Zugehörigkeit zum Judentum zugeschrieben wird, sehen sich teilweise heftigen antisemitischen Angriffen ausgesetzt.¹⁰

⁰⁷ Vgl. Gerald Jörns, Menschenverachtende Version des Moorhuhns von US-Servern verbannt, 28. 10. 2000, www.telepolis.de/features/Menschenverachtende-Version-des-Moorhuhns-von-US-Servern-verbannt-3442217.html.

⁰⁸ Vgl. Cecilia D’Anastasio, How Roblox Became a Playground for Virtual Fascists, 18. 6. 2021, www.wired.com/story/roblox-online-games-irl-fascism-roman-empire.

⁰⁹ Vgl. Matthew Impelli, Video Game of Palestinians Killing Israelis Sparks Backlash, 14. 12. 2023, www.newsweek.com/1852237.

¹⁰ Vgl. Jane Prinsley, Hinge and Tinder are Swamped with Anti-Zionism, Say Jewish Singles, 6. 3. 2024, www.thejc.com/news/features/im-just-a-zionist-looking-for-love-jsfhxzc.

⁰⁴ Vgl. Schnabel/Berendsen (Anm. 2), S. 17, S. 22f.

⁰⁵ Vgl. ebd., S. 18.

⁰⁶ Vgl. ebd., S. 19.

ANTISEMITISMUS DIGITAL BEKÄMPFEN

Die Notwendigkeit antisemitismuskritischer Bildungsarbeit ist so offenkundig wie nie – gleichzeitig stehen Bildner*innen in diesem Bereich unter einem erheblichen Leistungs-, Erfolgs- und Rechtfertigungsdruck. Sie spüren die Notwendigkeit, rasch auf die sich grundlegend veränderten Bedarfe und Möglichkeiten zu reagieren, was erhebliche Ressourcen bindet. Auch die politische Dimension darf nicht außer Acht gelassen werden: Die aktuelle Situation stärkt Stimmen, die Antisemitismus am liebsten mit Mitteln der Polizei und des Aufenthaltsrechts klären möchten – und Ansätze, die eine rassismuskritische Sensibilität in die Antisemitismusarbeit tragen wollen, haben einen besonders schweren Stand. Populist*innen hinterfragen die Wirksamkeit pädagogischer Ansätze ganz grundsätzlich – beispielsweise, was Projekte wie „Demokratie leben!“ vom Bundesfamilienministerium angeht.

Gleichzeitig kann politische Bildung im digitalen Bereich so schnell wie nirgends sonst ihre eigene Wirksamkeit beweisen: sei es durch die statistischen Mittel, die die Plattformen selbst zur Verfügung stellen, durch Klick- und Interaktionsraten, durch organische Verbreitung oder anderes mehr. Auch digitale Erhebungen unter den Teilnehmenden neuer Bildungsformate können hierzu beitragen, etwa durch Betrachtung geänderter Einstellungen und neuer Erkenntnisse.

Wohlgemerkt: Es ist weder produktiv noch zeitgemäß, analoge Konzepte einfach digital umzusetzen oder Technologien nur aus dem Grund zu nutzen, dass sie verfügbar sind. Stattdessen ist es entscheidend, ein umfassendes Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich die Erwartungen an Inhalte, Formate, Anpassungsfähigkeit, Individualität, Design, Zugänglichkeit und Geschwindigkeit verändern, und wie sich dies wiederum auf die Erwartungen an politische Bildung auswirkt. Ein zeitgemäßer Ansatz zur politischen Bildung erfordert eine umfassende Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen jenseits rein digitaler Paradigmen – es braucht einen postdigitalen Zugang.

Es gehört zur Ambivalenz digitaler Räume, dass sie einerseits wirkmächtige Multiplikator*innen für Antisemitismus sind – andererseits aber auch der Schauplatz eines engagierten Einsatzes gegen Antisemitismus, der von Einzelpersonen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen

ausgehen kann. Entsprechend muss politische Bildung weiterhin warnen, aufklären, analysieren – und zugleich die Potenziale des Mediums verteidigen. Dabei gilt es zu beachten, dass digitale und analoge Welt ineinander übergehen. Bildungspolitik sollte sich daher von dem Bild lösen, künftig für „zwei Welten“ Inhalte entwickeln zu müssen. Für die jüngeren Generationen, um die es hier als Hauptzielgruppen geht, ist die Gegenüberstellung „Netz kontra wirkliche Welt“ ohnehin fragwürdig – und Bildner*innen, die sie erreichen wollen, sollten sie nicht künstlich wiederherzustellen versuchen.

Die Vorteile digitaler Bildungsarbeit liegen auf der Hand: Sie ist skalierbar, kann also mit geringem Aufwand von einem Schulklassenprojekt auf eine landesweite Initiative ausgeweitet werden. Potenziell ist die gesamte Gesellschaft Zielpublikum – auch Personen, die nicht aktiv nach antisemitismuskritischen Inhalten suchen, können mit ihnen konfrontiert, aus Echokammern und Radikalisierungsschleifen herausgebrochen werden. Die unterschiedlichen Ausspielungsformen gestatten es dabei, jede Niveaustufe anzusprechen – von kurzweiligem, niedrigschwelligem Infotainment wie Erklärvideos bis hin zu komplexen, KI- und VR-unterstützten Erinnerungskulturellen Projekten. Denn auch darin liegt eine Chance: Digitale Bildung ist automatisierbar, verlangt nicht die ständige Präsenz physisch anwesender Pädagog*innen – virtuelle Gedenkstätten und KI-Zeitzeug*inneninterviews sind funktionierende Beispiele dafür. In Zukunft kann KI vielleicht dabei helfen, Sehgewohnheiten zu hinterfragen, verkürzte und verschwörungsideologische Welterklärungsmodelle zu erkennen und zurückzuweisen. In einer Zeit, in der Empathie und Perspektivwechsel schwerfallen, lohnt der Gedanke, wie immersive Technologien eine tiefere Auseinandersetzung mit Betroffenenengruppen ermöglichen könnten.

Nicht unterschätzt werden sollte auch die Möglichkeit, neue sensorische und emotionalisierende Zugänge für politische Bildung zu entdecken. Emotion und Interaktion sind neue Dimensionen politischer Bildung, die es auszuloten gilt. Auch Gaming ist für die politische Bildung noch ein relativ neues Arbeitsfeld, dessen Potenziale längst nicht ausgeschöpft sind. Politische Bildung kann in eigens entwickelten Spielen stattfinden („Serious Games“), aber auch in den etablierten Gaming-Arenen selbst – sei es über die Teil-

nahme an dort laufenden politischen Debatten, über *digital streetwork* oder politisch informierte „Let’s Plays“.

Eine besondere Chance liegt darin, Influencer*innen beziehungsweise Creator*innen als wichtige Multiplikator*innen zu begreifen und entsprechend zu sensibilisieren und antisemitismuskritisch zu bilden. Qua Expert*innenstatus, Glaubwürdigkeit und Idolisierung haben sie eine immense Bedeutung für junge Menschen. Ihre Reichweiten sind Fluch und Segen zugleich – ihr persönliches Verantwortungsgefühl entscheidet über die politische Meinungsbildung zahlreicher junger Menschen. Viele der Creator*innen sehen diese Herausforderung ebenfalls: In unseren digitalen Bildungsprojekten erleben wir, dass progressive Influencer*innen ein großes Bedürfnis nach hochwertigen Bildungsinhalten haben – und nach Hinweisen, wie sie selbst inhaltlich solide antisemitismuskritische Inhalte produzieren können. Tool- und Medienkits, Guidelines und Best-practice-Papiere, aber auch Schulungen, die Influencer*innen dabei unterstützen, werden in

der Bildungsarbeit voraussichtlich eine immens wichtige Rolle spielen.

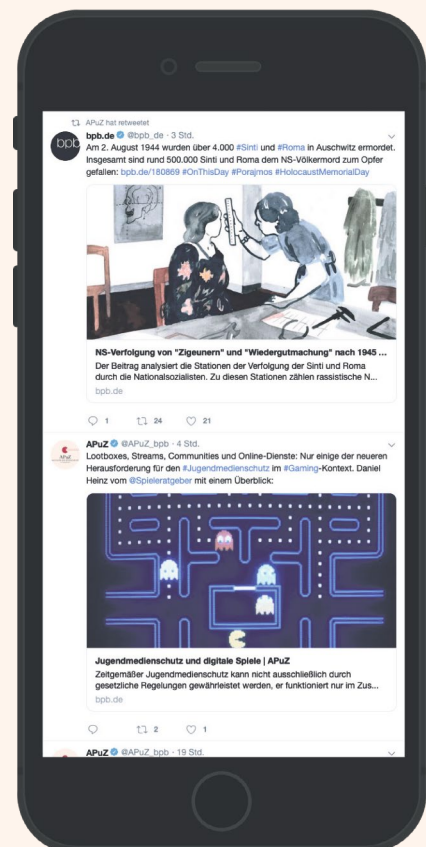
Aktuell erleben wir, wie vor allem die radikalen und populistischen Akteur*innen ungehemmt mit digitalen Technologien umgehen und sich so rasend schnell in digitalen Räumen ausbreiten. Umso wichtiger ist es für die politische Bildung, im Digitalen beherzt Präsenz zu zeigen und experimentelle Wege zu gehen. Es ist neuer Mut gefragt – Mut auch für die Politik, die Bedarfe politischer Bildner*innen ernst zu nehmen. Im Kampf gegen Antisemitismus braucht es – neben klassischer Regulierung – eben auch Awareness, Alphabetisierung, empowernden Content. Ebenso braucht es Mut für Versuche und Irrtümer, für schnelles Scheitern – denn auch in der Frage, wie Antisemitismus zeitgemäß in digitalen Räumen begegnet werden kann, erlaubt schnelles Scheitern schnelle Lerneffekte.

DEBORAH SCHNABEL

ist promovierte Psychologin und Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main.

Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter oder folgen Sie uns bei auf X!



ANTISEMITISCHE KOMMUNIKATION IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Matthias J. Becker

Antisemitismus ist eine Hassideologie, die sich in ihrer über zweitausendjährigen Geschichte den politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen immer wieder angepasst hat. Mit der Gründung des Staates Israel 1948 rückte ein neues Objekt in den Mittelpunkt antisemitischer Agitation. Neben der bloßen Existenz des jüdischen Staates sind es die Eskalationsphasen im Nahostkonflikt, die stets weltweite Antisemitismuswellen ausgelöst haben. Jede Konfrontation, jeder Terrorakt, jede Reaktion vonseiten des israelischen Militärs haben off- wie online neben gerechtfertigter Kritik einen Anstieg in der Reproduktion von Stereotypen und anderen Formen antisemitischer Kommunikation zur Folge gehabt. Die Korrelation zwischen solchen Ereignissen und der Zunahme antisemitischer Diskurse hat insofern Kontinuität. Daran hat auch der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 nichts geändert – dennoch war dieses Ereignis ein Wendepunkt.

Was zuvor eine Konzentration antisemitischer Äußerungen auslöste, Formen der Relativierung oder gar Leugnung verübter Verbrechen hervorrief, führte ab dem 7. Oktober zu offenem Hass beziehungsweise der Glorifizierung der an jenem Tag verübten massiven Gewalt gegen israelische Zivilist*innen. Nicht Phantasien über Jüd*innen bestimmten den Diskurs, sondern die von Schadenfreude gekennzeichneten Selbstpositionierungen gegenüber den jüdischen Opfern. Dies ist zumindest im Kontext der online-bezogenen Antisemitismusforschung ein Novum.

Im Folgenden werde ich einige Ergebnisse des Forschungsprojektes „Decoding Antisemitism“ vorstellen, in dem unter anderem in den Blick genommen wird, wie auf unterschiedlichen Plattformen und in verschiedenen Sprachen auf die Vorgänge vom 7. Oktober reagiert wurde.⁰¹ Wie war das Echo in den sozialen Medien, als die User*innen mit den Bildern aus Südisrael konfrontiert wurden? Und was sagt uns das über das Verhält-

nis von Antisemitismus und Verschwörungsdenken beziehungsweise über deren Tabuisierung in den fokussierten Sprachgemeinschaften?

METHODISCHER ANSATZ UND ERGEBNISSE

Das Decoding Antisemitism-Projekt ist primär korpuslinguistisch angelegt. Das heißt, anhand bestimmter Kriterien wie Textsorte, Spezifik der Plattform, Diskursereignis oder Messzeitraum werden Datensätze gebildet und anschließend die Kommunikationsmuster in diesen Korpora beleuchtet. Die diesem Artikel zugrundeliegenden Fallstudien zum 7. Oktober basieren auf Daten, die von zwei Plattformen stammen: Youtube und Facebook. Der Fokus des Projektes liegt dabei auf den Profilen sogenannter Mainstreammedien in Deutschland, Frankreich und im Vereinigten Königreich. Zur Kontrastierung werden jedoch auch weitere, größtenteils europäische Länder in den Blick genommen.

Da sich der Antisemitismus politisch moderater Milieus in den meisten Fällen durch implizite Muster auszeichnet, ist der primäre Zugang zu den Online-Daten die qualitative Inhaltsanalyse.⁰² Zumindest die konventionellen quantitativen Verfahren können die Komplexität und Diversität von zwischenmenschlicher Kommunikation nur eingeschränkt erfassen, insbesondere wenn der zu erforschende Untersuchungsgegenstand eine tabuisierte Hassideologie ist und die Diskursteilnehmenden den Begriff „Antisemit“ als Selbstbeschreibung in der Regel klar ablehnen. Dies führt zu „kreativen“ Kommunikationsmustern und impliziter Hassrede, bei denen antisemitische Einstellungen über Wortspiele, Anspielungen, Metaphern, Ironie oder rhetorische Fragen zum Ausdruck gebracht werden.⁰³ Aufgrund der Vielfalt und Komplexität dieser Muster kann die flächendeckende Erkennung von Antisemitismus in solchen Milieus nur über kontextsensitive

Feinanalysen erfolgen. Die Klärung entsprechender Fragen lässt Rückschlüsse darauf zu, welche Stereotype eine gewisse gesellschaftliche Akzeptanz erlangt haben.⁰⁴

Unsere Untersuchungen zeigen mit Blick auf den 7. Oktober eine im Vergleich zu anderen gewaltsamen Ereignissen im Nahen Osten erhebliche Zunahme antisemitischer Kommentare.⁰⁵ Die überwiegende Mehrheit dieser Kommentare besteht aus der Zustimmung, Verherrlichung und Rechtfertigung der Hamas-Terroranschläge. Ihre Häufigkeit und Direktheit variieren je nach Plattform, Sprache der User*innen sowie thematisierten Inhalten. Es lässt sich feststellen, dass die Anzahl der Kommentare, die die Grausamkeiten der Anschläge befürworten, besonders stark ansteigt, wenn es um Berichte über Angriffe auf Israelis oder Jüd*innen im Vergleich zu allgemeinen Berichten über die gegenwärtige Konfliktphase geht.

Gleich nach den genannten Formen der Selbstpositionierung umfassen die häufigsten antisemitischen Konzepte in diesen Kommentaren die Leugnung des Existenzrechts Israels, die einseitige Schuldzuweisung an Israel, dessen Dämonisierung als Terrorstaat, Verschwörungsmythen sowie Vorstellungen von Israel als dem absoluten Bösen. Wie in früheren Studien des Projekts wird auch in dieser Analyse eine Vielzahl antisemitischer Konzepte und kommunikativer Strategien festgestellt. Die Ergebnisse bestätigen die komplexe Natur des Antisemitismus als ein viel-

schichtiges Mosaik, das es unmöglich macht, sich mit allen Aspekten gleichzeitig zu befassen. Daher werden hier nur die auffälligsten Trends hervorgehoben.

YOUTUBE-PROFILE BRITISCHER MEDIEN

Das Youtube-Korpus britischer Medien ist mit 4000 Kommentaren der größte Datensatz unserer Vorab-Studie vom vergangenen Oktober.⁰⁶ Üblicherweise beobachteten wir bei Berichten über den arabisch-israelischen Konflikt im britischen Kontext in 15 bis 25 Prozent der Social Media-Kommentare Antisemitismus. Mit der aktuellen Eskalation stieg dieser Anteil in den Youtube-Kommentaren jedoch sprunghaft an – bisweilen auf 30 bis 40 Prozent oder, wie im Falle eines Threads vom „Independent“, sogar auf fast 55 Prozent. Dieser Thread bezieht sich bezeichnenderweise auf ein Video, das Details des Massakers im Kibbuz Kfar Aza zeigt. Die hohe Dichte an antisemitischen Kommentaren unter Clips über Hamas-Verbrechen und damit die Diskrepanz zwischen Medienperspektive und offenem Antisemitismus war ein überraschender Befund, da wir zunächst von Solidarität oder zumindest Zurückhaltung vonseiten der User*innen ausgegangen waren.

Die Affirmation antisemitischer Gewalt erfolgt zum einen direkt, mit Äußerungen wie „Long overdue“, „The Palestinians are finally fighting back“, „Good job Palestine“ und „So happy to see justice finally“. Andere Äußerungen, die in anderen Situationen nicht mit einer antisemitischen Bedeutung aufgeladen sind, sind „Allahu Akbar“, „Long live Palestine“ oder „Resistance is yours“. Im Kontext des medial präsentierten Terroranschlags kommen entsprechende Kommentare einer Bestätigung gleich und können vor diesem Hintergrund als gleichbedeutend mit impliziten Todeswünschen gegenüber Jüd*innen gelesen werden. Dass sich die kommunizierten Haltungen nicht nur gegen Israelis, sondern auch gegen Jüd*innen allgemein richten, zeigen Wortspiele und Anspielungen wie „JURN THE BEWS“ und „The Palestinians will complete the job that the Austrian painter started“.

⁰⁶ Jeweils 1100 Kommentare entstammen den Youtube-Profilen von „The Guardian“ und BBC News, 1000 Kommentare dem Profil von „The Independent“ sowie 800 dem Profil von „The Times“.

⁰¹ Siehe <https://decoding-antisemitism.eu>.

⁰² Vgl. Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse*, Weinheim–Basel 2015.

⁰³ Vgl. Jörg Meibauer (Hrsg.), *Hassrede/Hate Speech*, Gießen 2013; Matthias J. Becker/Hagen Troschke, *Decoding Implicit Hate Speech: The Example of Antisemitism*, in: Christian Strippel et al. (Hrsg.), *Challenges and Perspectives of Hate Speech Analysis: An Interdisciplinary Anthology*, Berlin 2023, S. 335–352.

Siehe auch Matthias J. Becker et al., *Decoding Antisemitism: A Guide to Identifying Antisemitism Online*, London 2024 (i.E.).

⁰⁴ Dem verwendeten Kategoriensystem liegt die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus zugrunde, die im Rahmen einer umfassenden Operationalisierung für entsprechende Feinanalysen weiterentwickelt wurde. Siehe <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism>.

⁰⁵ Bereits Ende Oktober 2023 veröffentlichte das Decoding Antisemitism-Team eine Vorstudie, für die über 11 000 Youtube- und Facebook-Kommentare ab dem 7. Oktober untersucht wurden. Diese Kommentare bezogen sich direkt auf Berichte von politisch moderaten Nachrichtenseiten. Vgl. Matthias J. Becker et al., *Celebrating Terror. Antisemitism Online After the Hamas Attacks on Israel: Preliminary Results*, Berlin 2023.

Schadenfreude ist besonders häufig bei Kommentaren zum Massaker an Besucher*innen des Supernova-Musikfestivals zu beobachten: „Peaceful community must treat like this everywhere“, „Hahahah why r u runnin???“, „This is better than Hollywood!“ Zwei vom „Independent“ geteilte Clips über die Entführung weiblicher Zivilistinnen lösten starke Zustimmung zu sexueller Gewalt aus: „They had a good time with her it seems like“, „That’s the price paid for being cute“. In diesem Kontext kommt es auch zu Rechtfertigungen sexueller Gewalt: „This woman was in the Israeli army so she should be treated like this“.

Zusätzlich zur Bestätigung von Gewalt zeigen sich in vielen Kommentaren antisemitische Haltungen in Bezug auf Israel. In 9 bis 22 Prozent der antisemitischen Kommentare wird das Existenzrecht Israels geleugnet, wie etwa hier: „Only the Palestinians exercise their ‚right of return‘ to their ancestral land“ und „Third Intifada! Full independence this time!“ Ein fast gleich großer Anteil sieht eine Alleinschuld Israels im Konflikt, wie in: „Feel the pain of how Israeli massacred Palestinian kids for 70 years“ oder „Tell that to the Palestinian women and children who have had to endure this for 75 years. Revenge is good. They deserve it“. Damit wird im Kontext des Nahostdiskurses das klassische Stereotyp der jüdischen Schuld am Hass aktualisiert, der den Jüd*innen seit eh und je entgegenschlägt.

Diese Form der einseitigen Schuldzuweisung kann auch indirekt erfolgen – über Formulierungen wie „Karma!!!! The irony is killing me“, „What goes around comes around“, „It’s Hostages taking Hostages, let’s get it right!“, „sow the wind reap the storm“. Wie sehr entsprechende Konzeptualisierungen mit uralten Stereotypen zusammenfallen, sehen wir an Äußerungen wie: „We wouldn’t have had this war in the first place if the religion about the whole land has been promised by god for the ‚god’s chosen‘ never existed“ oder „end of isreal rise of humanity“.

Andere antisemitische Muster auf den Youtube-Profilen britischer Medien sind Verschwörungsmymen und Leugnung der Verbrechen: „fake news“, „I agree seems staged“. Unterhalb eines Interviews heißt es: „random soldier, fluent english“, „cui bono? Who benefits ...?“ und „The ‚hasbara‘ is fantastic; tentacles far and wide“. Zudem wird eine Verbindung zum 11. September 2001 hergestellt: „The irony that it was dancing

Israelis gunned down today and on 9/11 it was the ‚dancing Israelis who knew about the World Trade Center‘ and ‚documented the incident for Israel‘ instead of alerting America and stopping September 11th“. In Bezug auf die Leugnungsstrategien fällt auf, wie häufig User*innen die antisemitische Motivation der Täter in Zweifel ziehen: „ Hamas chose Saturday because they knew that the Israelis were not working so as to avoid civilian casualties. How honourable you are. May God help the Palestinians against the Israeli terrorists“ und „brother, they [literally] took an Israeli mother to safety with her child, the only beating they are doing is to the soldiers“.

Es lässt sich hier insofern neben einer Glorifizierung und Rechtfertigung des Terrors eine Fokussierung auf bestimmte antisemitische Konzepte ausmachen, die zwar nicht an die hohe Frequenz der zuvor genannten Selbstpositionierungen heranreichen, aber dennoch den Online-Diskurs mitprägen. Die Leugnung des israelischen Existenzrechts, Unterstellungen einer Alleinschuld und die Behauptung einer zionistisch-jüdischen Verschwörung dienten auch bei anderen Diskursereignissen als tragende Säulen für den israelbezogenen Antisemitismus.

YOUTUBE-PROFILE DEUTSCHER MEDIEN

Der Anteil antisemitischer Äußerungen im 2000 Kommentare umfassenden deutschen Youtube-Korpus variiert stark und beträgt bis zu 25 Prozent.⁰⁷ Interessanterweise fokussieren alle sechs Threads, bei denen der Prozentsatz über 20 Prozent liegt, auf die Gräueltaten der Hamas.

Wie bei den britischen Medienprofilen fallen auch in den antisemitischen Kommentaren auf deutschen Youtube-Medienprofilen die Affirmation von Gewalt, Terror und Mord auf. In den 20 untersuchten Threads machen gewaltverherrlichende Aussagen über 41 Prozent der antisemitischen Kommentare aus. User*innen wiederholen die Rufe der Hamas-Terroristen wie „Allahu Akbar“, formulieren vage Forderungen wie „Freiheit für Palästina“ oder fragen „Kann man es den

⁰⁷ Das Korpus besteht aus 1000 User*innen-Kommentaren von „Bild“, 300 von „Der Spiegel“, jeweils 200 von ZDF, Arte und Euronews sowie 100 vom WDR. Viele deutsche Medien, etwa „Die Zeit“, haben die Kommentarfunktion beim Thema Nahostkonflikt deaktiviert.

Palästinensern übel nehmen?“ Schon frühzeitig werden Paraglider-Emojis verwendet, um den Hamas-Terror zu feiern. Klarere Zustimmung findet sich in Aussagen wie „Maşallah Subhan-Allah weiter so Jungs“, „Saubere Leistung“, „Wir können stolz sein!“ oder „Hamasssssss wird Siegen!“ Einige User*innen verwenden Emoticons, um rassistische Stereotype über Jüd*innen und „Ungläubige“ im Allgemeinen zu verbreiten, und drücken so indirekte Drohungen gegen den gesamten Westen aus, der im Kontext des Threads erwähnt wird.

Die Bestätigung von Gewalt und Terror wird in fast jedem vierten Kommentar mit der Behauptung kombiniert, dass Israel die Alleinschuld am Konflikt trage. Phrasen wie „Wer Wind sät, wird Sturm ernten!“ oder „Sowas kommt von sowas“ zeigen die Auffassung, dass Israel den palästinensischen Terror selbst kultiviert habe. In diesem Zusammenhang geht es nicht immer nur um den Umgang Israels mit Gaza, sondern um seine Existenz an sich.

Zusätzlich zur Schuldzuweisung sind Verschwörungsmymen mit über 12 Prozent weit verbreitet: „Wie kann einem bestens vernetzten Geheimdienst wie dem Mossad so eine riesige Feindoperation durch die Lappen gehen? Das riecht nach false flag ...“; „Das wurde zugelassen, um die Lage eskalieren zu lassen“. Selbst auf Clips, die emotionale Interviews mit den Eltern der israelischen Geiseln zeigen, reagieren Nutzer*innen mit wenig Empathie und unterstellen inszenierte Angriffe für bestimmte Ziele: „[Der Vater] ist ein Schauspieler“ und „Vor lauter Trauer erstmal ein neues Siedlungsgebiet aufmachen und Lebensmitteltransporte blockieren. Das hilft der Moral etwas“.

Das Arsenal antisemitischer Kommunikation ist jedoch breiter gefächert. So sehen wir diverse Formen der Relativierung und Leugnung des antisemitischen Charakters der Terroranschläge und Unterstellungen, Israel verfüge über einen „Freifahrtsschein“ und instrumentalisieren den Antisemitismus. Auch enthalten zahlreiche Kommentare NS-Vergleiche, was nur von affirmierenden Bezügen zur NS-Zeit überboten wird. Auch deuten User*innen die Eskalation im Nahen Osten vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und greifen mit Blick auf potenzielle israelische Flüchtlinge auf offen antisemitische Witze zurück: „Wo wollt ihr die Juden denn aufnehmen, wo das Gas jetzt so teuer ist in Deutschland“.

Es fällt auf, dass es zahlreiche Ähnlichkeiten zwischen britischen und deutschen Youtube-Kanälen gibt. Ein bedeutender Unterschied liegt jedoch in der geringeren Häufigkeit von Antisemitismus auf deutscher Seite. Im Gegensatz zu den Mustern im britischen Datensatz fällt zudem auf, dass auf deutschen Kanälen Verschwörungsmymen häufiger auftreten als die Infragestellung des Existenzrechts Israels. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die indirekte Forderung nach der Auslöschung des jüdischen Staates zu sehr die Vorstellung eines Massenmordes aktiviert und somit nicht mit dem Bild einer salonfähigen „Kritik“ vereinbar ist. Verschiedene Fallstudien der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Leser*innen britischer Medien antisemitische Vorstellungen wesentlich direkter und aggressiver äußern als Nutzer*innen in deutschsprachigen Kontexten, wobei grundsätzlich die Präsenz von antisemitischen Äußerungen in jedem Land stark vom Diskursauslöser abhängt.⁰⁸

FACEBOOK-PROFILE IN GROßBRITANNIEN, FRANKREICH UND DEUTSCHLAND

Der Blick auf Facebook-Profilen britischer, französischer und deutscher Medien zeigt, dass am 7. Oktober und an den Folgetagen auch dort die Affirmation von Gewalt, häufig in Kombination mit Schadenfreude, im Vordergrund stand. In Frankreich beträgt der Anteil solcher Kommentare 53 Prozent der antisemitischen Kommentare. Die Zahlen für britische und deutsche Facebook-Profilen fallen mit 33 und 19 Prozent etwas geringer aus als auf Youtube im selben Zeitraum. Bemerkenswert ist, dass im deutschen Korpus die Affirmation von Terror noch von der Vorstellung israelischer Alleinschuld übertroffen wird.

Ähnlich wie bei der Youtube-Fallstudie folgt der Gewalt-Affirmation auf britischen Facebook-Profilen die Idee einer Alleinschuld Israels, die Vorstellung, Israel sei ein Terror-, Apartheid- oder gar NS-Staat und – oft damit verbunden – die Leugnung des Existenzrechts Israels.

Auf französischen Profilen sind ähnliche Muster sichtbar. Allerdings werden diese ergänzt durch diverse Gewalt rechtfertigende religiöse

08 Vgl. Matthias J. Becker, *Decoding Antisemitism in European Online Discourses*, in: Manuela Consonni/Martina L. Weisz (Hrsg.), *Analysis of Current Trends in Antisemitism*, Berlin (i. E.).

Aussprüche wie „Oeil pour oeil, dent pour dent; c’est la loi du talion, et elle est prescrite dans les 3 religions du livre“. Auch NS-Vergleiche sind Teil des Diskurses, im Zuge derer beispielsweise die Hamas mit der Résistance verglichen wird. Und schließlich folgt die Behauptung einer jüdischen Instrumentalisierung des 7. Oktober für pekuniäre Zwecke.

Im deutschen Diskurs mit seiner Fokussierung auf die Schuldfrage nehmen auch Konzepte von Israel als vermeintlichem Terror- oder NS-Staat oder allgemein als Weltenübel einen zentralen Platz in den Online-Debatten ein. Zugleich sind die Ereignisse in Nahost in den Facebook-Kommentarspalten wie auch auf Youtube ein zentraler Auslöser für Kritik an der deutschen Außen- und Migrationspolitik sowie für einen deutlichen Anstieg antimuslimisch-rassistischer Äußerungen.

Insgesamt ist zu beobachten, dass es inmitten der zahlreichen antisemitischen Kommentare auf den Facebook-Profilen der verschiedenen Medienhäuser weniger neutrale Reaktionen gibt als gewöhnlich. Es scheint, dass die jüngsten Ereignisse selbst in scheinbar politisch gemäßigten Milieus den Raum für Grauzonen weiter verkleinert haben, wodurch sich die Debatte polarisiert und sich der Diskurs auf beiden Seiten radikalisiert.

KONTRAST ZU WEITEREN LÄNDERN

Die Analyse sechs weiterer länderbezogener Fallstudien zu den ersten Reaktionen auf den 7. Oktober zeigt, wie sehr es der Antisemitismus mit seinem breiten Arsenal an Stereotypen und anderen Konzepten vermag, sich nationalen Rahmenbedingungen anzupassen und selbst bei Konfrontation mit massiver Gewalt seinen hohen Grad an Attraktivität zu wahren.⁰⁹

Unser italienisches Korpus zeigt mit knapp unter 10 Prozent die niedrigste Frequenz antisemitischer Reaktionen im Vergleich zu anderen Sprachgemeinschaften, jedoch sind die zugrundeliegenden Konzepte identisch. Die antisemitischen Kommentare tendieren dazu, entweder Israel die Alleinschuld zuzuschreiben oder die Hamas-Angriffe zu zelebrieren. Eine beträcht-

liche Anzahl von Kommentaren rechtfertigt die Hamas-Angriffe durch die Dämonisierung Israels, entweder durch Vergleiche mit einem Terrorstaat oder durch die NS-Analogie. In vielen Fällen wird zudem das Existenzrecht Israels geleugnet.

Im spanischen Facebook-Datensatz wurden 17 Prozent der analysierten Kommentare als antisemitisch eingestuft. Ein Großteil der Kommentare begrüßt den Hamas-Terror und rechtfertigt diesen teils als legitime Antwort auf frühere israelische Aktionen und damit als Selbstverteidigung. Viele der Kommentare zeigen simplifizierend dichotome Vorstellungen von Unterdrückern und Unterdrückten. Wie auch im italienischen Korpus werden Darstellungen Israels als Terrorstaat (das häufigste antisemitische Konzept) oder gar NS-Staat genutzt, um Israels Existenzrecht zu leugnen.

In den Kommentarbereichen polnischer Nachrichtenportale liegt der Anteil von antisemitischen Äußerungen durchschnittlich bei über 17 Prozent – unter einem Beitrag über das Supernova-Festival sogar bei 38 Prozent. Die häufigsten Themen sind im Gegensatz zu den meisten anderen Sprachgemeinschaften nicht Glorifizierungen von Gewalt und Terror, sondern Verschwörungsmythen, die Israel beschuldigen, selbst hinter den Angriffen der Hamas zu stecken, sowie die Darstellung Israels als böse und unmoralische Macht, gepaart mit Vorstellungen eines Terror- und NS-Staates. Trotz vieler Versuche, Antisemitismus als Problem der Vergangenheit oder anderer Nationen abzutun, zeigen Threads vermehrt tief verwurzelte Vorstellungen von Jüd*innen als privilegiert und Holocaust-Instrumentalisierer*innen.

Auf slowakischer Seite machen Glorifizierungen der Hamas-Aktionen in der antisemitischen Kommunikation „nur“ knapp 15 Prozent aus. Eine größere Rolle spielen Formen der Verteufelung Israels und ein vermeintliches Tabu, die israelische Politik zu kritisieren. Gelegentlich wird die Gaza-Offensive Israels dekontextualisierend mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verglichen. Auch kommt es zur Gleichsetzung der Situation in Gaza mit dem Leiden der Jüd*innen während des Holocaust, was begleitet wird von Angriffen auf Israels Existenzrecht und Darstellungen Israels als fremden oder destruktiven Akteur in der Region. Schließlich gibt es – wenn auch mit geringerer Frequenz – Kommentare, die eine geheime Verschwörung hinter dem Hamas-

09 Zu diesem Abschnitt vgl. Matthias J. Becker et al., *Decoding Antisemitism. An AI-Driven Study on Hate Speech and Imagery Online*, Discourse Report 6, Berlin 2024.

Terror andeuten und Israel beschuldigen, davon zu profitieren.

Im rumänischen Datensatz wurden 18 Prozent aller Kommentare als antisemitisch eingestuft. Im Gegensatz zu anderen europäischen Kontexten sind israelbezogene Konzepte weniger präsent, während klassische antisemitische Motive und Schmähungen den Ton angeben und auf die Wahrnehmung Israels als „kollektiver Jude“ hinweisen. Darüber hinaus zeigen die Threads eine Vielzahl antisemitischer Verschwörungsmythen, die von globaler Dominanz bis zu Bezügen zu den Chasaren reichen.¹⁰

In Marokko gibt es unter anderem aufgrund der zentralen Bedeutung der palästinensischen Sache ein umfassendes Problem mit Antisemitismus, was auch im entsprechenden Korpus deutlich wird. Etwa 31 Prozent der analysierten Kommentare sind antisemitisch, häufig durch die Affirmation und Zelebrierung des Hamas-Terrors. Formen der Dehumanisierung der Opfer sowie die Leugnung des israelischen Selbstbestimmungsrechts sind verbreitet, während Verschwörungsmythen oder die NS-Analogie kaum zu beobachten sind. Im Gegensatz zum rumänischen Korpus verwenden einige User*innen „Zionist“ anstelle von „Jude“, landen aber schließlich immer wieder bei der Reproduktion antisemitischer Motive.

Im kontrastierenden Vergleich zeigt sich also, dass die Dominanz der Affirmation des Hamas-Terrors eher ein Phänomen westlicher Kontexte (Spanien, Großbritannien, Frankreich) und Marokkos zu sein scheint, während in Richtung Mittel- und Osteuropa andere antisemitische Konzepte die unmittelbaren Reaktionen auf den 7. Oktober geprägt haben. Gerade die Threads in osteuropäischen Kontexten zeigen, dass Verschwörungsmythen ebenso wie klassische Vorstellungen von Macht und Instrumentalisierung nach wie vor eine große Rolle spielen – was auch durch die Vermischung von Begriffen wie „Israelis“, „Zionist*innen“ und „Jüd*innen“ deutlich wird.

AUSBLICK

Unsere fortlaufenden Analysen zeigen, dass in den drei fokussierten Ländern Großbritannien,

Frankreich und Deutschland die Konzentration bestimmter Erscheinungsformen des Antisemitismus, die in den ersten Tagen nach dem 7. Oktober noch sehr dominant waren, mittlerweile nachlässt. Israel wird inzwischen wieder seltener die alleinige Schuld am Konflikt zugeschrieben; die Affirmation oder gar Glorifizierung von Gewalt und Terror hat ebenso abgenommen. Stattdessen wird Israel in vielen Kommentaren als Weltenübel, Terror-, NS- oder Kolonialstaat charakterisiert und der Einflussnahme und der Desinformation beschuldigt. Insofern kann eine Rückkehr zu den alten Mustern des israelbezogenen Antisemitismus beobachtet werden, ohne dass die unmittelbar nach dem 7. Oktober vorherrschenden Motive komplett verschwunden sind.

Dies führt vor Augen, wie anpassungsfähig die Hassideologie des Antisemitismus ist. Auf die massive antisemitische Gewalt vom 7. Oktober wurde in Online-Kommentaren vielfach direkt mit Affirmation, Rechtfertigung, Relativierung oder gar Leugnung reagiert. In Reaktion auf das darauffolgende militärische Vorgehen Israels kamen dann klassische oder aktualisierte Stereotype sowie dämonisierende Analogien hinzu. Inwieweit die Vorgänge im Nahen Osten mit der Situation im eigenen Land verknüpft wurden und werden, hängt dabei mit der Stellung des Antisemitismus in den unterschiedlichen Sprachgemeinschaften zusammen.

Angeichts des schieren Umfangs an Online-Content sind die vorgestellten Erkenntnisse gleichwohl lediglich Schlaglichter. Im Decoding Antisemitism-Projekt werden wir den Judenhass in den sozialen Medien daher weiter untersuchen, wandeln sich doch nicht nur der Kommunikationsraum, die Sprache und allgemein die Kommunikation immer weiter, sondern auch die Hassideologie des Antisemitismus selbst. Wie sich die Judenfeindschaft formiert, wie der entsprechende Diskurs auf antisemitische Vorfälle reagiert und wie spezifische Narrative über jüdische Menschen fort- und umgeschrieben werden, bleiben auch in Zukunft wichtige Fragen – gerade auch für politische, juristische und pädagogische Gegenstrategien.

MATTHIAS J. BECKER

ist promovierter Linguist und leitet das Forschungsprojekt „Decoding Antisemitism“ am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

¹⁰ Vgl. American Jewish Committee, Translate Hate Glossary: Khazars, o. D., www.ajc.org/translatehate/Khazars.

„MYTHOS AUSCHWITZ“

Erinnerungskulturelle Deutungskämpfe von Rechtsaußen

Niklas Fischer

Björn Höcke bekommt nicht oft die Gelegenheit, in Formaten etablierter Medienhäuser über das Thema Erinnerungskultur zu sprechen. Am 10. April 2024 erhielt er eine: In einem TV-Duell des „Welt“-Nachrichtensenders kam der AfD-Spitzenkandidat für die im September anstehende Landtagswahl in Thüringen zum „Schlagabtausch“ mit seinem CDU-Kontrahenten Mario Voigt zusammen. Heikel hätte es für Höcke werden können, als er auf seine einige Jahre zurückliegende Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ angesprochen wurde. Doch er gab sich als Missverständener: Natürlich, der Holocaust sei „eine Schande“. Ja, an die Verbrechen des Nationalsozialismus müsse erinnert werden. Doch ins Zentrum seines Redebeitrags stellte der AfD-Mann dann doch lieber die Erzählung eines erinnerungskulturellen Sonderwegs der Deutschen: „Mit einer negativen Identität kann man die Zukunft nicht gewinnen.“ Aus diesem Grund wolle man „grundsätzlich die Lichtseiten der deutschen Geschichte in den Mittelpunkt“ rücken. Höcke äußerte in diesem Zusammenhang sein Gefühl, die Deutschen seien mit sich selbst „uneins, sie sind im Unreinen“. Aus diesem Grund sei er davon überzeugt: „Wir müssen uns wieder mit uns selbst befreunden.“ Bezogen auf das gegen ihn laufende Verfahren wegen der Verwendung der SA-Parole „Alles für Deutschland“ inszenierte sich Höcke als das Opfer eines zunehmend enger werdenden Diskursrahmens. Während Aussagen wie „Bomber Harris do it again“ oder die Bezeichnung der Deutschen als „Köterrasse“ straffrei blieben, werde er auf die Anklagebank gesetzt.

Anschließend durfte sich Höcke auch noch über die Ursachen des ansteigenden Antisemitismus in Deutschland äußern. Seine Erklärung folgte dem bekannten AfD-Muster: „Ich sehe keinen Antisemitismus ausgeprägten Maßes bei der ursprünglichen deutschen Bevölkerung – auch wieder ein Problem, das wir uns mit Migration ins Land geholt haben.“⁰¹ Einen direkten Bezug zur

deutschen Geschichtspolitik vermied er an dieser Stelle. Doch bei näherer Betrachtung zeigt sich, wie die Neue Rechte und der völkische Teil der AfD die in dem TV-Duell besprochenen Themenfelder der Identität, Meinungsfreiheit, Einwanderung und die Feindschaft gegen Jüd*innen miteinander verknüpfen. Im Mittelpunkt steht dabei das Konstrukt von einem „Mythos Auschwitz“, das vor allem in den Publikationen des Verlages Antaios aus dem Umfeld des Höcke nahestehenden „Instituts für Staatspolitik“ immer wieder aufgegriffen wird.⁰² Dieses Konstrukt und sein Gebrauch im Kontext der geforderten „erinnerungspolitischen Wende“ werden im Folgenden näher betrachtet.

OPFER DES „SCHULDKULTS“

In der jüngeren Vergangenheit gilt das 2017 erschienene Buch „Finis Germania“ des Historikers Rolf Peter Sieferle als wichtige neurechte Bezugsquelle für das Konstrukt von einem „Mythos Auschwitz“. Das posthum bei Antaios publizierte Werk sorgte für einen Skandal, nachdem es kurzzeitig in den Top 10 einer seriösen Sachbuch-Bestsellerliste gelandet war, weil eines der Jurymitglieder seine Punkte akkumuliert vergeben hatte.⁰³ Die übrige Jury distanzierte sich von der Empfehlung; mit dem Politologen Herfried Münkler urteilte eines ihrer Mitglieder, es sei ein „miserables Buch“, das „zutiefst von antisemitischen Vorstellungen getränkt“ sei.⁰⁴ Über Wochen tobte in den deutschen Feuilletonspalten eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Publikation. Im „Spiegel“ wurde Sieferle die Relativierung des Holocaust vorgeworfen.⁰⁵ Björn Höcke dagegen lobte „Finis Germania“ auf seiner Facebookseite als „Vermächtnis aller, die noch Hoffnung haben“.

Insgesamt liest sich Sieferles schmaler, aus 31 fragmentarischen Texten bestehender Band wie ein völkischer Weckruf und eine Abrechnung mit dem postmodernen Zeitalter des Universalismus. Immer wieder arbeitet sich der Autor dabei an der

deutschen Erinnerungskultur ab und beschreibt Auschwitz als „letzten Mythos“, als eine „Wahrheit, die jenseits der Diskussion steht“. Weiter urteilt er: „Das Ritual der Vergangenheitsbewältigung besitzt Züge einer veritablen Staatsreligion. Das Dogma ist einfach und eingängig: Die Urväter, die Nazis, haben die schwerste und singuläre Schuld auf Erden auf sich geladen und sich wie auch ihre Nachkommen damit aus dem Paradies der Geschichtsnormalität ausgeschlossen.“⁰⁶ Natürlich ist Siefertles allgemeines Verständnis eines Mythos als wirkungsmächtiges Fundament einer Ideologie zunächst nicht originell. Auch von der angesehenen Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann etwa wird der „Holocaust als negativer Gründungsmythos“ identifiziert. Anders als Siefertle erkennt sie aber eine Umwandlung der Hypothek der deutschen Geschichte „in zukunftsweisende Werte“, die sie trotz aller Herausforderungen insgesamt als Erfolgsgeschichte beschreibt. Der „Zivilisationsbruch“ sei zum Ausgangspunkt für die „neue Zivilgesellschaft“ geworden.⁰⁷ Bei Siefertle dagegen erscheint das angebliche Beharren auf der Singularität des Holocaust als unverrückbarer Glaubenssatz. Er stehe im Zentrum einer Zivilreligion, in der Deutschen und Jüd*innen jeweils feste Rollen zugewiesen würden: „Hitler hat im Namen der Deutschen die Juden vernichtet, d.h. er hat (...) zwei Völker herausgehoben, die sich dadurch vom profanen Rest der Menschheit unterscheiden, daß sie komplementär den Charakter des Absoluten besitzen: Sie sind absolute Täter und absolute Opfer.“⁰⁸

Doch bleibt er bei dieser Gegenüberstellung nicht stehen, sondern verbindet seine generelle Fortschrittspolitik mit einer Art Schicksals-

verwandtschaft beider Völker.⁰⁹ Demnach sei das Schicksal der Jüd*innen als „Christusmörder“ und das Schicksal der Deutschen als Mörder der Jüd*innen als negative Projektionsfläche miteinander vergleichbar, denn beide hätte ein ähnlicher Bannfluch getroffen: „Da die Juden aber keinen Anteil an der christlichen Ehre haben konnten, nisteten sie sich in den Nischen dieser Gesellschaft ein, als Wucherer und Händler. Auch hier eine Affinität zu den Deutschen, die von Helden zu Händlern geworden sind, von aller Welt verachtet und auf ihren Vorteil bedacht. Die Welt braucht offenbar Juden oder Deutsche, um sich ihrer moralischen Qualitäten sicher zu sein.“ Siefertle reist also gewissermaßen in die Zeit vor dem eliminatorischen Antisemitismus der Nationalsozialisten zurück, um die Feindschaft gegen Jüd*innen im Christentum mit der Feindschaft gegenüber den Deutschen der Gegenwart gleichzusetzen: „Die Menschen, welche in Deutschland leben, haben sich ebenso daran gewöhnt, mit dem Antigermanismus fertigzuwerden, wie die Juden lernen mußten, mit dem Antisemitismus zurechtzukommen.“¹⁰

Die darin steckende Relativierung und Selbstermächtigung sollte nochmal auf den Punkt gebracht werden: Der von Deutschen ausgehende Versuch der Vernichtung des Judentums hat demnach die heutigen Deutschen zu den Juden von früher gemacht. Sie seien die Opfer des „Schuldults“, der ein Herrschaftsinstrument des von den Siegermächten eingepflanzten Antifaschismus sei. Für die Neue Rechte wird „Auschwitz“ damit zu einer Waffe der Geschichtspolitik, die das Leugnen des neuzeitlichen „Sündenfalls“ unter Strafe stelle, um die Meinungsfreiheit einzuschränken.

„GESINNUNGSGESETZE“ GEGEN HOLOCAUSTLEUGNUNG

Als einer der wichtigsten Vordenker für die Neue Rechte hatte der Publizist Armin Mohler bereits 1994 gegen das Verbot der „Auschwitzlüge“ polemisiert, mit der die Existenz von Gaskammern in den deutschen Vernichtungslagern abgestritten wurde.

09 Vgl. Anna Sanberger/Alexa Krugel, Rolf Peter Siefertle: Finis Germania/Das Migrationsproblem, in: David Meiering (Hrsg.), Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘, Wiesbaden 2022, S. 213–228, hier. S. 220f.

10 Siefertle (Anm. 6), S. 66ff., S. 77. Zu den zitierten Stellen vgl. auch Volker Weiß, „Schuldult“ und „Schuldkolonie“, 2021, www.stiftung-gedenkstaetten.de/reflexionen/reflexionen-2021/schuldult-und-schuldkolonie.

01 Siehe www.youtube.com/watch?v=EcXtacwO56w.

02 Das rechtsextreme Institut in Trägerschaft eines privaten Vereins wurde im Frühjahr 2024 aufgelöst, mutmaßlich um einem Verbot zuvorzukommen. Um die Arbeit fortzuführen, kündigte der Vorsitzende Götz Kubitschek die Gründung einer Gesellschaft unter anderem Namen an.

03 Vgl. Sachbücher des Monats: Juni 2017, 3. 6. 2017, <https://telepolis.de/-3729482>.

04 „Ein Miserables Buch“, 16. 7. 2017, www.deutschlandfunkkultur.de/herfried-muenkler-zur-finis-germania-debatte-ein-miserables-100.html.

05 Vgl. Sebastian Hammelehle, Völkische Fantasie, in: Der Spiegel, 16. 6. 2017, S. 128f.

06 Rolf Peter Siefertle, Finis Germania, Schnellroda 2017, S. 63, S. 70.

07 Vgl. Aleida Assmann, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur, München 2013, S. 67–76, Zitat S. 75.

08 Siefertle (Anm. 6), S. 85.

Mohler sah in dem drohenden Verbot in erster Linie ein mögliches moralisches Druckmittel, mit der die Forschungs- und Meinungsfreiheit bedroht werde.¹¹ An dieser Einschätzung hat sich bis heute bei der Neuen Rechten nichts geändert: In zahlreichen Publikationen finden sich immer wieder direkte Angriffe auf das gesetzliche Verbot der Holocaustleugnung. Sieferle schreibt gar von „Gotteslästerung“.¹²

Ähnlich argumentiert Autor Manfred Kleine-Hartlage und meint, durch „eigens auf ihn zugeschnittene Blasphemiegesetze“ werde der Holocaust „nicht etwa als das monströse Verbrechen gebrandmarkt, das er tatsächlich war, sondern zum Inbegriff des *absolut Bösen* und damit aus dem Zuständigkeitsbereich der Geschichtsschreibung in den der Theologie überführt“.¹³ Dagegen lässt sich der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gegen die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck von 2018 anführen, die versucht hatte, gegen die Strafbarkeit der Leugnung Verfassungsbeschwerde einzulegen. Im Ablehnungsbeschluss heißt es unmissverständlich: „Die Verbreitung erwiesener unwahrer und bewusst falscher Tatsachenbehauptungen kann nicht zur Meinungsbildung beitragen und ist als solche nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.“ In der Begründung wird explizit von der „Gefahr einer gezielten Agitation gegen Bevölkerungsgruppen durch Leugnung eines an ihnen begangenen Völkermordes“ gesprochen.¹⁴

Natürlich ist es nicht das Gleiche, Fakten zu leugnen und Fakten zu deuten. Haverbecks Verbreitung von „Unwahrheiten“ folgt erkennbar einem rechtsextremen Motiv. Der Straftatbestand schützt dezidiert die betroffene Opfergruppe und ihre Würde. Er soll verhindern, dass sie durch nachträgliche Verleumdung gewissermaßen einen zweiten Tod sterben.¹⁵ Doch auch bezüglich des Straftatbestands der Holocaustleugnung verdreht die Neue Rechte die Fakten: So wird behauptet, dass „Gesinnungsgesetze wie der Paragraph 130 (Volksverhetzung) (...) exklusiv gegen Deutsche angewandt“

werden und diese zudem „gegen Kritiker der Ausländerpolitik und des Islamismus praktikabel“ seien. „Mit Hilfe periodischer Anti-Rechts-Kampagnen wird Kritik als ‚nazistisch‘ unterdrückt.“¹⁶

„BUßE“ UND „BEVÖLKERUNGS-AUSTAUSCH“

In ihrem völkischen Weltbild geht die Neue Rechte von einer homogenen deutschen Kultur und damit auch von einer eigenen, nicht veränderbaren deutschen Identität aus. Sie zu erhalten, gilt deshalb etwa für den neurechten Aktivist Martin Sellner als Hauptziel jeder rechten Politik.¹⁷ Exemplarisch verknüpft er die angebliche Instrumentalisierung des Holocaust mit der heraufbeschworenen Gefahr der „Überfremdung“ Deutschlands. Unter Verweis auf den Autor Markus Vahlefeld sieht Sellner die „Elite“ eines „Schuldultblocks“ im Hintergrund die Fäden ziehen, dem die „Demütigung und Schädigung des eigenen Volkes Freude“ bereiten würden: „Der Bevölkerungsaustausch wird aus dieser Perspektive oft ganz explizit als ‚Wiedergutmachung‘ einer historischen Schuld beschrieben, die den Kern der Identitätspolitik ausmacht.“¹⁸

Gerade aber, wie Antaios-Autor Konstantin Fechter schreibt, weil der Nationalsozialismus in der Bundesrepublik den „Urzustand der Gewalt“ darstelle, werde nun jede rechte Gewalt darauf zurückgeführt, während alle anderen Formen ausgesondert oder gar nicht wahrgenommen würden.¹⁹ Als eine Art Ablenkungsmanöver von den dramatischen Folgen des „Bevölkerungsaustauschs“ werde ein rechter „Sündenbock“ identifiziert und verstoßen, so die neurechte Erzählung. Ein Beispiel dafür erkennt der Publizist Martin Semlitsch, der als Martin Lichtmesz für verschiedene neurechte Medien schreibt, im Umgang mit den Morden des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU). Das „offizielle NSU-Narrativ“ habe „eine Kette von politischen Bußritualen und Schuld-Schambekennnissen“ ausgelöst, die ihren „Höhepunkt“ in einer „effektiv inszenierten Gedenkveranstaltung“ gefunden hätten. Er behauptet deshalb: „Die mutmaßlichen Täter waren in die-

11 Vgl. Armin Mohler, Notiz 11 (Junge Freiheit, 5. 8. 1994), in: Notizen aus dem Interregnum, Schnellroda 2022⁴, S. 57–62.

12 Sieferle (Anm. 6), S. 64.

13 Manfred Kleine-Hartlage, „Neue Weltordnung“. Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?, Schnellroda 2017³, S. 49.

14 Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung zum Beschluss vom 22. Juni 2018, 3. 8. 2018, www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/bvg18-067.html.

15 Vgl. Achim Doerfer, Irgendjemand musste die Täter ja bestrafen. Die Rache der Juden, das Versagen der deutschen Justiz nach 1945 und das Märchen deutsch-jüdischer Versöhnung, Köln 2021, S. 289.

16 Thorsten Hinz, Zurüstung zum Bürgerkrieg. Notizen zur Überfremdung Deutschlands, Schnellroda 2010⁵, S. 60f.

17 Vgl. Martin Sellner, Regime Change von rechts, Schnellroda 2023, S. 19–30.

18 Ders., Remigration: Ein Vorschlag, Schnellroda 2024, S. 24.

19 Vgl. Konstantin Fechter, Bürgerkrieg und Sündenbock, Schnellroda 2019, S. 59f.

sem Drama nicht einfach Psychopathen, Kriminelle oder Außenseiter (...), sondern wurden als Repräsentanten des ‚ewigen Hitler in uns‘, des ewigen ‚häßlichen Deutschen‘, als Spitze des Eisbergs einer immer noch durch und durch ‚rassistischen‘ Volksgenossenschaft dargestellt.“ Er beschreibt die NSU-Morde als Stilisierung einer „Art ‚Mikroholoocaust‘ (...), mit ‚frischen‘ Opfern und ‚frischen‘ Nazis“. „Auch hier war die Kombination aus beiden ausschlaggebend. Ausländische Opfer sind die komplementäre Projektionsfläche zu deutschen Tätern. Sie stehen in der Opferhierarchie höher als andere, werden quasi zu Alpha-Opfern erklärt (...).“²⁰

Auch Fechter sieht einen ständigen Bedarf für „Sündenböcke“. Aus diesem Grund würde die „politische Theologie der Bundesrepublik“ eine eigene „Opferkaste“ bilden, in die „sie alle Kritiker ihrer gesellschaftlichen Ambivalenz“ einsortiere. Dazu gehöre natürlich auch die Neue Rechte selbst, „gilt sie letztendlich als die alte Rechte im neuen Gewand“.²¹ Ein prominentes Beispiel ist für Fechter die Affäre um den CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann. Dieser hatte 2003 am Tag der Deutschen Einheit in seinem osthessischen Wahlkreis eine antisemitische Rede gehalten. Darin hatte er ausführlich die Verschwörungserzählung von einer angeblichen Führungsrolle jüdischer Kommunisten im Kontext der bolschewistischen Oktoberrevolution ausgebreitet, um schlussfolgernd die Frage in den Raum zu stellen, ob man daher nicht auch „Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen“ könne. Dann aber zog er sein rhetorisches Ass aus dem Ärmel, indem er den Terror von Nationalsozialismus und Kommunismus entgegen jedes Forschungsstands allein auf ihre „gottlosen Ideologien“ reduzierte: „Daher sind weder ‚die Deutschen‘, noch ‚die Juden‘ ein Tätervolk.“²² Nach seinen geschichtsrevisionistischen Ausführungen wurde Hohmann zunächst aus der eigenen Fraktion, im Jahr darauf dann aus der Partei ausgeschlossen. Für Fechter hatte Hohmann nicht mehr als eine „unglückliche Rede“ gehalten, durch die er (zu Unrecht) dem „rituellen Zorn der gesamten (...) Kultgemeinde“ verfallen sei. Hohmann fand schließlich in der AfD als „parlamentarische Vertretung der

Verfeimten“ eine neue politische Heimat, für die er von 2017 bis 2021 erneut im Bundestag saß. Dies zeige, so Fechters Deutung, dass die Rituale der Ausgrenzung immer weniger gelingen.²³

Die Hohmann-Affäre zeigt beispielhaft, wie Antisemitismus in den eigenen „rechten“ Reihen bagatellisiert und die Selbststilisierung als Opfer betrieben wird. Ein besonderes Stilmittel der neurechten Akteure besteht dabei darin, die „Nazi-“ beziehungsweise „Antisemitismuskeule“ selbst in die Hand zu nehmen und derlei Affären als Kampagnen der „herrschenden Zivilreligion“ darzustellen.

DER ANTISEMITISMUS DER ANDEREN

Die wiederkehrende Erzählung der Neuen Rechten folgt dem immer gleichen argumentativen Muster, wonach die eigene, legitime Überzeugung als „unsagbar“ delegitimiert werden solle. Am Beispiel von Siefertles „Finis Germania“ zeigt sich jedoch, wie versucht wird, den Spieß des Antisemitismusvorwurfs innerhalb des eigenen intellektuellen Lagers umzudrehen. Deutlich wird dies bei Michael Klonovsky, der als persönlicher Referent des AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland tätig war und heute für den AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Moosdorf arbeitet. Szenebekannt ist Klonovsky aber vor allem als Autor seines Internettagebuchs „Acta diurna“, in dem er 2017 zum großen Rundumschlag gegen Siefertles Kritiker*innen ausholte und sich selbst mit der „Antisemitismuskeule“ bewaffnete: „Pikant wird der ganze Vorgang (...), weil hier Leute den Import von Antisemiten gutheißen und gleichzeitig zur Hatz auf einen unbescholtenen Gelehrten blasen, dem sie antisemitische Ansichten unterstellen, die es überhaupt nicht gibt.“ Und weiter: „Was sich hier gegen einen freien Geist wie Siefertle in Stellung bringt, ist exakt dieselbe Mentalität, die sich 1933 zu Fackelzug und Judenboykott versammelte. Die Nazimentalität auf Nazisuche: ein routiniertes Spiel und meutenhaftes Selbstvergewisserungsspektakel mit einem neuen Opfer.“²⁴

In dieser Deutung erscheint Siefertle als das eigentliche Opfer, die Stigmatisierung seines Buches als antisemitisch sei nicht mehr als ein unlauterer Versuch, den Historiker von den Grenzen des Sag-

²⁰ Martin Lichtmesz, Die Hierarchie der Opfer, Schnellroda 2017³, S. 65–69.

²¹ Fechter (Anm. 19), S. 70f.

²² Gerechtigkeit für Deutschland, Rede des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2003 (Wortlaut), dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2004, S. 111–120, hier S. 117.

²³ Vgl. Fechter (Anm. 19), S. 79f.

²⁴ Michael Klonovsky, Acta diurna, 17. Juni 2017, in: Sezession, Sonderheft Siefertle lesen, August 2017, S. 20f.

baren fernzuhalten. Bei Klonovsky schimmert zudem durch, wie sich Neue Rechte und AfD mit dem Stereotyp des „importierten Antisemitismus“ zu exponieren versuchen. Das gilt umso mehr seit dem starken Anstieg antisemitischer Straftaten im Kontext des seit Herbst 2023 eskalierenden Nahostkonflikts, wie unter anderem auch die berüchtigten Pläne von Martin Sellner für eine „Remigration“ verdeutlichen: In seinem gleichnamigen Buch fordert Sellner, nur „jene Fremden, die sich tatsächlich assimilieren, dürfen das hohe Gut der Staatsbürgerschaft erhalten“. In diesem Zusammenhang erinnert er an die „ Hamas-Demonstrationen“ Ende des Jahres 2023 und knüpft an die damals aufgekommene Forderung aus den Reihen der SPD an, Antisemiten den deutschen Pass zehn Jahre rückwirkend wieder zu entziehen.²⁵

GESCHICHTSREVISION ALS „VERSÖHNUNG“

Nun fragt man sich, welche Lehren nach dem Verständnis der Neuen Rechten überhaupt aus dem Holocaust gezogen werden sollen. Folgt man Sellner, dürfte die „Holocaust education“ jedenfalls nicht dazugehören, stecke dahinter doch nicht mehr als eine im „Zuge der ‚Entnazifizierung‘ installierte Erziehungspraxis (...). Ihr Ergebnis ist die systematische Traumatisierung aller deutschen Nachkriegsgenerationen.“ Auch er versucht, jeden Vorwurf der Geschichtsvergessenheit zu zerstreuen: „Historische Verbrechen werden weder gelehnet noch verharmlost. Sie werden jedoch der ‚mystisch-religiösen‘ Aura, die ihren politischen Mißbrauch ermöglicht, entledigt. Vielmehr sollen sie nach ihrer Historisierung nicht mehr das „alleinige Zentrum, sondern einen (integralen) Teil der versöhnlichen Erinnerungskultur“ darstellen.²⁶

Was die neurechte Auslegung einer solchen Versöhnung bedeutet, findet sich in einer Publikation von Andreas Lombard (vormals Landt). Der ehemalige Chefredakteur des Magazins „Cato“ und Namensgeber des Landt Verlags will in der Debatte um die Schuldfrage vor allem eine Selbstanklage von (linken) Deutschen gegenüber (rechten) Deutschen ausgemacht haben: „Wenn wir nichtjüdischen Deutschen uns nicht zu Richtern in eigener Sache aufschwingen wollen (...), dann doch bitte auch nicht zu Staatsanwälten in eigener Sache. (...) Würden wir

die Annahme einer absoluten Schuld allen Ernstes und sehenden Auges auch gegen versöhnungsbereite Juden geltend machen wollen? Das wäre absurd.“²⁷

Natürlich geht es auch Lombard um Entlastung. Dagegen aber ließen sich zunächst die Fakten anführen. So geben laut einer im Auftrag der Bertelsmann Stiftung 2022 veröffentlichte Studie 54 Prozent der befragten Israelis an, die Verfolgung und Ermordung der Jüd*innen während der NS-Zeit belaste das Verhältnis zu den Deutschen noch immer.²⁸ Erinnert sei zudem an verschiedene Stimmen in Deutschland, die die Forderung nach Versöhnung problematisieren. In der jüngeren Vergangenheit zählt dazu etwa der Schriftsteller Max Czollek, der unter anderem kritisiert, dass jüdischen Menschen im deutschen „Versöhnungstheater“ häufig nur die repräsentative Funktion von Entlastungszeug*innen zukomme. Sie sollen den Nachfahren der Täter*innen bestätigen, dass nun „wieder alles gut“ werde. Das Bedürfnis einer solchen „Normalisierung“ aber führe dazu, dass die Bedrohungslage durch Rechtsextremist*innen übersehen werde.²⁹ Der Publizist Achim Doerfer spricht gar von einem „Märchen deutsch-jüdischer Versöhnung“ und fordert, jüdische Menschen „weniger als machtlose Opfer darzustellen“. Dabei helfen könnte etwa eine stärkere Thematisierung von jüdischen Heldengeschichten, zum Beispiel des eigenen Widerstands gegen das NS-Regime.³⁰ Das negiert natürlich die Notwendigkeit einer intensiven und breiten Auseinandersetzung mit deutscher Täterschaft nicht. Genau diese aber würde es mit der „erinnerungspolitischen Wende“ der Neuen Rechten und dem völkischen Teil der AfD nicht geben.

SCHULDBEFREITER DISKURS

In der neurechten Lesart ist das Holocaust-Gedenken als „Mythos Auschwitz“ vor allem eines: eine große Erzählung der deutschen Schwäche. Um die deutsche Erinnerungskultur von ihrer negativen Hypothek zu entlasten, wird die Schuld in Darstellungen über den Zweiten Weltkrieg daher weitestgehend auf die andere Seite der Front verlagert. Die Verbrechen des Nationalsozialismus und auch

27 Andreas Krause Landt, *Mein jüdisches Viertel, meine deutsche Angst*, Schnellroda 2010, S. 60.

28 Vgl. Jenny Hestermann/Roby Nathanson/Stephan Stetter, *Deutschland und Israel heute: Zwischen Verbundenheit und Entfremdung*, Gütersloh 2022, S. 26 f.

29 Vgl. Max Czollek, *Versöhnungstheater*. Anmerkungen zur deutschen Erinnerungskultur, 11.5.2021, www.bpb.de/332617.

30 Vgl. Doerfer (Anm. 15), S. 297 f.

25 Vgl. Sellner (Anm. 18), S. 41 ff.

26 Ebd., S. 23, S. 27.

der Holocaust werden zwar verurteilt, gleichzeitig aber dadurch relativiert, dass es in vielen Publikationen in erster Linie um alliierte Gewalt geht.

Besonders deutlich wird dies bei dem Historiker und Antaios-Autor Stefan Scheil, der sich als Wahrheitsverkünder gegen eine vermeintlich ideologisierte Geschichtswissenschaft in Szene setzt. Sein roter Faden ist dabei die generelle Behauptung, dass die deutsche „Kriegführung ganz sicher nicht die Kette von unprovokierten Überfällen auf andere Länder war, als die sie dem Publikum heute im Dreiklang von ‚Historytainment‘, Forschung und Politik häufig präsentiert wird“. Ob 1939 der Angriff auf Polen oder 1940 auf Skandinavien: Die Deutschen seien ihren Gegnern stets zuvorgekommen, die Kriegsmotive fänden sich nicht allein in der „Agressionslust“ Hitlers. Scheils Geschichtsrevisionismus kulminiert gar in der Behauptung, der Überfall auf die Sowjetunion 1941 sei ein Präventivkrieg gewesen.³¹ Zum Stilmittel der neurechten Entlastung gehört generell eine auf Adolf Hitler personalisierte Zuschreibung der NS-Verbrechen. Auch die zahlreichen Beispiele eines in der Bevölkerung verbreiteten und gerade nicht „von oben“ befohlenen Antisemitismus werden so insgesamt zur Leerstelle – schließlich gehört es sich nicht, die eigenen Großväter anzuklagen. Die Ausblendung beziehungsweise Negation einer „Kollektivschuld“ ist entscheidend, schafft sie doch erst die Voraussetzung dafür, einen „Schuldult“ zu behaupten.

Das Alleinstellungsmerkmal dieser „Zivilreligion“ sei der Neuen Rechten zufolge die „negative Identität“ der Deutschen samt des Bedürfnisses permanenter Buße durch die zu großzügige Aufnahme von Geflüchteten. Das „Böse“ des „Mythos Auschwitz“ müsse daher vom „Deutschen“ gelöst werden, damit der „Bevölkerungsaustausch“ gestoppt werden könne. Dies erklärt auch, warum die Neue Rechte das postkoloniale Konzept der deutschen Erinnerungskultur als „Katechismus der Deut-

schon“³² ablehnt, obwohl es in der Einschätzung des Holocaust als Zivilreligion durchaus Überschneidungen gibt. Dazu zählt das Dogma der Festschreibung des Holocaust als singuläres Verbrechen, die eine Kritik am Staat Israel beziehungsweise an „den Juden“ als Antisemitismus tabuisieren würde.³³ Der entscheidende Unterschied sei aber, folgt man Antaios-Autorin Sophie Liebnitz (bürgerlich Bettina Gruber), dass es im Katechismus-Konstrukt um eine „Universalschuld“ gehe, „die nunmehr allen ‚Weißen‘ aufgebürdet werden soll“.³⁴ Vereinfacht ließe sich festhalten: Während es dem Postkolonialismus um „mehr“ Verbrechen geht, arbeitet die Neue Rechte daran, die deutsche Schuld in der eigenen Geschichte vollständig zu relativieren.

AUSBLICK

Insgesamt drehen sich die neurechten Deutungskämpfe vor allem um eines: um sich selbst. Eine Ethik des Gedenkens sucht man vergebens. So schreibt etwa Martin Sellner: „Die Lehre aus der Vernichtung jüdischen Lebens in Deutschland im 20. Jahrhundert kann im 21. Jahrhundert nicht die Ersetzung deutschen Lebens in Deutschland durch Fremde sein.“³⁵ Die Toten, die nicht verstummen wollen, sind für die Neue Rechte der Sargnagel des deutschen Volkes. Um eine Zukunft zu haben, brauche es „einen vitalen Patriotismus“, erklärte etwa Höcke im erwähnten TV-Duell.

Sollten die Neue Rechte und der völkische Teil der AfD ihre „erinnerungspolitische Wende“ durchsetzen können, wird vor allem das bestehende Gedenken an Millionen von Menschen, die während des Holocaust ihr Leben verloren haben, keine Zukunft haben. Keine Zukunft hat dann auch das Bewusstsein für die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus, der in allen Bereichen der Gesellschaft verankert ist. Dabei geht es nicht um einen „Schuldult“. Natürlich ist die Feindschaft gegenüber Jüd*innen nicht auf Deutschland beschränkt, natürlich gab es sie vor 1933. Dennoch: Auschwitz war eine deutsche Erfindung. Daraus ergibt sich eine singuläre Verantwortung.

Für Korrekturen danke ich Moritz Pöllath und Maximilian Kranz.

NIKLAS FISCHER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Didaktik der Geschichte und Public History der Ludwig-Maximilians-Universität München.

31 Stefan Scheil, *Weserübung gegen Operation Stratford. Wie Deutschlands Gegner 1940 den Krieg nach Skandinavien trugen*, Schnellroda 2018², S. 7f. Zu Scheils Werken vgl. auch Wolfgang Benz, *Geschichtspolitik der „Neuen Rechten“: Revisionismus contra historische Wahrheit*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 10/2014, S. 785–802.

32 A. Dirk Moses, *Der Katechismus der Deutschen*, 23.5.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen>.

33 Vgl. Sieferle (Anm. 6), S. 63.

34 Sophie Liebnitz, *Antiweiss: Ein Kulturkampf*, Schnellroda 2019², S. 75.

35 Sellner (Anm. 18), S. 27.

ESSAY

SHOAHPPROPRIATION

Alexander Estis

Alles andere als eine Sternstunde israelischer Symbolpolitik: Aus Protest gegen die Resolution der Vereinten Nationen zur Lage in Nahost und das Schweigen über die Gräueltaten der Hamas heftete sich Israels UN-Botschafter Gilad Erdan vor dem Weltsicherheitsrat im Oktober 2023 einen gelben „Judenstern“ ans Revers. Auch wenn er als Nachfahre von Holocaustüberlebenden und Repräsentant des jüdischen Staates eine gewisse Berechtigung dazu fühlen mochte, wurde er für diese Aktion zu Recht gerügt, unter anderem von Vertretern jüdischer Gedenkorganisationen. Gerade angesichts seines Amtes und der eigenen Familiengeschichte hätte er die Unantastbarkeit dieses Symbols respektieren sollen.

Denn rund 80 Jahre nachdem Juden im nationalsozialistischen Deutschland verpflichtet wurden, einen gelben Stern mit der Aufschrift „Jude“ an ihrer Kleidung zu tragen, droht der Missbrauch des Judensterns inflationär zu werden. Dass der Stern heute wieder an die Fassaden von Juden bewohnter Häuser in Deutschland – aber auch in vielen anderen Ländern – gemalt wird, ist dabei nur die ostensiv antisemitische Spitze des Eisbergs.

Von selbsternannten „Opfergruppen“, zumal im Umfeld der AfD, wird der Judenstern sozusagen als Abzeichen der Kränkung vereinnahmt: Er dient ihnen dazu, sich als Zielscheibe von Repressionen zu inszenieren, die in der Regel nur herbeiphantasiert sind. 2018 etwa hatte ein AfD-Mann beim Bundesparteitag in Augsburg ein Plakat hochgehalten, auf dem unter der Überschrift „Hetze in Deutschland“ ein Judenstern dem AfD-Logo gegenübergestellt war. 2019 wurde ein Judenstern mit der Aufschrift „Diesel-Fahrer“ auf einer Kundgebung gegen Dieselfahrverbote getragen; er entstammte dem Onlineshop des AfD-nahen Rechtsextremisten Sven Liebich. Wieder ein Jahr später erweiterte Liebich sein Sortiment um eine andere Art abgewandelter Judensterne: „Coronasterne“, in denen das Wort „ungeimpft“ an die Stelle von „Jude“ getreten war. Diese fanden im Zuge der Maßnahmenproteste von Impfgeg-

nern breite Verwendung und erlangten damit medial besondere Präsenz: Für einen Skandal sorgte etwa, dass sich Katrin Ebner-Steiner, die bayerische Fraktionsvorsitzende der AfD, neben einem Mann mit einem solchen Coronastern ablichten ließ und das Foto im Internet postete.

Krude Holocaustmetaphern, wie sie den abgewandelten Judensternen zugrunde liegen, bleiben oftmals genau an der Grenze zum Justiziablen. Vielfach werden sie sowohl von den Gerichten als auch von der Öffentlichkeit lediglich für „geschmacklos“ befunden, vielleicht auch für „geschichtsvergessen“ oder „revisionistisch“, nicht jedoch per se für antisemitisch und auf strafbare Weise friedensstörend.

Besonders bezeichnend für diese Auffassung ist eine – von der Redaktion des „Tagesspiegels“ kurz nach der Veröffentlichung wieder entfernte – Kolumne von Harald Martenstein. Nach einigen interpretatorischen Volten kam Martenstein darin zu der Einschätzung, der Judenstern sei „sicher nicht antisemitisch. Die Träger identifizieren sich ja mit den verfolgten Juden.“ Viele andere, darunter auch Richter und Rechtswissenschaftler, scheinen dieser Interpretation zu folgen.

In der Tat darf man sich fragen, ob die Selbstdekorierung mit Judenstern nicht bloß historischer und ethischer Unbedarftheit geschuldet ist: Impfgegner wollen sich eben als Leidtragende stilisieren. Was läge da näher als eine Gleichsetzung mit der Opfergemeinschaft schlechthin? Und es mag ja die berühmten „Mitläufer“ geben, die nur aus solchem Verständnis (oder eher Unverständnis) heraus nach dem Stern greifen. Den weitaus meisten Akteuren querdenkerischer, verschwörungstheoretischer, neurechter und angrenzender Szenen dürfte die tiefere Mechanik der Judenstern-Analogie jedoch schon intuitiv bewusst sein.

„DIE EIGENTLICHEN JUDEN“

Der von Sternträgern insinuierte Vergleich ist nicht einfach ein ungeschickt hinkender, sondern

ein auf den Kopf gestellter. Es handelt sich dabei um einen Umkehrvergleich, wie er von Ideologen und Demagogen jeglicher Couleur regelmäßig bemüht wird und mit dem diese keinesfalls eine echte Analogie zu einer Opfergruppe herstellen wollen, geschweige denn eine Identifizierung.

Ganz im Gegenteil: Sie bezwecken damit einzig und allein die Aneignung und Umdeutung eines Narrativs – eine, wie man es nennen könnte, Shoahppropriation. Die Sternträger inszenieren sich als die neuen, eigentlichen Juden, also als die wahren Opfer von heute, während die alten Juden in ihren Phantasmen umgekehrt als Strippenzieher der Krise und deren kapitalistische Profiteure fungieren.

Dass hierin die wesentliche Intention der Judenstern-Aneignung liegt, belegen einschlägige Kommentare und Posts – in einer derartigen Drastik, dass sie keinerlei Raum für Zweifel lassen dürften. „Gelber Impfpass für alle Goyim ... Was hier passiert ist jüdische Rache“, heißt es etwa in einem verschwörungstheoretischen Telegram-Kanal. Und Attila Hildmann stimmt ein: „Die Juden ... feiern ihren Endsieg gegen die Goyim, die sie mit Giftspritzen ermorden.“

Das vielleicht beste ikonografische Korrelat zum Judenstern der Querdenker stammt aus einem ganz anderen Kontext und ist inzwischen allseits bekannt. Geliefert hat es die Künstlergruppe Taring Padi, deren Banner „People’s Justice“ bei der Documenta fifteen 2022 für einen Eklat sorgte: der faschistische Jude mit SS-Rune als Repräsentant des Weltkapitals samt dessen repressivem Apparat.

Daneben fand sich auf dem Gemälde ein Soldat des Mossad mit Davidstern und – im Rückgriff auf das bekannte mittelalterliche Judensau-Motiv – Schweinefratze. Auch andere Werkgruppen auf der Documenta rückten Juden und Israelis mehr oder minder offen in die Nähe von Faschisten und Nationalsozialisten. Solche israelbezogenen Umkehrvergleiche stehen in einer altunwürdigen Tradition antisemitischer Realitätspervertierungen.

Im Kontext des Nahostkonflikts tauchen sie heute allenthalben auf: Da wird Gaza als „Ghetto“ bezeichnet, dem Staat Israel ein Holocaust an den Palästinensern vorgeworfen oder – auf einer Düsseldorfer Demonstration – Israels militärische Reaktion mit der Vergasung von Juden durch die Nazis gleichgesetzt. Dass „Israelkritik“ besonders hierzulande nur selten ohne eine

solche Diktion auskommt, dürfte vor allem zwei Ursachen haben: einerseits die meist von islamistischen Propagandisten oder für Antisemitismus blinden linken Antiimperialisten angeheizte Opferkonkurrenz zwischen Palästinensern und Juden, andererseits die Entlastung der Deutschen vom transgenerationellen Schuldtrauma, die sich einstellen mag, sobald die jüdischen Opfer von damals als die faschistischen Täter von heute entlarvt werden können.

„SELENSKYJS UKROFASCHISTEN“

Das psychologisch wohlthuende und politisch mobilisierende Potenzial der Shoahppropriation mit Täter-Opfer-Umkehr haben heute die Populisten aller Länder für sich entdeckt. Heinz-Christian Strache von der österreichischen FPÖ, Christoph Blocher von der Schweizer SVP oder auch der rechtspopulistische Niederländer Thierry Baudet vergleichen sich und ihre Parteigänger mit den Juden im „Dritten Reich“, mit Anne Frank oder Sophie Scholl. Und wenn der Münchner Stadtrat Bernd Schreyer die Grünen ausgerechnet zur Verteidigung gegen rechte Hetze mit Juden gleichsetzt, macht das die Sache kaum besser.

Zu Höchstleistungen in dieser Disziplin bringt es derzeit freilich eine ganz andere Gruppe, die Entlastung und Rechtfertigung dringend zu benötigen glaubt: „So wie man die Juden im 20. Jahrhundert jagte, so jagt man die Russen im 21. Jahrhundert. Die Russen sind die neuen Juden“, schreibt ein Putin-naher Politologe und Duma-Abgeordneter, der auf diversen Sanktionslisten steht. Sanktionen und Reisebeschränkungen nehmen regimetreue Russen immer wieder zum Anlass, um sich als Opfer einer globalen Russophobie darzustellen – einer Russophobie, die schon morgen zu einem Holocaust führen könne. Wie auch in deutschen Querdenkermilieus wird hier meist im Sinne der Formel „Wehret den Anfängen!“ argumentiert: Wo die Mobilität eingeschränkt werde, dort seien Verhaftungen und Deportationen nicht weit.

Es verwundert insofern kaum, dass auch für diese trotzgetriebene, ressentimentgenährte und zugleich larmoyante Selbstviktimsierung die Judenstern-Symbolik eingespannt wird. So sagt die russische Fernsehpropagandistin Olga Skabejewa über die Reisebeschränkungen für ihre Landsleute: „Es fehlt nur noch, dass sie an uns Sterne verteilen und uns zu den neuen Juden erklären.“

Die gleiche Symbolik verwendet einer der beliebtesten Musiker Russlands, Sergej Schnurow, der hunderte Millionenfach angeklickte Clips produziert hat, daneben aber auch odiose Soundtracks für Filme über die paramilitärische „Gruppe Wagner“ des 2023 liquidierten Jewgeni Prigoschin. Eines von Schnurows neueren Musikvideos zeigt zwei Tänzer in traditionellen russischen Gewändern mit aufgenähten Davidsternen, die zwar nicht gelb, sondern blau sind, aber in ihrer Funktion klar als stigmatisierende Judensterne erkennbar werden – vor allem in Verbindung mit dem Liedtext. Darin fragt sich der Sänger nämlich, ob man den Russen im Westen nicht bald Erkennungszeichen an die Kleidung hängen werde, und in diesem Augenblick weist einer der Tänzer auf seinen Stern. „Der Russe“, singt Schnurow dazu, „ist jetzt wie der Jude im Berlin des Jahres 1940.“ Und eine Sängerin stimmt in den Refrain ein: „Die Mistkerle beginnen Stück für Stück mit dem Genozid.“ Am Ende des Songs fordert Schnurow: „Europäer, sag, wie es ist, schweige nicht: Der Russe ist für euch der neue Saujude. Am liebsten würdet ihr uns doch alle im Ofen verbrennen!“

Besonders charakteristisch ist daneben der Artikel eines frankophonen prorussischen Bloggers, der sich Boris Karpov nennt: „Die Russen von heute sind die Juden von gestern“, lautet die lapidare Überschrift. Im Text erfährt man von einer weltweit orchestrierten Unterdrückung russischer Kultur und russischer Menschen, deren letztes Ziel die Vernichtung ihrer Nation sei. Als Illustration dient unter anderem eine Collage, die vor dem Hintergrund des zerstörten Roten Platzes mehrere westliche Politiker zeigt: Olaf Scholz, die Hand wie zum deutschen Gruß ausgestreckt, Jens Stoltenberg in der Uniform eines SS-Obersturmbannführers, Emmanuel Macron als Hitler mit einer Armbinde, auf der das Parteikürzel LREM ein Hakenkreuz bildet, und Ursula von der Leyen, die eine EU-Fahne mit Hakenkreuz schwingt; über ihnen prangt ein Judenstern mit dem Schriftzug „Russian“.

Anhand dieser Darstellung lässt sich ablesen, wie innerhalb solcher Denkmuster Selbst- und Feindbild qua Judenstern verschränkt sind: Stilisiert sich jemand zum „neujüdischen“ Opfer seines Feindes, suggeriert er zwangsläufig, dass dieser, gleich einem Faschisten und Nationalsozialisten, nur das ultimativ Böse sein könne. Dem ultimativ Bösen aber ist allein mit ul-

timativer Brutalität beizukommen – und zwar präventiv. Im Gegensatz zu den Juden, so endet der Artikel von Karpov, werde man sich nämlich nicht einfach massakrieren lassen, sondern die Feinde bekämpfen. „Sie sollen keine Gnade und kein Mitleid erwarten: Vom ersten bis zum letzten sollen sie ausgelöscht werden.“ Darauf folgen noch Fotoporträts westlicher Politiker mit vielsagend über ihre Gesichter gelegten roten Kreuzen.

Die Funktion, Gewalt und Krieg zu legitimieren, ist solcher Shoahappropriation stets inhärent. Den Feind als Nazi zu brandmarken bedeutet, ihn zu dehumanisieren, weil ein solcher Unmensch seine Menschlichkeit gewissermaßen verspielt habe. Genau darin gründet das narrative Gerüst der russischen Kriegspropaganda, die seit Jahren beharrlich eine Entnazifizierung der Ukraine fordert: Die Nachrichtenagentur RIA beruft sich immer wieder auf einen angeblichen „Genozid an der Bevölkerung des Donbas“, wie ihn Putin kurz vor Kriegsbeginn behauptet hat. Margarita Simonjan, die Leiterin des Propagandasenders RT (ehemals Russia Today), warnt ständig davor, dass Russen in der Ukraine in Konzentrationslager deportiert und mit Gas vergiftet werden sollen. Fingierte Kriegsverbrechen und Massenmorde heutiger „Ukronazisten“ und „Ukrofaschisten“ an den Russen werden allenthalben historischen Schilderungen nationalsozialistischer Untaten gegenübergestellt.

Es sind dies Tatsachenverdrehungen von immenser Perfidie, wird doch gerade die ukrainische Bevölkerung gemordet, enteignet, aus eroberten Gebieten vertrieben oder deportiert – unter Verwendung faschistoider Parolen und Symbole, zum Beispiel des Kriegszeichens Z, das nicht von ungefähr als halbes Hakenkreuz daherkommt. Wenn also die faschistoide russische Propaganda (deren ideologische Grundlage mittlerweile als „Raschismus“ bezeichnet wird) der Ukraine ausgerechnet jene Gräueltat vorwirft, die sie selbst an ihr verübt, kann das niemand für Zufall erklären: Es handelt sich hierbei um eine Propagandamethode, eine *accusation in a mirror* (Spiegelanklage, manchmal auch „Spiegelargument“ genannt), die als charakteristischer Vorbote von Völkermorden gewertet wird. Denn spätestens seit der Zeit des Nationalsozialismus dienen Spiegelanklagen dem Zweck, die Bevölkerung auf genozidale Verbrechen einzustimmen: Bevor die anderen uns auslö-

schen, wie sie es planen, müssen sie von uns vernichtet werden – so die paranoide Logik.

Sie folgt dem gleichen Verkehrungsprinzip wie der Einsatz von Judensternen zur Selbststigmatisierung. Und so findet sie im Fall der russischen Propaganda ihre folgerichtige Krönung darin, dass der jüdische Präsident der Ukraine, dessen Familie nur zum Teil den Holocaust überlebte, als oberster „Ukronazist“ auftritt. Der russische Außenminister Sergej Lawrow bemerkte dazu in einem Interview, dass ja auch Hitler jüdische Wurzeln gehabt habe und bekanntlich die schlimmsten Antisemiten unter den Juden selbst zu finden seien. Einem Propagandagläubigen allerdings dürfte ein jüdischer Hitler-Selenskyj ohnehin ebenso wenig widersprüchlich erscheinen wie einem antikapitalistischen indonesischen Politikünstler der Nazi-Zionist mit SS-Rune oder einem neurechten deutschen Impfverweigerer die Selbststilisierung zum Opfer eines jüdischen Pharma-Holocaust.

Derartige antisemitische Verkehrsnarrative gehören zu den Grundbausteinen und also zum Kitt zwischen unterschiedlichsten extremistischen Ideologien und Verschwörungstheorien. Der Putin'sche Mythos der Ukrofaschisten etwa wurde innerhalb der deutschen Querdenkerszene ohne Weiteres anschlussfähig. So postete ein inzwischen verurteilter Nutzer auf Facebook einen Ungeimpft-Judenstern mit der Unterschrift „Die Jagd nach Menschen kann wieder beginnen“. Später folgte noch eine Abbildung, die Selenskyj neben Hitler stellt und Ähnlichkeit suggeriert, dazu der Kommentar: „Der rechts [Hitler] hatte wenigstens einen Anzug an ... und hat nicht gebettelt!“

Es unterliegt kaum einem Zweifel, dass dieser Nutzer das Bild direkt oder mittelbar aus dem sogenannten Runet, dem russischsprachigen Internet, bezogen hat, wo es hundertfach geteilt wurde. Solche Gegenüberstellungen und Vergleiche von Selenskyj und Hitler sind dort in erdrückender Menge zu finden – nicht selten noch angereichert um die Unterstellung, Selenskyj und Hitler seien über Hitlers vermeintlich jüdische Vorfahren entfernt miteinander verwandt. Ein Fake-Buchcover zeigt Selenskyjs Porträtfoto samt dem Titel „Mein Kampf“, und bisweilen heißt es, Selenskyj sei sogar noch schlimmer als Hitler.

Russische Propagandisten, Trollarmeen und Geheimdienste üben im Zuge ihrer hybriden Kriegführung intensiven Einfluss auf die deut-

sche Bevölkerung aus. Laut einer Studie des Centers für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) von 2022 stimmten 18 Prozent der in Deutschland Befragten (und mehr als doppelt so viele unter den AfD-Wählern) der Aussage zu, dass Putin gegen eine globale Elite vorgehe, die im Hintergrund die Fäden ziehe – eine altbekannte antisemitische Chiffre, die auch in diesem Fall eine Brücke von völkisch-deutscher Verschwörungsideologie zur Putin'schen Staatsdoktrin schlägt.

Bedenkt man wiederum die politische Nähe zwischen Kreml, Teheran und Hamas-Führung, so erscheint auch die ideelle Nähe zwischen „raschistischer“ und islamistischer Propaganda als folgerichtig: Letztere wirkt ebenfalls nach Deutschland hinein, wo ihr Antisemitismus und Antizionismus in Teilen der antiimperialistischen und postkolonialistischen Linken auf offene Ohren stoßen.

SYMBOLISCHE BRUNNENVERGIFTUNG

All diese Kontinuitäten, deren Nachzeichnung man endlos fortführen könnte, zeigen nur allzu deutlich, in welch hochgefährliches Geflecht extremistischer Ideologeme die Verwendung des Judensterns eingebunden ist. Auch wenn sie sich für den oberflächlichen Blick als eine punktuelle, wenig signifikante, diffuse historische Anleihe tarnen mag: Es handelt sich beim Judenstern um eines der wirkmächtigsten Unterdrückungssymbole, und seine Aneignung darf auf keinen Fall als bildungsferne Geschichtsvergessenheit oder bloße Larmoyanz bagatellisiert werden. Denn wir haben es hier mit nichts Geringerem zu tun als mit einem – um einen Begriff des österreichischen Publizisten Michael Kraske abzuwandeln – symbolischen Radikalismus.

Der radikalsymbolische Umkehrvergleich mittels Judenstern ist, wie aus den geschilderten Fällen hervorgeht, eine „schmutzige Metapher“. Er evoziert nicht nur das eigentliche Vergleichsmoment, also das Opfertum, sondern ruft zugleich das gesamte antisemitisch-verschwörungstheoretische Weltbild auf, und damit nicht zuletzt das uralte archetypische Bild vom Juden als hinterhältigem Intriganten und Brunnenvergifter, der für sämtliche Seuchen von Cholera bis Covid und für sämtliche Kriege und Krisen verantwortlich sein soll.

Für die Interpretation solcher Radikalsymbolik kann man also von einem fast unumstößlichen Leitsatz ausgehen: Wo die extremistischen Verschwörungstheoretiker „Opfer“ sind, da sind die „Täter“ Juden. Und neben den Juden auch alle vermeintlich von ihnen Manipulierten – einschließlich der deutschen Bundesregierung, der Finanzelite und der Medien, der Technologieunternehmen und der Pharmaindustrie, der „semitischen“ und sonstigen Einwanderer, der „Amis“ und Ukrainer. All diesen Gruppen gegenüber entfaltet die Shoahappropriation mit ihrer inhärenten Verdrehungsmechanik auch eine gewaltlegitimierende Dimension im Sinne einer Spiegelanklage: „Sie wollen uns zu Opfern machen? Also machen wir sie vorher zu Opfern! Die Jagd auf Menschen ist eröffnet – also jagen wir zuerst!“

Exponierte shoahbezogene Umkehrvergleiche sind daher ihrer Natur gemäß immer geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören: Sie sind die eigentliche symbolische Brunnenvergiftung. Wie sie die Kollektivsymbolik infiltrieren und was die damit einhergehende Verrohung für den medialen und politischen Diskurs bedeutet, das lässt sich am gegenwärtigen Zustand der russi-

schen Gesellschaft ablesen, an ihrer Faschisierung und Kriegstreiberei.

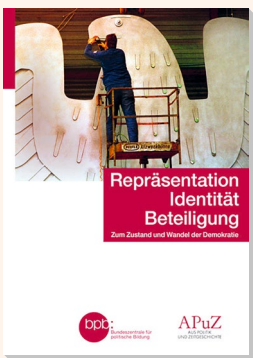
Diese Deutung und dieses Potenzial appropriierter Opferattribute muss die Öffentlichkeit ihrer Diskussion, müssen die Gerichte ihrer Rechtsprechung zugrunde legen. Andernfalls laufen sie Gefahr, sich von propagandistischer Verkehrsakrobatik narren zu lassen. Der radikalsymbolische Judenvergleich, wie er in der Verwendung des Judensterns exemplarisch zum Ausdruck kommt, hat die von Björn Höcke geforderte erinnerungspolitische Wende um 180 Grad bereits vollzogen. Ihn zu tolerieren hieße, dabei zuzusehen, wie die deutsche Gesellschaft diese visuelle Wende nachvollzieht und sich in der Geschichte zurückbewegt. Denn – ein verquerer Vergleich möge auch mir erlaubt sein – aus der Fahrschule weiß man: Man fährt, wohin man schaut.

ALEXANDER ESTIS

wurde 1986 in Moskau geboren und kam 1996 mit seinen jüdischen Eltern nach Deutschland. Er lebt als Schriftsteller und Kolumnist in der Schweiz.

APuZ
EDITION

Zum Wieder- und Weiterlesen



2022
Bestell-Nr. 10871



2022
Bestell-Nr. 10799



2021
Bestell-Nr. 10751



2021
Bestell-Nr. 10714

Hier bestellen
oder kostenfrei herunterladen



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. Juni 2024

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Jessica Finger (Praktikantin)
Anne-Sophie Friedel
Julia Günther
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Martin Schiller
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine
Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die
Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online-
und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende
und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen – mit Ausnahme des Beitrags von Jan Philipp
Reemtsma – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht
Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
27/2024, 29. Juni 2024

DEMOKRATIE IN GEFAHR?



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz